Antifaschistisches Info Blatt

Antifaschistisches info Blatt

Nr. 84 | Herbst 2009 | 3,10 EUR | Ausland 4,10 EUR



Rechte Resultate

Wahlergebnisse von Dresden bis Brüssel

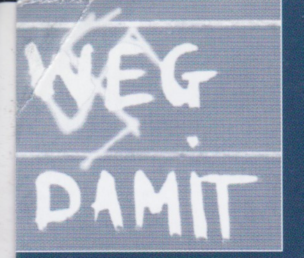
NS-Szene

Kieler Zustände

Bruderkrieg aufgeflammt -
Das Ende des »Deutschlandpakts«

Gesellschaft

Gemeinschaftserlebnis Kindermord



Inhalt

Rubriken

Titel

NS-Szene

Antifa

Rassismus

Gesellschaft

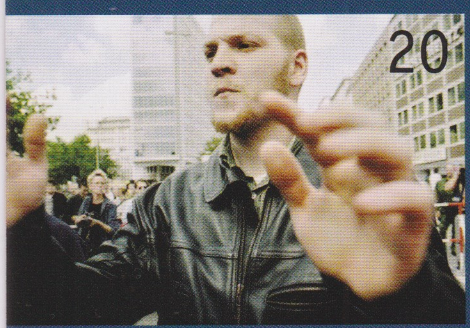
Braunzone

Geschichte

Staat & Repression

International







Antifaschistisches Infoblatt

Gneisenaustraße 2a
10961 Berlin

mail@antifainfoblatt.de

www.antifainfoblatt.de

Editorial

Liebe Antifas, FreundInnen und GenossInnen, liebe LeserInnen

Gerade an uns geht das »Superwahljahr 2009« natürlich nicht spurlos vorbei. So gibt unser Titelthema diesmal einen genaueren Einblick in die Europawahl, die Landtagswahl in Sachsen sowie die Kommunalwahlen in Baden-Württemberg, Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt. Die extreme Rechte ist mit viel Elan in die Wahlkampfphase gestartet und konnte, z.T. leider nicht mehr überraschend, regionale Erfolge feiern. In Sachsen gelang der NPD das erste Mal in ihrer Geschichte der Wiedereinzug in ein Landesparlament. Auch in Thüringen konnte sie mit 4,3 Prozent ein deutlich besseres Wahlergebnis einfahren als noch bei der letzten Wahl, den befürchteten Einzug in den Landtag schaffte die NPD so aber nicht. Und nicht nur dieses Ergebnis zeigt, dass die älteste neonazistische Partei in Deutschland trotz aller internen Machtkämpfe und der noch immer anhaltenden Finanzprobleme in der Lage ist, WählerInnenstimmen an sich zu binden. Auch die Auflösung des sogenannten "Deutschlandpakts" zwischen NPD und DVU hinterließ bei ersterer kaum feststellbare Spuren. Die DVU, welche nicht nur unter einem neuen Vorsitzenden, sondern auch modernisierter in die Wahlkämpfe geht, hat es da schon schwerer. Wie sich dieser Bruch tatsächlich auf beide Parteien auswirkt, beleuchten wir im Artikel »Bruderkampf aufgeflammt«. In Köln wählten 5,4 % – in Stimmen 19.968 – die rechtspopulistische Wählergemeinschaft PRO Köln und damit bewusst rassistisch, bei einer geringfügig höheren allgemeinen Wahlbeteiligung. Diese Ergebnisse erreichte die Truppe um Markus Beisicht trotz intensiver Aufklärungsarbeit von AntifaschistInnen und der lokalen Presse. In anderen Kommunen in NRW konnte die selbsternannte Bürgerbewegung nicht so abräumen.

Gewalt in Kiel, Waffenfunde bei Neonazis in Göttingen und Strukturveränderungen der Neonazi-Szene in Hamburg werden im NS-Ressort beleuchtet. Den Möglichkeiten gegen Neonazis aktiv zu werden sind keine Grenzen, auch keine virtuellen, gesetzt. Die Internet-Zocker von »Antifa Gaming« stellen ihr Projekt vor. Anhand des Blogs oireszene.wordpress.com wird gezeigt, wie sich in subkulturellen Zusammenhängen mit dem Thema extreme Rechte auseinandergesetzt werden sollte. Das Projekt findet hoffentlich NachahmerInnen und geht dann über die OI- und Skinheadszene hinaus.

Die in der letzten Ausgabe veröffentlichte Einschätzung des bundesweiten Antifa-Bündnisses »No Pasaran« zu den diesjährigen Protesten gegen den jährlichen Neonazi-Aufmarsch in Dresden hat den Vorbereitungskreis »Keine Versöhnung mit Deutschland«, der sich ebenfalls seit Jahren mit der Organisierung antifaschistischer Gegenproteste beschäftigt, motiviert eine Antwort zu schreiben und gleichzeitig weitergehende Kritik am geschichtsrevisionistischen Spektakel in Dresden einzufordern. Wir hoffen ihr könnt euch ein umfangreiches Bild der Diskussion machen und selbige in den eigenen Strukturen fortsetzen.

Leider haben wir auch in dieser Ausgabe wieder ein Opfer eines rassistisch motivierten Mordes zu betrauern. Marwa El-Sherbini wurde in einem Dresdner Gericht von einem rechten Täter erstochen. Selbst nach so einem dramatischen Ereignis fielen die Reaktionen der Antifa-Szene gering aus und auch die Medien bedienten sich in ihrer Berichterstattung lieber rassistischer Klischess. Dies setzt sich seit Monaten fort und in aller Widerlichkeit durften wir diese Hetze über Wochen in allen Zeitungen nachlesen, als nicht etwa die Verfolgung, Ausgrenzung und Ermordung von Roma thematisiert wurde, sondern sie als »kriminelle Sozialschmarotzer« stigmatisiert werden sollten. Berichte über das Kirchenasyl für IrakerInnen in Dänemark und eine Situationsbeschreibung Asylsuchender in und um Leipzig zeigen eine andere Realität auf.

Doch es gibt auch gute Neuigkeiten zu berichten. Wir freuen uns über den juristischen Sieg der Antifazeitschrift Lotta gegen den Verfassungsschutz NRW vor dem Verwaltungsgericht Düsseldorf. Da mittlerweile auch das Oberverwaltungsgericht diese Entscheidung bestätigt hat, ist es dem nordrhein-westfälischen Verfassungsschutz untersagt, die Lotta in seinem Jahresbericht 2008 als linksextremistische Publikation zu nennen. Wir gratulieren den GenossInnen aus NRW zu diesem erfolgreichen Versuch, staatliche Anti-Antifa-Bestrebungen ins Leere laufen zu lassen!

Berichtigung

Der in der letzten AIB-Ausgabe im Artikel »Berliner Rechts-Rock Szene...« genannte Angeklagte im Prozess gegen die Neonaziband »Deutsch Stolz Treue« heisst zutreffend Steffen Penschow (nicht Petschkow bzw. Penscho).

»Kraft durch Freude«[1] (KdF)-Museum in Wolfsburg geplant

»In einem direkt gegenüber dem Wolfsburger VW-Werk liegenden Gebäude sollen in Zukunft ungestört von staatlicher Einmischung in die Geschichtsschreibung und unbeleckt vom antideutschen Zeitgeist der bundesrepublikanischen Meinungsmafia diese Wehrmachtsfahrzeuge aus der VW-Fertigung ausgestellt sowie über die Arbeit der ‚Deutschen Arbeitsfront' und des von ihr geschaffene ‚Kraft durch Freude' – Werkes aufgeklärt werden.« (Fehler im Original) So berichteten die »Autonome(n) Nationalisten Wolfsburg« wenige Tage nach der Gründungsveranstaltung des von Jürgen Rieger initiierten Vereins »KdF-Museum e.V.« Doch bis das ehemalige Möbelhaus, das der NPD von der Eigentümerin zur Verfügung gestellt wurde und in dem das Museum beheimatet sein soll, zu einem Ausstellungsort umgestaltet und NS-Nostalgiker nicht nur die Sammlung alter Wehrmachtsfahrzeuge des Neonazi-Kaders Jürgen Rieger besichtigen können, ist es noch ein weiter Weg. Ungeachtet der Streitigkeiten innerhalb der extremen Rechten, über Sinn und Zweck dieser offenen NS-Verherlichung, fanden sich am 4. Juli 2009 circa 100 Neonazis zusammen, um der Vereinsgründung und der offiziellen Einweihung der Räume beizuwohnen. Während sich Rieger der Öffentlichkeit und den Medien gegenüber diskussionsbereit gibt, griffen 30 anreisende Neonazis unmittelbar vor dem Gebäude sieben Journalisten an und verletzen einen von ihnen durch einen Flaschenwurf. Die Veranstaltung wurde nach der Festnahme eines Neonazis in dem Gebäude fortgesetzt. Die Stadt Wolfsburg hat die Nutzung der Räumlichkeiten zwar untersagt, doch wurde diese Verfügung vom Oberverwaltungsgericht Lüneburg im Eilverfahren wieder aufgehoben, da sich auf die Ausstellung von Exponaten und baurechtswidrige Maßnahmen konzentriert wurde. Davon ist bisher noch nichts zu erkennen. Stattdessen wird das Gebäude vorerst als Versammlungsort genutzt. Schon am 25. Juli wurde erneut zu einem Liederabend eingeladen. Rund 50 Neonazis informierten sich über den am 1. August in Bad Nenndorf durchgeführten Aufmarsch und ließen den Abend mit einem Berliner Liedermacher ausklingen. Für den Schutz dieser Veranstaltung sorgte die »Burschenschaft Thormania« aus Braunschweig. Auch wenn die Einrichtung des Museums noch lange nicht abgeschlossen ist, haben Neonazis aus der Region die Möglichkeit sich offiziell und ohne größere Umstände zu vernetzen. Ob sich dieser Treffpunkt zu einem überregionalen Zentrum entwickelt, wie von manchen Beobachtern befürchtet, bleibt abzuwarten. Fest steht allerdings schon jetzt: Dieses Vorhaben fällt Neonazis umso leichter, wenn, wie bisher, antifaschistischer Protest kaum wahrnehmbar ist. ■

[1] Die 1933 gegründete NS-Gemeinschaft »Kraft durch Freude« gilt laut Deutschem Historischem Museum in Berlin »als populärste Organisation« im Dritten Reich. Das Volkswagen-Projekt sowie Nah- und Fernreisen gehörten demnach zu den wichtigsten Aktivitäten der Freizeitorganisation, einer Unterorganisation der nationalsozialistischen Deutschen Arbeitsfront (DAF).

Ex-NS-Gebirgsjäger nun doch wegen Mordes verurteilt

Eine Sensation mit großer, auch internationaler Signalwirkung kann das Urteil des Schwurgerichts genannt werden, das am 11. August 2009 vor dem Landgericht München I im Prozess gegen den ehemaligen NS-Gebirgsjäger-Leutnant Josef Scheungraber erging: Der 91-jährige Angeklagte wurde eines 65 Jahre zurückliegenden 10-fachen Mordes und eines Mordversuchs im toskanischen Weiler Falzano di Cortona für schuldig befunden und zu lebenslanger Haft verurteilt. Am 27. Juni 1944 habe der Leutnant, so stellte das Gericht nach über 40-tägiger Beweisaufnahme fest, als »einziger anwesender Offizier« der agierenden 1. Kompanie des Gebirgspionier-Bataillons 818 ein Massaker unter der Zivilbevölkerung angeordnet und seine Durchführung überwacht. Weil zwei Soldaten seiner Kompanie von italienischen Partisanen erschossen worden waren, diese jedoch beim Anlaufen der von der Division abgesegneten »Racheaktion« bereits über alle Berge gewesen seien, habe Scheungraber das Festsetzen unbeteiligter Zivilisten befohlen. 11 Männer, darunter Halbwüchsige, ließ er in ein Haus sperren, das über ihnen gesprengt wurde. 10 von ihnen starben, der damals 15jährige Gino Masetti überlebte schwer verletzt und hatte Anfang Oktober 2008 auch im Prozess ausgesagt.

Dem Gericht ist es in seiner Urteilsbegründung in beeindruckender Weise gelungen, aus dem Nebel früherer Aussagen bereits Verstorbener und aktuellen Einlassungen hoch betagter Zeugen, den Konstruktionen der Verteidigung und widersprüchlicher historischer Expertise einen stringenten Tathergang herauszuarbeiten. Dieser weist Scheungraber die alleinige Verantwortung und einen klaren Willen, die brutale Rache zu vollziehen, zu. In der »ersatzweisen« Auswahl unbeteiligter Bauern aus der Umgebung und deren wissentlich widerrechtlicher Ermordung zur Befriedigung seines und seiner Truppe Rachebedürfnisses erkannte das Gericht den »niedrigen Beweggrund« des Mordes und bescheinigt dem Verurteilten ein »Verhalten auf sittlich niedrigster Stufe«. Die Verteidigung, die offenbar fest davon überzeugt war, dass es ihr großer Tag sein würde, zeigte sich schwer erschüttert von der Eindeutigkeit des Urteils. Rechtsanwalt Rainer Thesen erlitt einen Schwächeanfall. Er und seine einschlägig in extrem rechten Kreisen verstrickten Kollegen Dr. Klaus Goebel und Christian Stünkel kündigten Revision gegen das Urteil an, das noch nicht rechtskräftig ist. (fcb) ■

Neonazi »Bordsteinkick« in Berlin

Vier Neonazis schlugen am frühen Morgen des 12. Juli in Berlin-Friedrichshain den 22jährigen Jonas K. brutal zusammen und traten noch auf ihn ein, als er ohnmächtig am Boden lag. Einer der Neonazis drehte das Gesicht des bewußtlosen Opfers zum Pflaster hin und trat ihm auf den Hinterkopf. Jonas K. wurde mit schwersten Verletzungen in ein Krankenhaus gebracht. Die mutmaßlichen, noch am Tatort verhafteten, Täter im Alter von 20 bis 26 Jahren waren der Polizei »wegen rechtsradikaler Straftaten« bekannt. Sie waren aus der nahegelegenen und bei Neonazis beliebten Discothek »Jeton« gekommen. Die Brandenburger Neonazis Oliver Kaplan (Heidesee), Marcel Ingo Bittner (Mittenwalde-Ragow), Michael Lekzycki (Storkow / Berlin) und Michael Gast (Königs Wusterhausen) wurden wegen versuchten Totschlag und schwerer Körperverletzung in Haft genommen. Es folgten antifaschistische Mahnwachen, Demonstrationen in Berlin und Rostock und ein Angriff auf die Discothek »Jeton«. Das Berliner Landeskriminalamt hingegen reagierte mit Ermittlungen, Hausdurchsuchungen und einer intensiven Pressearbeit, die sich vor allem gegen die Geschädigten richtete. In einer von der Berliner Polizei am 14. Juli 2009 veröffentlichten Pressemeldung (PM # 1987) wird explizit darauf hingewiesen, dass auch gegen einen Zeugen der Tat ermittelt werde, denn die Gruppe der Geschädigten habe »Anstoß an der Kleidung« (Thor Steinar) der Neonazis genommen und diese dann angegriffen. Offenbar den Schilderungen der Neonazis folgend, wird weiterhin berichtet, das Opfer sei daran beteiligt gewesen. Über den Tatzeugen teilt die Polizei mit, er sei ihnen als linker Gewalttäter bekannt, kürzlich zu einer Bewährungsstrafe verurteilt worden und werde nun einem Richter zum Erlass eines Haftbefehles vorgeführt. Die Pressemeldung endet mit dem Satz »Entgegen ersten Meldungen wurden unbeteiligte Passanten bei der ‚Links-Rechts-Auseinandersetzung' nicht verletzt.« Es folgten weitere Presse-Statements wonach es in Berlin bis dato mehr Übergriffe von Linken auf Rechte – als umgekehrt – geben habe und linke Gewalt somit weitaus gefährlicher sei. Eine Auffassung die im Umkehrschluss nahelegt, dass beispielsweise Überfälle auf Nichtdeutsche, Homosexuelle oder JüdInnen keine Form rechten Gewalt seien. Berlin-Brandenburger AntifaschistInnen reagierten am 16. Juli 2009 mit einer eigenen Pressemeldung, dort heisst es: »Seit dem brutalen Überfall mit sogenanntem 'Bordsteinkick' (bekannt aus dem ‚Kinofilm American History X') (...) versucht das Berliner LKA mit aller Macht die Tat zu relativieren, zu entpolitisieren und den verletzten AntifaschistInnen eine Mitschuld an dem Geschehen zu geben. Ein Polizeisprecher vermutete (...) gar ein ‚good night white pride'-Logo habe zu dem Bordsteinkick provoziert und die Tat mit verursacht«. Die AntifaschistInnen schilderten, dass die verhafteten Täter zu einer Neonazigang gehören, die seit Jahren in Königs Wusterhausen und Umgebung gewalttätig agiere und legte deren Internet-Profile in sogenannten sozialen Netzwerken offen. Die Profile konnten nachweisen, dass die Angreifer-Gruppe regelmäßig mit anderen Berlin-Brandenburger Neonazis im »Jeton« verkehrte, dort offen Neonazi-T-Shirts zur Schau stellte und sich gegenseitig mit dem Hitlergruß fotografierte. Die zur Verfügung gestellten Partybilder zeigen die Tatbeteiligten kurz vor der Tat u.a. mit Hitlergruß vor dem Jeton, weitere Bilder zeigten die Tatbeteiligten mit Kriegswaffen, Wehrmachtsdevotionalien und Neonazipropaganda. ■



Foto: indymedia.org

[1] v.l.n.r.: Oliver Kaplan, Marcel Ingo Bittner und Michael Lekzycki u.a. sitzen wegen versuchtem Totschlag an einem jungen Antifaschisten in Untersuchungshaft.

Saarland: Linke Politiker klopfen rechte Sprüche

Wenn ein NPD- oder auch CDU– Politiker die Bewohner eines Asylbewerberheims dazu auffordert, sich an die Gepflogenheiten ihres Gastlandes zu halten, und ansonsten »in den Kongo zurückgehen, wo sie ums Feuer tanzen können, bis sie schwarz werden, was sie aber schon sind« würde es nicht wundern. Wenn sich aber ein Spitzenkandidat der Linken so äußert, könnte man meinen, dass sich damit jegliches weitere Parteiengagement von selbst erledigt hat. Oben erwähnte Aussage wurde bereits im Juli 2003 von Klaus-Eckhard Walker getätigt. Anlass dieser Aussage war eine »Reggae-Party«, die den in der Nachbarschaft des Wohnheims lebenden Walker offenbar gestört hatte. Walker nahm seine Aussagen nicht zurück, sondern begründete diese mit der Sorge um seine Kinder. Im Kommunalwahlkampf der Linken im Saarland präsentierte die Partei Walker als ihren Kandidaten für den Direktor des Regionalverbandes Saarbrücken. Mit »markigen Sprüchen« aufgefallen sind aber auch andere. So kam es im Mai 2009 während eines Infostands der Linken im Saarbrücker Ortsteil Malstatt zu einer lautstarken Auseinandersetzung und einer offenen Diskriminierung von Homosexuellen. Anlass war hier offenbar die Anwesenheit von Reinhold Kraft, Mitglied der Bundesarbeitsgemeinschaft Queer und bekennender Homosexueller, der sich am Stand eingefunden hatte, um die GenossInnen im Vorfeld der Wahl zu unterstützen. Konsequenz war die Einleitung eines Parteiausschlussverfahrens. Allerdings nicht gegen die homophoben Sprücheklopfer, sondern gegen Reinhold Kraft. ■

Republikaner im Südwesten auf dem absteigenden Ast

Kooperation mit Neonazis in Rheinland-Pfalz

F. Schmidt und Paul Schuster

Baden-Württemberg war jahrelang neben Bayern ein »Stammland« der Republikaner (REP). Mittlerweile befinden sich die REPs in Baden-Württemberg wie auch auf Bundesebene auf dem absteigenden Ast.

Verluste bei der Europawahl ...

In Baden-Württemberg konnten die REPs bei der Europawahl am 7. Juni 2009 lediglich 1,9 Prozent der Stimmen erreichen. 2004 waren es noch 2,8 Prozent gewesen. Bundesweit landete die extrem rechte Partei 2009 bei 1,3 Prozent (2004: 1,9 %, 1994: 3,9 %, 1989: 7,1 %).

... wie auch bei den Kommunalwahlen

Offensichtlich konnten die REPs mit ihren Wahlkampfthemen nicht punkten, geschweige denn ihre WählerInnenschaft mobilisieren. In lediglich acht von 44 Wahlkreisen in Baden-Württemberg reichte es den REPs zum Antritt bei den Kommunalwahlen, darunter Esslingen, Mannheim und Stuttgart.

Die REPs sollten in diesem Doppelwahlkampf nach Wunsch des Landesvorsitzenden Ulrich Deuschle als »Soziale Heimatpartei« verkauft werden. Das deckt sich mit der Forderung nach einem »Europa der Vaterländer«, welche die Partei mit dem Slogan »Raus aus dieser EU!« im Europawahlkampf



Foto: juelich/ip-photo.com

propagierte. Auf kommunaler Ebene erlangten die REPs zwei Stadtratsmandate in Stuttgart sowie drei Bezirksratssitze in Cannstatt, Zuffenhausen und Mühlhausen. Insgesamt hat die Partei in Baden-Württemberg nur noch zehn Mandate in kommunalen Vertretungen.

Abgrenzungspolitik der REP

Das ständige Wiederholen der Aussage, dass die REPs »im Gegensatz zur NPD oder zur Linken, nicht als extremistische Partei im Verfassungsschutzbericht aufgelistet« werden, führte sicherlich auch dazu, dass sich viele WählerInnen vom rechten Rand entschlossen, nicht die REPs zu wählen.

In Mannheim erklärten die REPs bereits am 26. Mai: »Wir erteilen ... jeder Kooperation mit Parteien und Organisationen entgegengesetzter Zielrichtung wie etwa Deutsche Liste, NPD oder Neonazi-Gruppen oder aber der Linken oder den Grünen eine eindeutige Absage – mit erklärten Gegnern der Demokratie, seien es rechte oder linke, nationale oder internationale Sozialisten, kann es keine Gemeinsamkeiten oder Zusammenarbeit geben.« Gut abgeschrieben und ganz im Sinne der Bundespartei, die schon 2006 in einer Resolution auf ihrem Parteitag im Dezember »jeder Kooperation mit Parteien und Organisationen entgegengesetzter Zielrichtung wie etwa NPD oder Neonazi-Gruppen oder aber PDS/Linke oder den Grünen eine eindeutige Absage« erteilte.

Rechte Bündnispolitik in Mannheim gescheitert

In Mannheim versuchte die NPD zusammen mit der Deutschen Liste (DL)

eine gemeinsame Liste zur Kommunalwahl aufzustellen. Dies scheiterte jedoch an den »unannehmbare[n] Forderungen« der DL, welche »die ersten 16 Listenplätze einer gemeinsamen Liste« für ihre KandidatInnen wollte. Hinzu kam, dass die DL vom NPD-Kreisverband finanzielle Unterstützung forderte. Die NPD kündigte daraufhin die Zusammenarbeit mit der DL auf, schloss jedoch auch eine Kooperation mit den REPs aus, was aber »mehr mit der Bundes- und Landesführung [der REPs] zu tun [hatte], als mit den Kameraden vor Ort«.

Die Querelen im regionalen rechten Lager gipfelten darin, dass der NPD-Kreisvorstand eine Wahlempfehlung für die REPs herausgab, nachdem die tiefen Gräben zwischen NPD und DL nicht überwunden werden konnten. Bei der Europawahl sollten die NPD-AnhängerInnen die DVU wählen. Daraufhin trat die DL alleine als »Deutsche Liste Mannheim« mit 16 KandidatInnen an und konnte 1,1 Prozent der Stimmen auf sich vereinigen.

Die REPs kamen bei acht KandidatInnen auf 0,8 Prozent. Auch in Mannheim war es der Partei nicht gelungen, ein nennenswertes Kommunalwahlergebnis zu erzielen.

Rheinland-Pfalz

Im benachbarten Rheinland-Pfalz stand am 7. Juni ein Wahlmarathon an. In Bezug auf die REPs waren insbesondere die Wahlen im südlichen Landesteil, der Pfalz, von Interesse. Hier sind ihre traditionellen Hochburgen.

Pfalz: Verluste auf der ganzen Linie

Die Partei war zu 192 Wahlen in den Kreisen, Städten und Gemeinden der Pfalz angetreten. Bei lediglich einer konnte sie ihr Ergebnis gegenüber der letzten Wahl steigern; bei zwei konnte sie ihr Ergebnis halten; bei 189 Wahlen musste die Partei Einbußen hinnehmen. Und diese fielen nicht nur marginal aus: Die Verluste lagen meist bei einem Drittel der Stimmenanteile gegenüber 2004. Während die Ergebnisse in den ländlichen Gebieten oftmals zwischen zwei und vier Prozent lagen, konnten die REPs vor allem in den Kleinstädten bessere Ergebnisse erzielen. In ihren Hochburgen Ludwigshafen, Germersheim und Pirmasens mussten sie zwar auch empfindliche Verluste einstecken, bewegen sich aber dort immer noch deutlich über 6 Prozent.

Lokale Kooperation mit der Deutschen Liste

Eine Besonderheit ist in Ludwigshafen zu finden. Hier einigte sich der Kreisverband der REPs mit der Deutschen Liste auf eine gemeinsame Liste für die Stadtratswahl. Dass sich DL und REPs gut verstehen, mag nicht verwundern. Es ist jedoch ein Novum, dass die nach außen bürgerlich und verfassungstreu auftretenden REPs offen auf eine Zusammenarbeit mit den Neonazis der DL einlassen. Ob dies ein Testballon für weitere Wahlen war oder nur der lokalen Konstellation geschuldet ist, lässt sich momentan nicht abschätzen. Klar ist aber, dass die REPs versuchen sich rechtsaußen zu profilieren, in der Sorge, Stimmen und Personal an die NPD zu verlieren. In diesem Spannungsfeld zwischen Abgrenzung und Integration wird es wahrscheinlich nicht die letzte Kooperation dieser Art sein.

Finale in Ludwigshafen verloren

Als krönenden Wahlkampfabschluss planten die REPs für den Vortag der Wahl eine Großdemonstration durch die Ludwigshafener Innenstadt mit mehreren tausend TeilnehmerInnen. Es folgte eine massive Mobilisierung zur Verhinderung des Aufmarsches, die von lokalen antifaschistischen sowie bürgerlichen Gruppen getragen wurde. Aufgrund des starken öffentlichen Drucks verzichteten die REPs auf eine Demonstration und einigten sich mit der Stadt Ludwigshafen auf eine Kundgebung weit außerhalb der Innenstadt. Sie hatten feststellen müssen, dass ihre Mobilisierung alles andere als gut lief und sie den Mund deutlich zu voll genommen hatten. Am 6. Juni fanden sich dann ca. 300 AntifaschistInnen in Ludwigshafen ein, um den REPs einen gebührenden Empfang zu bereiten. Wer nicht erschien, waren die REPs, die ihre Kundgebung am Morgen abgesagt hatten. Selbst den Versuch, spontan mit rund einem Dutzend TeilnehmerInnen zumindest eine Kundgebung im 20 Kilometer entfernten Speyer durchzuführen, mussten die REPs, angesichts der Anwesenheit von ca. 100 Antifas abbrechen. Diese Niederlage im Wahlkampffinale hätte nicht deutlicher ausfallen können.



Fazit

Es gelang den REPs 2009 weder in Baden-Württemberg noch in Rheinland-Pfalz, am rechten Rand der CDU WählerInnenstimmen für sich zu gewinnen. Ebenso konnte die Partei nicht von den internen Streitigkeiten innerhalb der NPD und der bröckelnden »Volksfront« aus DVU und NPD profitieren. ■

Man macht, wie man schafft!?

Die NPD in den kommunalen Parlamenten in Mecklenburg-Vorpommern

60 Mandate hat die NPD am 7. Juni 2009 bei der Kommunalwahl errungen und ist seither in neun Kreistagen, in vier kreisfreien Städten und in 28 Gemeinden Mecklenburg-Vorpommerns vertreten.

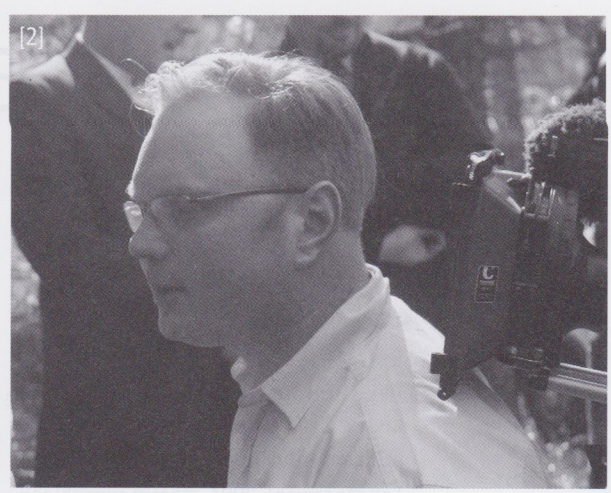
Die Ergebnisse der NPD bei den Kommunalwahlen in Mecklenburg-Vorpommern (M-V) haben auch über das Land hinaus in der Partei für Aufruhr gesorgt: Nachdem die Vorsitzende des »Ring Nationaler Frauen« (RNF), Gitta Schüßler, die Personalpolitik ihrer nordöstlichen Parteikameraden kritisiert hatte, musste sie ihren Posten räumen. Marianne Pastörs sowie Franziska Vorpahl hatten ihre Sitze in den Kommunalparlamenten von Ludwigslust und Rostock abgegeben. Sie waren überraschend von hinteren Listenplätzen in die Parlamente gewählt worden. Daraufhin verzichteten die Kandidatinnen zugunsten der, von der NPD favorisierten, vorne platzierten männlichen Mitbewerber, die den Kommunalwahlkampf von langer Hand mit vorbereitet hatten.

Als die anderen Parteien erst kurz vor der Wahl um die Stimmen der Wähler warben, war der NPD-Wahlkampf längst im Gange. Bereits kurz nach der Landtagswahl 2006 zog das fraktionseigene Infomobil quer durch das Land. Mit einem blauen Pavillon, der Fraktionszeitung »Ordnungsruf« und einigen Werbeartikeln im Gepäck, gab man sich betont professionell und bürgernah. Schon einige Wochen vor der Wahl organisierten dann auch die Kreis- und Ortsverbände eigene Infostände, verteilten personenbezogene Postwurfsendungen und hängten gemeinsam mit jungen AktivistInnen aus den jeweiligen Städten und Regionen von der Landtagswahl übrig gebliebene Plakate. Wie in vielen Orten von M-V hatte die NPD ebenso in einigen Rostocker Stadtvierteln die Plakathoheit. In der Hansestadt wurde die extrem rechte Partei von Kameradschaftsstrukturen wie den »Nationalen Sozialisten Rostock« (NSR) unterstützt, welche die BürgerInnen zur Wahl der NPD aufgerufen hatte. Während man in Rostock aktiv um Stimmen kämpfte, hatte man andernorts jedoch das Gefühl, man macht, wie man schafft. Zum Ende des Wahlkampfes waren die Ressourcen erschöpft und das, obwohl auf Kundgebungen und Demonstrationen verzichtet wurde. Nur in Ueckermünde hielten zwei Dutzend junge Neonazis eine Mahnwache für den Erhalt eines Garagenkomplexes ab, der ihnen seit Jahren als Szenetreffpunkt dient. Eines der wenigen lokalen Themen, die die NPD aufgegriffen hatte.

Trotz des abflauenden Wahlkampfes, ist die NPD – ausgenommen die Gemeinden Boldekow und Semlow – überall dort in die Kommunalparlamente eingezogen, wo sie antrat. Wie zu erwarten, erzielte die NPD in den Kreisen Uecker-Randow (9,1 Prozent) und Ostvorpommern (7,6 Prozent) die höchsten Ergebnisse. Seitdem sitzen jeweils vier bekannte Neonazis in Fraktionsstärke mit am Tisch der beiden Kreistage. Das höchste Ergebnis erlangte die NPD mit 28,8 Prozent im Wahlbezirk Ueckermünde Ost. In den anderen Regionen des Landes blieb das Ergebnis zumeist unter fünf Prozentpunkten. Im Westen des Bundeslandes konnte der Kreisverband Ludwigslust die höchsten Prozente erzielen, blieb mit 4,5 Prozent der Wählerstimmen jedoch hinter den Erwartungen zurück.

Obwohl die NPD die Anzahl ihrer Mandate im Vergleich zur Kommunalwahl 2004 landesweit versechsfachen konnte, gab sich die NPD-Riege mit dem Ergebnis von insgesamt 60.956 Stimmen (3,2 Prozent) nicht zufrieden. Besonders niederschmetternd dürfte das Ergebnis in Stralsund auf die NPD wirken. Dort, sowie in der selbst gesetzten Schwerpunktregion Schwerin, konnten sie nicht wie gewünscht punkten.





[1] Der NPD-Kandidat Nils Matischent (vierter v.l.) am 25. April 2009 beim NPD-Wahlkampf in Güstrow

[2] Andreas Theißen beim NPD-Bundesparteitag 2009 in Berlin

Dennoch bestätigte das hohe Ergebnis im Osten von Mecklenburg-Vorpommern einmal mehr, dass die Neonazis dort über eine stabile Stammwählerschaft verfügen und rechte Kader als »nette Nachbarn von nebenan« gelten. So kann der führende Aktivist der Ueckermünder Kameradschaftsszene und NPD-Landtagsabgeordnete Tino Müller bereits seit Jahren auf eine breite Zustimmung innerhalb der Bevölkerung verweisen. Müller ist tonangebendes Mitglied im »Sozialen und Nationalen Bündnis Pommern« (SNBP) und anderer rechter Vereinigungen, wie z.B. der mittlerweile verbotenen Heimattreuen Deutschen Jugend. Neben seinem Bruder Marko Müller, Michael Gielnik und Enrico Harmisch – die ebenfalls Sitze in Kommunalparlamenten errungen haben – ist er einer der führenden Köpfe in der Region. Tino Müller und rund 200 andere Kameradschaftler traten vor der Landtagswahl 2006 in die NPD ein und verhalfen ihr zum Wahlerfolg von 7,3 Prozent der Wählerstimmen (siehe AIB #73). Seither sind Kameradschaftsstrukturen auch gleich NPD-Strukturen. »Freie Kräfte« in Opposition zur NPD oder andere konkurrierende extrem rechte Parteien sind in M-V nicht mehr vertreten. Die DVU trifft sich an wenigen Stammtischen und dem früheren NPD-Pressesprecher M-Vs, Andreas Molau, wird seit seinem Übertritt zur DVU keine Beachtung mehr geschenkt. Lediglich in Stralsund traten die REPs, die jedoch keine landesweite Struktur aufweisen können, zur Wahl an. Während die »Freien« im Osten unter dem Label »NPD« ihre politische Arbeit fortführen, versucht augenscheinlich der im Westen Mecklenburg-Vorpommerns ansässige langjährige NPD-Aktivist Andreas Theißen die Neonaziszene in Wittenburg und Umgebung auf Parteikurs zu bringen. Mindestens einmal im Monat besuchten Aktivisten vom »Widerstand-Wittenburg-Waschow« die Landtagsfraktion, luden zu Paddeltouren der Jungen Nationaldemokraten und veranstalteten »nationale« Feste.

In vielen anderen Regionen des Landes herrscht allerdings weitgehend Mitglieder- und Kaderflaute. Bis auf Neubrandenburg, Neustrelitz und Waren weisen kleinere Orte wie Teterow, Malchin, Demmin, aber auch die kreisfreien Städte Greifswald, Wismar und die Insel Rügen sowie der Kreis Mecklenburg-Strelitz kaum sichtbare oder gar keine NPD-Strukturen auf. In der Umgebung der Hansestadt Rostock verfestigen sich hingegen lose Neonazistrukturen. Verantwortlich für die Gegend zeichnet sich der Landtagsmitarbeiter und Neonazi-Multifunktionär David Petereit. Seit 2006 bereist er kontinuierlich umliegende Städte, hilft jungen »Kameraden« bei rechtlichen Belangen und gilt als fester Ansprechpartner. Seine Aufbauarbeit hat vor der Kommunalwahl Früchte getragen: In Güstrow beispielsweise kandidierte laut örtlichen AntifaschistInnen der als stadtbekannter Schläger geltende Nils Matischent, während neue NPDler in Bad Doberan derweil versuchen ihre Ortsgruppe zu konsolidieren.

Fraglich ist jedoch, ob die Repräsentanten der NPD-Wähler den Anforderungen standhalten, die das Kommunalparlament nun an sie stellt. Hingegen ist davon auszugehen, dass die kontinuierlich durchgeführten kommunalpolitischen Schulungen vor der Wahl keine Scheingefechte waren, sondern nun ihre Wirkung erzielen. Mittels Durchführung geheimer Wahlen für verschiedene Posten konnte die NPD in einigen Gemeinden Stimmen anderer Parteien hinzugewinnen. So wurde Michael Gielnik in Heringsdorf in den Tourismusausschuss und in Bargischow Lutz Genz vom »Heimatbund Pommern« (siehe AIB # 69) zum Vizebürgermeister gewählt. Von einem konsequent ablehnenden Umgang mit der NPD ist bisher wenig zu spüren, schon gar nicht in Ostvorpommern und Uecker-Randow. Dort berichtet die Lokalpresse eher wohlwollend von den gezielten Fragen der NPD in der Ueckermünder Bürgerschaft, die erst zum Verständnis von Lokalpolitik beigetragen hätten. Es scheint eine Frage der Zeit, bis sich Vertreter der anderen Parteien an die Neonazis gewöhnt haben. Die Anklamer CDU jedenfalls geht schon seit Jahren mit dem NPDler Michael Andrejewski Bier trinken. ■

Sachsen rechts unten

Die NPD ist wieder im Landtag

Die NPD hat am 30. August 2009 den Wiedereinzug in den sächsischen Landtag mit 5,6 Prozent geschafft. Damit hat sie ihr selbst ausgerufenes Wahlziel von 10 Prozent plus X weit verfehlt und ihr Ergebnis im Vergleich zur Landtagswahl 2004 massiv verschlechtert. Acht Abgeordnete im Landesparlament und 73 NPD-Vertreter in sächsischen Kommunalparlamenten sind das Ergebnis der Wahlen 2009 im Freistaat. Es bleibt festzustellen, dass die NPD einerseits kontinuierlich Stimmen verloren hat. Andererseits konnte sich aber ein stabiles Stammwählerpotential der NPD herausbilden, was der Partei einen zwar knappen aber historischen Wiedereinzug ins Landesparlament sicherte.

Ein kurzer Rückblick

Vor fünf Jahren war die NPD mit 9,2 Prozent und 12 Abgeordneten in den sächsischen Landtag eingezogen und hatte mit diesem Ergebnis bundesweit für Entsetzen gesorgt. Dem vorausgegangen war die jahrelange Etablierung der NPD in Sachsen, die Ernennung des Freistaats zum NPD-Schwerpunktland sowie eine massive Werbekampagne, die insbesondere auf eine nationalistische Anti-Hartz-IV-Stimmung und rassistisches Protestpotential abzielte. Die NPD selbst war auf diesen hohen Überraschungserfolg nicht vorbereitet und schickte eine mehr als desolate Truppe ins sächsische Parlament. So begann man 2004 mit 12 Abgeordneten und endete schließlich bei Acht. Drei Parlamentarier verließen die NPD-Fraktion aufgrund interner inhaltlicher Streitigkeiten und Dominanzvorwürfen gegen die Kameraden aus dem Westen. Einer wurde offiziell ausgeschlossen, weil er Hitler medienwirksam und nicht nur hinter geschlossenen Türen verehrte. Für die beiden damaligen Landtagsabgeordneten Leichsenring und Paul mussten Nachrücker antreten. Ersterer hatte sich trotz seiner Tätigkeit als Fahrschullehrer totgefahren und bei letzterem war kinderpornographisches Material gefunden wurden. Weitere Ausfälle hätte die Fraktion nicht verkraftet, die Landesliste war erschöpft.

Alles oder Nichts – der Wahlkampf der NPD

Nach den Machtkämpfen der Partei auf Bundesebene und den finanziellen Rückforderungen durch die Bundestagsverwaltung stellte die sächsische Landtagswahl einen Scheidepunkt für die NPD dar. Ein Nichteinzug in ihrem Schwerpunktland hätte ein Abgleiten in die frühere parlamentarische Bedeutungslosigkeit, massive Geldschwierigkeiten und den endgültigen Machtverlust der Führungsriege um Holger Apfel gegenüber dem Bundesvorsitzenden Udo Voigt bedeutet. So setzte der sächsische Landesverband mit großer Unterstützung aus Mecklenburg-Vorpommern auf eine Materialschlacht sondergleichen. Laut Eigenangaben hängte die Partei im Wahlkampf 90.000 Plakate, verteilte zwei Millionen Zeitungen und brachte eine Neuauflage der »Schulhof-CD« auf den Markt. Egal wie viele Plakate tatsächlich aufgehängt wurden, wer in den letzten Wochen durch Sachsen fuhr, egal ob Stadt oder Land, wurde optisch von der NPD-Dominanz erschlagen. Die Wahlkampftour der NPD dagegen lief trotz Unterstützung durch Udo Pastörs und Frank Rennicke eher mager. So mobilisierte die Ankündigung des NPD-Wahlkampfmobils regelmäßig mehr Gegner als Anhänger. Sehr wohl ließen sich aber die gewalttätigen Teile der Neonaziszene zum Schutz der rechten Plakate und zu schweren Angriffen auf Demokraten animieren. So wurde ein Aktivist der Linkspartei beim Plakataufhängen schwer verletzt, in Mittelsachsen kam es zu einem Angriff auf den FDP-Direktkandidaten und in Döbeln wurde der Landtagskandidat der SPD massiv bedroht.

Der Tag der Entscheidung

In den Umfragen lag die NPD zwischen vier und sieben Prozent, ein Ausscheiden aus dem Landtag war also vorstellbar. Schon die ersten Prognosen um 18 Uhr bestätigten aber, dass der Sprung über die Fünf-Prozent-Hürde gelungen war. Mit 100.832 Zweitstimmen erreichte sie schließlich 5,6 Prozent und stellt acht Abgeordnete im nächsten Landtag. Sie büßte damit gegenüber 2004 über 90.000 Stimmen ein. Die Wahlbeteiligung lag bei einem Minusrekord von 52,2 Prozent. In 54 Gemeinden konnte die Partei über 10 Prozent erreichen, angeführt von der bekannten Hochburg Reinhardtsdorf-Schöna in der Sächsischen Schweiz mit 19,4 Prozent. Überblickend verlor die NPD sachsenweit im Vergleich zu 2004 zwischen drei und sechs Prozent ihrer WählerInnen. Es ist davon auszugehen, dass es ihr nicht gelang das »Schnauze voll«- Potential wieder an die Urnen zu bewegen. Das Ergebnis stellt ein historisches Novum für die NPD dar. Erstmalig gelang ihr der Wiedereinzug in ein Landesparlament. Die NPD stellt somit im nächsten Landtag die gleiche Anzahl von Abgeordneten, die sie derzeit noch im Parlament hat.


[1] Der NPD-Fraktionsvorsitzende Holger Apfel im Pressegespräch

Auch die Personenaufstellung hat sich, bis auf den Austausch der beiden hinterbänklerischen Nachrücker durch die altbewährten Kader Andreas Storr und Arne Schimmer nicht verändert. Die sächsische NPD setzt damit auf erfahrene Landtagsabgeordnete und Neonazis, welche schon bisher die Arbeit der Fraktion intensiv mitgestaltet haben.

Tief im rechten Sumpf

Das Ergebnis spiegelt wieder, was sich bereits zur Kommunalwahl im Juni offenbart hatte: Die NPD besitzt in Sachsen ein stabiles Stammwählerpotential, das den offenen rassistischen Parolen zustimmt und eine menschenverachtende Politik zur Durchsetzung nationalchauvinistischer Interessen befürwortet. Die Etablierung dieses Potentials ist ein Prozess der letzten 20 Jahre sächsischer Entwicklung. So haben extrem rechte Organisationen wie die NPD Sachsen durch kontinuierliche Struktur- und Aufbauarbeit zu einer ihrer Hochburgen entwickeln können. Verankerung in den Kommunen, mehr oder weniger erfolgreiche parlamentarische Arbeit, Unterstützung rechter Jugend- und Schlägergruppen, Verlagerung rechter Infrastruktur sowie Kaderzuzug in den Freistaat stellt den Beitrag der NPD zu ihrem Wahlerfolg dar. Die NPD sammelt daher nicht nur die Früchte ihrer eigenen Arbeit, ihr Erfolg fußt zu wesentlichen Teilen auf einem gesellschaftlichen Klima, das sich dem Kampf gegen Rechts in weiten Teilen entzieht und in einer Vielzahl insbesondere ländlicher Regionen aktiv zu rassistischen Haltungen beiträgt. Beispielhaft steht dafür die mittelsächsische Region mit dem beschaulichen Städtchen Colditz. Statt die Initiative »Meine Stimme gegen Nazis« zu unterstützen, wurde ein antirassistisches Fußballturnier seitens des Bürgermeisters vor der Landtagswahl mit der Auflage belegt, für alle Schäden, die zwei Wochen vor und nach dem geplanten Turnier am Sportplatz entstehen zu haften. Die Polizei hatte erklärt, die Veranstaltung, welche zwei Monate im Voraus angemeldet worden war, aufgrund der Kurzfristigkeit nicht schützen zu können. Als die Initiative schließlich eine Kundgebung mit Konzert auf dem Marktplatz durchführte, wurde der Platz von Neonazis dominiert. Offene Drohgebärden führten schließlich dazu, dass nach Ende der Veranstaltung die Teilnehmenden unter Polizeischutz aus der Stadt herausgefahren werden mussten. Die Politik bestimmen dort inzwischen die Rechten. So oder ähnlich ergeht es zahlreichen Initiativen, die sich im Freistaat gegen Rechts engagieren. Neben der Bedrohung durch Neonazis werden sie als »Nestbeschmutzer« gebrandmarkt. Demokratisches, nichtrechtes oder alternatives Engagement ist 20 Jahre nach der Wende in Sachsen nur mit dem Rücken an der Wand möglich. Migrant_innen, Nichtdeutsche oder Asylsuchende werden nicht nur von Neonazis durch die Straßen gehetzt, wie auf den Stadtfesten in Mügeln oder Taucha, sondern als Gipfel der Unmenschlichkeit von der Ausländerbehörde in den Tod getrieben. So nahm eine suizidgefährdete Frau am 25. August 2009 vor den Augen der MitarbeiterInnen der Ausländerbehörde Mittweida eine Vielzahl von Tabletten, nachdem ihr Antrag auf dezentrale Unterbringung zum wiederholten Male negativ beschieden wurde und der Umzug in eine andere Unterkunft anstand. Die MitarbeiterInnen verweigerten Rettungsmaßnahmen und verwiesen ihren Mann darauf seine Frau ins Krankenhaus zu bringen. Die Mutter von drei Kindern verstarb am folgenden Tag.

Bonjour Tristesse!

Mit ihrem Wiedereinzug hat die NPD die Chance auf fünf weitere Jahre Strukturaufbau, Provokation im Parlament, Steuergelder in Millionenhöhe und die fortschreitende Akzeptanz der Partei. Als Novum stehen ihr nun auch Gelder für ihr parteinahes »Bildungswerk für Heimat und nationale Identität« zu. Bereits am Wahlabend präsentierte die ARD zunächst Jürgen Gansel und später Holger Apfel in einer Reihe mit den demokratischen Spitzenpolitikern Sachsens. Bis auf den SPD-Spitzenkandidaten verließ niemand das Studio oder äußerte Ablehnung. Vielmehr blieben sämtliche VertreterInnen von CDU bis Linkspartei stehen. Der Moderator interviewte die NPD-Politiker völlig unkritisch. Ein solches Verhalten hätte noch 2004 einen Aufschrei hervorgerufen.

Es bleibt zu befürchten, dass zukünftig einzig auf den Stimmeneinbruch der NPD abgestellt und die Auseinandersetzung mit dieser neonazistischen Partei und anderen rechten Organisationen auf ein Minimum beschränkt wird. Insbesondere der ländliche Raum, in dem sich zunehmend Zustände einstellen, die an die tiefen 1990er Jahre erinnern, bedarf kritischer Fokussierung und antifaschistischer Unterstützung. Die Einordnung Sachsens als »Naziland« mag die richtige Analyse darstellen, übersieht aber die durchaus vorhandenen antifaschistischen Aktivitäten und zivilgesellschaftlichen Initiativen. Diese gilt es auch in Zukunft von außen zu unterstützen und die Hoffnung nicht zu verlieren. ■

NPD-Landtagsabgeordnete (nach der Aufstellung Landesliste):
Holger Apfel (KV Dresden) (MdL, Kreisrat Meißen)
Dr. Johannes Müller (KV Sächsische Schweiz) (MdL, Kreisrat Sächsische Schweiz)
Winfried Petzold (KV Leipzig) (MdL, Landesvorsitzender)
Jürgen Gansel (KV Meißen) (MdL, Kreisrat Meißen)
Gitta Schüßler (KV Zwickau-Westsachsen) (MdL, Kreisrätin Westsachsen)
Alexander Delle (MdL, KV Meißen)
Andreas Storr (KV Niederschlesien-Oberlausitz) (Kreisrat Görlitz)
Arne Schimmer (KV Dresden)

NPD-Sachsen-Anhalt: Schritt für Schritt verankern

Bereits 2004 war es der NPD in Sachsen-Anhalt gelungen in fünf Stadträte einzuziehen und bei den Kreistagswahlen 2007 konnte sie in sieben Landkreisen insgesamt 13 Mandate gewinnen. Für die Kommunalwahlen am 7. Juni 2009 war sie nun mit Kandidaten für 19 Stadt- und Gemeinderäte angetreten.

Dass die NPD in nur sieben von elf möglichen Landkreisen (sowie in zwei kreisfreien Städten) zur Kommunalwahl antrat zeigt, dass sie trotz Bemühungen in den vergangenen Jahren noch längst nicht flächendeckend arbeitsfähig ist. Insbesondere in den Landkreisen mit starker Kameradschaftsszene, im Norden und im Osten von Sachsen-Anhalt, gab es mit einer Ausnahme keine NPD-Kandidaturen. Auch wenn die »Volksfront« nicht offiziell aufgekündigt wurde und die führenden Köpfe nach wie vor bemüht sind, alle Facetten in eine Bewegung zu integrieren, ist die regionale und organisatorische Zersplitterung der Neonaziszene nicht zu übersehen. Von »gelebter Kameradschaft zwischen NPD-Mitgliedern, freien Nationalisten und den äußerst engagierten Mitgliedern der NPD-Jugendorganisation JN« [PM vom 15. April 2009] kann derzeit nur noch in Einzelfällen gesprochen werden. Die Sammlung der notwendigen Unterstützungsunterschriften für einen Wahlantritt war nach eigenem Bekunden jedoch kein Problem. Insbesondere in der Landeshauptstadt Magdeburg wurde sie von den personell weitgehend identischen »Junge(n) Nationaldemokraten« (JN), von »freien Kräften« und Sympathisanten unterstützt.

Selbstbewusster Wahlkampf

Im Wahlkampf präsentierte die NPD eine Mischung aus Protestparolen und kommunalpolitischen Themen. Getreu dem Wahlslogan »Allein gegen die Politmafia« versuchte sie das politische System als kriminelles Gebilde aus Korruption und Betrug und sich selbst als »einzige wirkliche Alternative« darzustellen. Zu kommunalen Themen stellte die NPD unter dem Leitspruch »Arbeit, Heimat, Zukunft« zahlreiche Forderungen, wie »Heimatkunde« im Schulunterricht, saubere Spielplätze und die Einrichtung von mehr Polizeidienststellen und Hausarztpraxen. Mit der Forderung nach »mehr Mitspracherecht für die Bürgerinnen und Bürger« versucht die radikal antidemokratische Partei aber immer öfter auch den Demokratiebegriff umzudeuten und für sich zu vereinnahmen. Dem Gedanken von Pluralität und Mitverantwortung stellt die NPD einen Demokratiebegriff gegenüber, der Demokratie als einen homogenen deutschen »Volkswillen«, in Abgrenzungen zu »denen da oben«, durchzusetzen versucht.

Auf ihrem Landesparteitag im Februar 2009 beschloss die NPD sich im Wahlkampf auf die beiden größten Städte Halle und Magdeburg zu konzentrieren, um zu beweisen »dass die NPD auch in Großstädten Wahlen gewinnen kann.« [PM vom 15. April 2009]. Zu Wahlwerbezwecken gab sie nach dem Vorbild anderer regionaler NPD-Blätter eigens eine Bürgerzeitung heraus. Der »Magdeburger Stadtspiegel« brachte es auf immerhin fünf Ausgaben, während der Hallesche »Weckruf« lediglich ein einziges Mal erschien. Ob diese auch nach der Wahl weiter geführt werden ist angesichts knapper Ressourcen zweifelhaft. Auch die angekündigten Bürgerbüros und Unternehmerstammtische wurden bisher nicht realisiert und nur in der bereits existierenden NPD/JN-Landesgeschäftsstelle in Bernburg eine wöchentliche Sprechzeit eingerichtet.

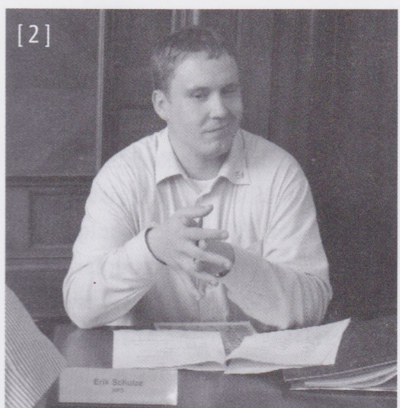
Ergebnisse und Abgeordnete

Letztlich wurden mit durchschnittlich 2,4 Prozent der Wählerstimmen 18 NPD-Vertreter in 16 Stadträte und 2 Gemeinderäte gewählt. Besonders in den beiden Großstädten blieb das Ergebnis von jeweils 2 Prozent deutlich hinter den Erwartungen zurück. Mit einer Ausnahme gewann die NPD in allen Orten lediglich ein einziges Mandat, so dass sie keine Fraktionen bilden kann. Dagegen hat sich im Burgenlandkreis im Süden von Sachsen-Anhalt die lokale Verankerung der NPD wiederholt bestätigt. Dort zogen zwei NPD-Abgeordnete mit dem landesweit besten Ergebnis von 13,5 Prozent in den Stadtrat von Laucha ein. Der



Foto: www.infothek-dessau.de

[1] Am Transparent: (erster v.l.) Michael Schäfer ist Bundesvorsitzender der Jungen Nationaldemokraten (JN); Philipp Valenta (zweiter v.l.) ist Vize-Bundesvorsitzender der JN und deren Vorsitzender im Landesverband Sachsen-Anhalt



[2] Das NPD-Stadtratsmitglied in Halle, Erik Schulze



durch seine rassistischen Äußerungen aufgefallene Jugendfußballtrainer und Bezirksschornsteinfeger Lutz Battke ist dort bereits seit 1999 vertreten. Das NPD-Landesvorstandsmitglied Andreas Karl ist neben seinem Kreistagsmandat nun auch Abgeordneter in der Gemeinde Finne und in der Verbandsgemeinde »An der Finne«. Er kandidierte zudem als Bürgermeister und erreichte immerhin 14,9 Prozent. Erst im Mai 2009 wurde Karl vom Amtsgericht Merseburg wegen Anstiftung zur Falschaussage zu einer Geldstrafe verurteilt. Er hatte zwei NPD-Wahlkampfhelfer nach einem Angriff im März 2006 dazu angestiftet, bei der Polizei einen ihnen bekannten Antifaschisten falsch zu beschuldigen und den Vorfall schwerer darzustellen als er sich tatsächlich abgespielt hatte.

Zu beobachten ist, dass immer mehr Posten und Funktionen von wenigen Personen übernommen werden. So sind die neuen Stadtratsmitglieder Philipp Valenta (Bernburg), Erik Schulze (Halle) und Matthias Gärtner (Magdeburg) gleichzeitig im JN-Bundesvorstand, im NPD-Landesvorstand und jeweils NPD-Kreisvorsitzende. Valenta ist zudem bereits Mitglied eines Kreistages. Und auch der neu gewählte Wernigeröder Stadtrat Michael Schäfer ist bereits im Kreistag des Harzkreises tätig. Als JN-Bundesvorsitzender ist er seit 2007 maßgeblich an der Neuprofilierung des NPD-Jugendverbandes, als radikaler Vorreiter einer neonazistischen Jugendbewegung, beteiligt. Dabei sieht sich die JN, gemeinsam mit den sogenannten »Freien Kräften« als außerparlamentarischer Flügel und weniger als klassischer Parteiverband. Im Gegensatz dazu trat der sachsen-anhaltische NPD-Landesvorsitzende Matthias Heyder bei den Kommunalwahlen nicht Erscheinung. Der NPD-Spitzenkandidat zur Bundestagswahl im September war bei der Vorstandswahl im April 2009 in Berlin-Reinickendorf als Stellvertreter des im Kampf um den Parteivorsitz unterlegenen Udo Pastörs vorgesehen gewesen.

Verstärkte Aufmerksamkeit gilt der NPD auch den jugendkulturellen Angeboten. Mit Musik und Bekleidung sollen Jugendliche politisiert und an rassistisches Gedankengut herangeführt werden. Mit dem freien Aktivisten Steffen Bösener aus Köthen wurde einer der führenden sachsen-anhaltischen Szenehändler für die NPD in einen Stadtrat gewählt. Bösener, der auch als Konzertveranstalter in Erscheinung tritt, betreibt seit 2004 den Internetversand »Odins Eye« und seit 2006 das Ladengeschäft »Nordic Flame«, zunächst in der Bernburger Innenstadt und seit 2008 in Köthen. Zum Angebot von »Odins Eye« gehören unter anderem Teleskop-Schlagstöcke und Quarzhandschuhe für »Straßenkämpfer«, die »dem Gegner unheimlich weh tun« sollen.

Lokale Verankerung in kleinen Schritten

Mit dem Ergebnis blieb die NPD hinter ihren Ankündigungen zurück, in alle Rathäuser mit Fraktionsstärke einzuziehen. Sie schaffte es jedoch, die Anzahl ihrer Stadt- und Gemeinderatsmandate mehr als zu verdreifachen und sich weiter zu verankern. Seit sich die NPD mit Hilfe der JN in Sachsen-Anhalt 2005 neu organisierte und den gezielten »Kampf um die Parlamente« führt, schaffte sie es bei Kommunalwahlen mit einer Ausnahme immer dort wo sie antrat, mindestens einen Abgeordneten zu platzieren. Auch wenn die NPD dabei bisher nur punktuell Ergebnisse über fünf Prozent erzielte, hat sie, im ehemaligen »DVU-Land« Sachsen-Anhalt, bereits ihren Antritt zur Landtagswahl 2011 angekündigt. ■

Der braune Marsch auf Brüssel

Carsten Hübner

Carsten Hübner befasst sich seit mehr als zwanzig Jahren mit der extremen Rechten. Er betreibt das Watchblog eurorex.info, das über das rechtsextreme Spektrum in Europa und seine Netzwerke berichtet.

Die extreme Rechte ist gestärkt aus den Europawahlen im Juni 2009 hervorgegangen. Offen rassistischen und neofaschistischen Parteien wie der British National Party (BNP) oder der ungarischen Jobbik gelang erstmals der Einzug ins EU-Parlament. Die rechtspopulistische Partij voor de Vrijheid (PVV) von Geert Wilders wurde sogar zur zweitstärksten Kraft in den Niederlanden. 55 Abgeordnete und damit 7,5 Prozent der insgesamt 736 Parlamentarier sind eindeutig dem extrem rechten und nationalistischen Lager zuzurechnen, was in etwa dem Anteil der vorigen Legislaturperiode entspricht. Doch die Basis der Herkunftsländer hat sich deutlich verbreitert. So entsenden mittlerweile 16 der 27 Mitgliedsstaaten Parteien der extremen Rechten nach Brüssel. Legt man nur die 505 Parlamentssitze dieser Ländergruppe zugrunde, dann kam das extrem rechte Spektrum hier sogar auf 10,1 Prozent der Mandate.



[1]

[1] Der Ultranationalist Jan Sloten von der extrem rechten SNS (Slowakei)

Dazu kommen eine Reihe ultrakonservativer Parteien wie die polnische Prawo i Sprawiedliwość (PiS) der Gebrüder Kaczyński, die tschechische Občanská demokratická strana (ODS) oder der ungarischen Fidesz, die in vergangenen Jahren wiederholt durch homophobe, antisemitische, rassistische und nationalistische Ausfälle in die Schlagzeilen gerieten. Sie bilden, verteilt auf verschiedene Fraktionen, die Grauzone und das politische Scharnier zum offen extrem rechten Lager. Auf diese Gruppe entfallen weitere 44 Mandate und damit sechs Prozent der Sitze. Zusammengenommen umfasst das rechte Spektrum im Europaparlament demnach aktuell 99 Parlamentarier und 13,5 Prozent der Sitze.

Rechtsoffene Parteien in den demokratischen Fraktionen

Für die zukünftige Entwicklung im Europaparlament muss zudem berücksichtigt werden, dass es in mehreren demokratischen Fraktionen Parteien gibt, die in ihren Herkunftsländern bereits mit der extremen Rechten kooperieren. In Dänemark duldet die rassistische Dansk Folkeparti (DF) seit 2001 eine Mitte-Rechts-Regierung unter Führung der rechtsliberalen Partei Venstre, was auf Deutsch eigentlich Links bedeutet. Venstre ist im Europaparlament Mitglied der Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa (ALDE). Ihr Kopenhagener Koalitionspartner, die Konservative Folkeparti (KVP), ist Mitglied der Fraktion der Europäischen Volkspartei (EVP). In Italien wiederum gehört die völkisch-regionalistische Lega Nord (LN) zum wiederholten Mal der Regierung von Silvio Berlusconi an. Dessen Ende März neu gegründete Rechtspartei Popolo della Libertà (PdL) ist ebenso Mitglied der EVP wie die bulgarische GERB, deren Minderheitsregierung in Sofia sich seit den Parlamentswahlen am 5. Juli 2009 auf ein Abkommen mit der Formation Ataka des Antisemiten Volen Siderov stützt. Dazu kommt die Österreichische Volkspartei (ÖVP), die auf Landesebene sowohl mit der Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ) als auch mit dem Bündnis Zukunft Österreich (BZÖ) koaliert. Das finnische EVP-Mitglied Kristillisdemokraatit (KD) kandidierte sogar mit den rechtsextremen Perussuomalaiset (PS) auf einer gemeinsamen Liste. Selbst die sozialdemokratische Europafraktion Fortschrittliche Allianz der Sozialisten und Demokraten (A&D) hat mit der slowakischen SMER eine Mitgliedspartei ohne Berührungsängste nach ganz rechts. Juniorpartner ihrer Koalitionsregierung in Bratislava ist seit den Parlamentswahlen 2006 die ultranationalistische Slovenská národná strana (SNS) unter Führung von Ján Slota.

Fraktion Europa der Freiheit und der Demokratie

Die Mehrzahl der Rechtsaußenparteien, die bereits direkt an nationalen Regierungen beteiligt sind oder diese zu-



flickr.com/nedko

[2] Bildmitte: Der Antisemit Volen Siderov von der bulgarischen Formation »Ataka«

mindest dulden, hat sich nach der Europawahl in der Fraktion Europa der Freiheit und Demokratie (EFD) zusammengeschlossen. Ihr gehören gegenwärtig 32 Abgeordnete an, die – mit Ausnahme der Parlamentsneulinge – zuvor in den Rechtsfraktionen Union für ein Europa der Nationen (UEN) und Unabhängigkeit/Demokratie (IND/DEM) organisiert waren.

Wie schon ihre Vorgängerfraktionen ist die EFD voll in den Parlamentsalltag integriert. Außerdem kann sie über ihre Regierungsparteien zumindest mittelbar Einfluss auf Entscheidungen der demokratischen Fraktionen und der Europäischen Kommission ausüben. Mitgliedsparteien sind neben der Dansk Folkeparti, der Lega Nord und der Slovenská národná strana die nationalistische United Kingdom Independence Party (UKIP), die neofaschistische Partei LAOS aus Griechenland, die litauische Tvarka ir teisingumas (TT) sowie mit jeweils einem Abgeordneten die christlich-fundamentalistische Staatkundig Gereformeerde Partij (SGP) aus den Niederlanden, Perussuomalaiset aus Finnland und das Mouvement pour la France (MPF). Auch die FPÖ war um Aufnahme in die EFD bemüht, scheiterte aber am Widerstand mehrerer Mitgliedsparteien. Noch Anfang des Jahres hatten sich die Lega Nord und die Dansk Folkeparti positiv zu einer Kooperation mit der FPÖ geäußert.

Zunächst keine offen extrem rechte Fraktion

Die Gruppe der offen extrem rechten Parteien, aus deren Reihen von Januar bis November 2007 die Fraktion Identität, Tradition, Souveränität (ITS) hervorgegangen war, ist voraussichtlich nicht in der Lage, in dieser Legislaturperiode wieder eine eigene Fraktion ins Leben zu rufen. Dazu gehören die FPÖ, der belgische Vlaams Belang (VB), die französische Front National (FN), Ataka aus Bulgarien und die rumänische Partidul România Mare (PRM). Grundsätzlich kooperationsbereit sind darüber hinaus die Newcomer von Jobbik, der BNP sowie ein Abgeordneter der nordirischen Loyalisten von der Democratic Unionist Party (DUP). Zusammen sind dies 20 Abgeordnete, was für eine Fraktionsbildung, die 25 Parlamentarier aus sieben Ländern erfordert, nicht reicht. Bisher grundsätzlich nicht an einer Zusammenarbeit interessiert ist Geert Wilders' Partij voor de Vrijheid, die weitere vier Sitze hält.

Fraktion Europäische Konservative und Reformisten

Die einflussreichste Rechtsfraktion im neuen Europaparlament ist die am 22. Juni 2009 offiziell gegründete Fraktion der Europäischen Konservativen und Reformisten (ECR). Sie geht auf die Initiative der britischen Tories zurück, deren Parteichef David Cameron bereits 2006 angekündigt hatte, die EVP aufgrund ihres Pro-EU-Kurses nach der Europawahl 2009 verlassen zu wollen. Als das Vorhaben schließlich konkrete Züge annahm, schloss sich auch die nationalkonservative tschechische ODS an und trat Anfang des Jahres aus der EVP aus. Die dritte große Mitgliedspartei, der mit insgesamt 55 Parlamentariern viertstärksten Fraktion des Parlaments, ist die polnische PiS, die, wie der Einzelabgeordnete der lettischen Partei Tevzemei un Brivibai/LNNK, bisher der UEN angehörte. Ebenfalls dem rechten Lager zuzurechnen ist der jeweils eine Abgeordnete der neu im Parlament vertretenen christlich-fundamentalistischen Christen Unie (CU) aus den Niederlanden und der rechtspopulistischen Lijst Dedecker (LDD) aus Belgien.

Nicht eindeutig aus diesem Spektrum stammen zwei weitere ECR-Mitgliedsparteien mit jeweils einem Sitz: die Wahlaktion der Polen Litauens (LLRA) und das konservativ-liberale Ungarische Demokratische Forum (MDF).

Das besondere Potential der ECR ergibt sich aber nicht nur aus dem Umstand, dass erstmals in der Geschichte des Europaparlaments traditionsreiche konservative Parteien aus der EVP ausgeschieden sind und ein explizit rechtskonservatives und europakritisches neues Projekt konstituiert haben, sondern vor allem daraus, dass diese Parteien gute Chancen haben, in absehbarer Zeit die Regierungen in drei großen EU-Staaten zu führen. ■

»Bruderkrieg aufgeflammt«

Das Ende des »Deutschlandpakts«

Die Dementis haben ein Ende. Nach der Europawahl am 7. Juli 2009 erklärte die NPD, der »Deutschland-Pakt« mit der DVU habe keinen Bestand mehr. Der NPD-Bundesvorsitzende Udo Voigt und der DVU-Bundeschef Matthias Faust waren zuvor nicht müde geworden zu betonen: »Nein, die NPD steht zu den Absprachen« und »Selbstverständlich gilt für die DVU der Deutschlandpakt solange, wie er beschlossen worden ist«. Am 1. September erklärte Voigt vor den »Dienstagsgespräche(n)« jetzt auch ihren Alleinvertretungsanspruch als »nationale Wahlpartei«. »Wir als stärkste Kraft müssen es jetzt alleine machen«, sagte er offen.

Zu dem Abend in der gutbürgerlichen Gaststätte im Westen von Berlin waren an die 80 Besucher gekommen. Seit Jahren kommt dieser Gesprächskreis einmal im Monat zusammen. Für jenen Dienstagabend hatte Hans-Ulrich Pieper, einst Referent des CDU-Politikers Kurt Biedenkopf, die Parteichefs eingeladen. In dem Kellergewölbe sollten sie bei der »geschlossenen Gesellschaft« ihre Positionen zur Diskussion stellen. Zu Beginn hob Pieper hervor: »Viele Führungskräfte aus der Wirtschaft sind schon bei uns gewesen, aber auch Militärs und Politiker«. Namen führte Pieper, der sich am rechten Rand von CDU und FDP bewegt, an: der frühere Generalbundesanwalt Alexander von Stahl, der CDU-Politiker Heinrich Lummer und der Bundeswehrgeneral a.D. Gerd Schultze-Rhonhof. Einen Herren musste er allerdings für diesen Abend entschuldigen: Den Parteivorsitzenden der »Republikaner« (REP), Rolf Schlierer. In dem erlauchten Kreis gutbetuchter Damen und Herren machte sich leichte Enttäuschung breit. Aber so recht dürfte keiner erwartet haben, dass der REP-Chef zu einer Diskussionsrunde mit den NPD- und DVU-Vorsitzenden kommt, um sich über eine gemeinsame Zukunft auszutauschen. Die REPs wollen weder mit der NPD noch mit der DVU Absprachen treffen.

Schon 2005, als am 15. Januar beim DVU-Bundesparteitag, NPD und DVU den »Deutschland-Pakt« unterzeichneten, fehlten die REPs. In München unterschrieb der noch amtierende DVU-Chef Gerhard Frey mit Voigt den »Pakt«, in dem bis zum Jahr 2009 festgelegt war, wer wo kandidiert – eine Zäsur in der Geschichte der jahrzehntelang konkurrierenden Parteien. Erstmals gelang es ihnen nachhaltig zu vereinbaren, sich nicht bei Wahlen gegenseitig das Wählerpotential abspenstig zu machen. Vereinbarungen und Absprachen gab es schon früher. Doch nach dem Erfolg der Absprache im Jahr 2004 rangen die Parteiführungen trotz mehr oder weniger häufig sich wandelnder Wünsche zu Kandidaturen um einvernehmliche Lösungen. Die Erfolge in Brandenburg und Sachsen ließen sie hoffen. In Brandenburg war dank der Wahlabsprachen der DVU der Wiedereinzug in den Landtag gelungen, in Sachsen der NPD der Ersteinzug in den Landtag. In der Präambel des »Pakts« betonten DVU und NPD: »Der Bruderkrieg ist eingestellt; es wird nun ausschließlich gegen die wirklichen Gegner gefochten«.

An dem Dienstagabend trafen aber keine »Brüder im Geiste« zusammen. Im Gegenteil: Voigt ließ Faust spüren: Mit der Europawahl ist das Bündnis erst einmal Geschichte. Das Hauen und Stechen begann allerdings gut ein halbes Jahr vor dieser Wahl. In Brandenburg war die NPD längst über die Zusammenarbeit mit der DVU verstimmt. Zu der Wahl in Thüringen konnten sich NPD und DVU noch einigen, dass die DVU, weil sie kaum Strukturen in dem Land hat, zu Gunsten der NPD nicht kandidiert. In Brandenburg gerieten aber immer wieder Funktionäre der DVU und NPD aneinander. Mal warf der NPD-Landesverband um Klaus Beier der DVU vor, sie auszugrenzen, mal klagte die DVU-Fraktion um Liane Hesselbarth, die NPD würde gegen sie arbeiten. Zur Kommunalwahl schafften sie es noch zu vereinbaren, dass beide Parteien in jeweils unterschiedlichen Wahlkreisen um die Wähler buhlen dürfen. Die Wahlergebnisse entspannten die Situation aber nicht. Denn die NPD erreichte 16 Mandate, die DVU 13. »Und das obwohl die DVU seit zwei Legislaturperioden im Landtag sitzt«, höhnten NPD-Kader. Streit um Listenplätze zu der Landtagswahl folgte. Das Ergebnis der DVU bei der Europawahl befeuerte insofern nur die Kritik. Am Wahltag erreichte die DVU bundesweit 0,4 Prozent. In Brandenburg stimmten 1,7 Prozent für sie. »Ich bin enttäuscht«, räumte Faust ein. Voigt warf der DVU aber gleich vor, sie hätte nicht wie vereinbart mit voller »personeller und finanzieller Kraft« den Wahlkampf ge-



Foto: Marek Peters

[1] Ein Bild aus besseren Tagen: NPD- und DVU-Funktionäre gemeinsam beim Bundesparteitag der NPD in Berlin 2009

oben v.l.n.r.: Stella Hähnel, Jürgen Gansel, Thorsten Heise, Ulrich Eigenfeld

unten v.l.n.r.: Stefan Köster, Holger Apfel, Matthias Faust (DVU), Sascha Roßmüller

führt. »Die halbherzigen Wahlkämpfe der DVU«, erklärte der NPD-Bundesvorstand später, »haben gezeigt, dass die DVU nicht mehr kämpfen kann oder nicht mehr kämpfen will«. »Vertragsbruch« postulierte die NPD und verkündete: »Der mit der DVU geschlossene ›Deutschland-Pakt‹ hat seine Geschäftsgrundlage verloren«. Sogleich ließen sie verlauten, wider den früheren Vereinbarungen, jetzt auch zur Wahl in Brandenburg anzutreten.

»Verrat«, schimpfte Faust und drohte, wenn die NPD die Kandidatur nicht zurückzöge, trete sie trotz NPD-Kandidatur zur Bundestagswahl an. Eine Drohung, die die NPD nicht bremste. Die NPD schlug bloß vor, die DVU-Spitzenkandidatin Hesselbarth auf der eigenen Landesliste kandidieren zu lassen.

Brüsk lehnte sie ab: »Ich bin nicht käuflich«. Dann eben nicht, dürfte man sich bei der NPD gedacht haben. Denn in der Partei sind einige Kader verbittert darüber, dass Faust sich in die internen Streitereien zwischen dem NPD-Fraktionschef Holger Apfel aus Sachsen und dem NPD-Bundesvize Jürgen Rieger aus Hamburg einmischte. Signalisiert er doch, mit dem vermeintlich moderateren Apfel reale Politik machen zu können.

Vor der »geschlossenen Gesellschaft« in Berlin suchte jetzt vor allem Voigt die Auseinandersetzung. Durch die Wahlergebnisse in Sachsen und Thüringen fühlt er sich bestätigt. Nach den Wahlen zum Bundestag und in Brandenburg, schlug Faust vor, sollte doch wieder über neue Möglichkeiten der Zusammenarbeit nachgedacht werden. Voigts Reaktion auf die Offerte: »Hätte Deutschland sich des Bündnispartners Italien frühzeitig entledigt, hätte man uns im Krieg nicht so über den Tisch gezogen«.

Deutliche Töne, die in dem Kellergewölbe einige Besucher verstimmten. In diesen Kreisen wird seit Jahrzehnten auf »eine Partei rechts von der CSU« gehofft. »So was wie die FPÖ«, meinte ein Herr. Der tödlich verunglückte Vorsitzende der Freiheitlichen Partei Österreichs Jörg Haider war auch mal Gast beim »Dienstagsgespräch«...

Diese Idee, aus zwei Parteien eine werden zu lassen, verriet nach dem Bruch des »Paktes« Rieger, sei gar in den Wahlabsprachen intendiert gewesen. In einer Stellungnahme schrieb er, dass ganz im Sinne von Frey angeblich mit den Absprachen das Klima für einen Zusammenschluss der zwei Parteien hatte vorbereitet werden sollen. Doch Faust, so Rieger, hätte trotz des Bekenntnisses zu einer Fusion nicht so gehandelt. Voigt hätte er gar gesagt, jetzt nur noch eine Verlängerung des »Pakts« vereinbaren zu wollen.

Nach dem Abend erklärte Faust indes wieder, dass alleine die NPD das Angebot der »Gründung einer gemeinsame Rechtspartei« ablehnen würde. Voigt konterte am selben Tag: »Immer wenn es ›konkret‹ werden sollte« hätte die DVU-Führung ein »jetzt noch nicht« verlauten lassen. Mit Blick auf die Wahlen am 27. September meinte die NPD recht gelassen: »Die stärkste Partei wird sich durchsetzen«. ■

»Waffenkammer der Bewegung«

Göttinger Neonazis vor Gericht

Haftstrafen in Höhe von fünf und zweieinhalb Jahren sowie eine Bewährungsstrafe von eineinhalb Jahren – diese Urteile standen am Ende eines Prozesses gegen drei Mitglieder der extremen Rechten aus Südniedersachsen vor dem Landgericht Göttingen. Zwei Neonazis wurden wegen Verstößen gegen das Waffengesetz verurteilt, bei dem 34-jährigen Hauptangeklagten Mario Messerschmidt kamen unter anderem Verstöße gegen das Kriegswaffenkontrollgesetz hinzu. Mit Gästen seiner Geburtstagsparty hatte der ehemalige Bundeswehrausbilder im November 2008 die Göttinger Table Dance Bar »Strip« besucht und dort mit einer Pumpgun geschossen. Nachdem er und vier weitere Neonazis aus dem Haus geworfen wurden, hatte er mit dem gleichaltrigen Dirk Niebur zwei Brandsätze gegen die mit Holz verkleidete Gebäudefassade geworfen.

Die daraufhin alarmierte Polizei nahm kurz danach fünf Neonazis fest und stieß bei den folgenden Hausdurchsuchungen auf ein regelrechtes Waffenarsenal. Allein in Messerschmidts Wohnung beschlagnahmten sie neben der Pumpgun unter anderem eine kroatische Maschinenpistole, ein sogenanntes Snipergewehr mit Schalldämpfer und Zielfernrohr sowie zwei Pistolen und über 400 Schuss Munition. Auch bei Niebur, dem Kopf der etwa 30-köpfigen Neonazi-Szene in Einbeck, wurden die Ermittler fündig und beschlagnahmten eine doppelläufige Schrotflinte, Munition sowie Messer und Bajonette. Die Zufallsfunde zogen im Januar eine groß angelegte Polizeiaktion in den Landkreisen Göttingen, Northeim, Osterode, Hildesheim und Braunschweig nach sich. Bei den Durchsuchungen in insgesamt 30 Wohnungen, einem Geschäft und einem Kleingarten förderte die eigens eingerichtete Sonderkommission bei fast jedem Zweiten erschreckende Funde zutage. Neben Gewehren, Pistolen und Revolvern inklusive Munition, beschlagnahmten die Beamten unter anderem eine Handgranate und eine Vielzahl von Baseballschlägern, Wurfsternen, Messern und Bajonetten. Die Funde zeigen die drastische Gewaltbereitschaft der extrem Rechten in der Region. Zudem belegen die Vorgänge rund um den Nachtclub eine jahrelange Verbundenheit und Kontinuität in der südniedersächsischen Szene, die auf feste Strukturen verzichtet und statt dessen auf persönliche Bekanntschaften setzt.



[1] Ein Teil des gefundenen Waffenarsenals

Foto: Polizei Göttingen

Bereits im Sommer 2008 war der bekennende Neonazi Messerschmidt in der Öffentlichkeit aufgefallen, als er in der Table Dance Bar ein Konzert mit vier Rechtsrock-Bands veranstalten wollte. Zwar wurde der Waffenfreak nicht müde zu betonen, es handele sich um vollkommen unpolitische Bands, gleichzeitig gab er Lesern seines Blogs Einblicke in seine neonazistische Gedankenwelt und offenbarte persönliche Kontakte in Neonazikreise sowie in eine überregionale Grauzone.

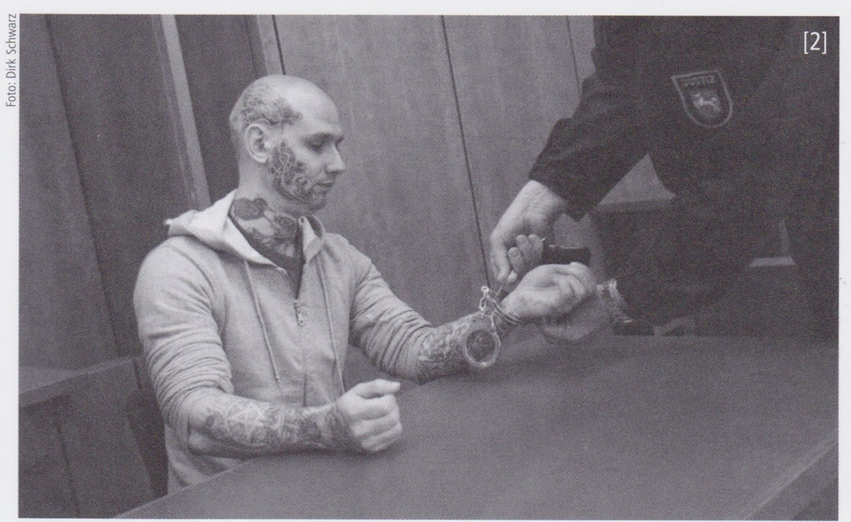


Foto: Dirk Schwarz

[2] Mario Messerschmidt bei seiner Gerichtsverhandlung

Mit dem Konzert habe er dem damaligen Pächter des Clubs, Manfred Korbmacher, helfen wollen, der ihn wegen seiner guten Kontakte angesprochen hatte, sagte Messerschmidt vor Gericht. Dabei konnte er offenbar auf seinen Bekannten und damaligen Geschäftsführer Antonino M. bauen. Der Kampfsportler war bereits Ende der 1980er Jahre im Umfeld von Thorsten Heise und dessen Kreisverband der später verbotenen FAP aktiv. Auch das damalige FAP-Mitglied Dirk Niebur aus Einbeck gehörte schon im Sommer zu Messerschmidts Freundeskreis. Der mehrfach vorbestrafte, gelernte Koch gilt als Kopf der etwa 30-köpfigen Neonaziszene in Einbeck und versucht sich als Veranstalter von Rechtsrock-Konzerten in seiner Scheune in Dassel-Portenhagen. Daneben war er an dem extrem rechten eok-Versand in Bockenem beteiligt, für den der dritte Angeklagte Axel Buchheister verantwortlich zeichnet. Der 38-jährige hatte im November das Material für die Brandsätze an einer Tankstelle gekauft, mit einer Kreditkarte bezahlt und war dabei von einer Videokamera erfasst worden.

Auch die Gästeliste von Messerschmidts Geburtstagsparty gibt einen tiefen Einblick in die aktuelle Zusammensetzung der regionalen Neonaziszene. Mit Björn Wilke, Jens Kroll und Jens Ulber gratulierten drei Neonazis, die schon seit Ende der 1980er Jahre ihr Unwesen in Südniedersachsen treiben. Besonders Ulber fiel Anfang der 1990er Jahre immer wieder durch Übergriffe auf politische Gegner auf. Das Banner der »FAP Niedersachsen-Göttingen«, dem er mit Niebur 1993 beim Rudolf-Heß-Aufmarsch der Neonazis in Fulda gefolgt war, hat Ulber inzwischen bei bundesweiten Aufmärschen gegen das Transparent der »Kameradschaft Northeim« eingetauscht. Zu dieser losen Vereinigung um den einschlägig vorbestraften Neonazi und NPD-Bundespolitiker Thorsten Heise aus Fretterode gehört auch der Geburtstagsgast Marco Borrmann. Der 30-jährige ehemalige Schulassistent an einem Göttinger Gymnasium war im Jahr 2005, nach dem NPD-Landesparteitag in Thüringen, an einer gewalttätigen Attacke beteiligt. Er gilt als NPD-Vorsitzender im Unterbezirk Göttingen, enger Vertrauter von Heise und ist Vorstandsmitglied der extrem rechten »Deutsch Russischen Friedensbewegung im europäischen Geiste« mit Sitz in Fretterode. Antifaschistische Recherchen führten im Januar diesen Jahres zu seiner Kündigung. Seitdem ist der ehemals öffentlichkeitsscheue Borrmann, mit guten Kontakten zu Neonazis in Celle und den »Snevern Jungs«, Stammgast bei bundesweiten Neonazi-Aufmärschen. Borrmann gehörte auch zu den Adressaten von Messerschmidts Briefen aus der Haft. Darin sprach der 34-jährige von Männern in Schwarz, die irgendwann wieder durch das Brandenburger Tor marschieren würden und »vorher in der Waffenkammer vorbei schauen«. Zu dem vom Richter als »literarische Entgleisungen« bezeichneten Schriftverkehr gehörte auch »Ein Hoch auf die nationalsozialistische Bewegung«.

Ein weiterer Gast in Messerschmidts Geburtstagsrunde war der Kraftfahrer Nils P. aus Hörden im Harz, der im April 2007 beim Hantieren mit einer Pumpgun in die Decke seines Zimmers geschossen hatte. Bei der anschließenden Durchsuchung seiner Wohnung beschlagnahmten die Ermittler unter anderem scharfe Gewehre und Handfeuerwaffen sowie Munition und Waffenteile. Diese Funde waren der Ausgangspunkt für die Einrichtung einer Sonderkommission der Polizeiinspektion Northeim/Osterode, die Ende Januar einen überregionalen Waffenhändlerring mit Sitz im Harz aushob. Polizeipräsident Hans Wargel wertete die Aktion als »bedeutsamen Schlag gegen den illegalen Waffenhandel«, betonte aber, »Erkenntnisse, dass die sicher gestellten Waffen für die ›Rechte Szene‹ bestimmt waren, liegen nicht vor«. Daher muss davon ausgegangen werden, dass die extreme Rechte in der Region ihre eigenen Netzwerke für den Waffenhandel hat. Ein Teil dessen dürfte eine Northeimer Bar sein, in der Messerschmidt nicht nur bereits 2006 eine Maschinenpistole gekauft, sondern nach der in Göttingen verbotenen Veranstaltung ein »Solidaritätskonzert« mit drei Bands veranstaltet hatte.

Entsprechend selbstbewusst hat die rechte Szene nach der Durchsuchungsaktion erklärt, sie werde sich »solche Repressalien nicht gefallen lassen und mit kreativen Aktionen darauf antworten«. Daran werden sich Messerschmidt und Niebur vorerst nicht beteiligen: Sie müssen erst einmal ihre Haftstrafen absitzen. ■

Kieler Zustände

Auch in Schleswig Holstein haben Neonazis aus dem Umfeld der NPD sowie der Freien Kameradschaften, die sich selbst als Autonome Nationalisten bezeichnen und sich vom Kleidungs-, Lebens- und Aktionsstil jedenfalls äußerlich aus dem Repertoire der autonomen Szene bedienen, seit etwa zwei Jahren stark an Bedeutung gewonnen. Im Gegensatz zu manchen anderen Regionen in Deutschland besteht aber kein Konflikt dieser Gruppen zur NPD. Vielmehr gibt es eine klare Arbeitsteilung. Während die NPD weiterhin Wahlkämpfe und die damit verbundenen Aktionen betreibt und dabei oftmals von autonomen Nationlisten unterstützt wird, führen letztere Anschläge, Überfälle und Übergriffe durch. Eine wirkliche Abgrenzung besteht dabei weder politisch noch personell. Als die NPD Schleswig-Holstein beschloß bei der Kommunalwahl im Jahr 2008 in allen Wahlbezirken Kiels mit Kandidaten anzutreten, stellten die Autonomen Nationalisten, offensichtlich auf Vermittlung des notorischen Gewalttäters und ehemaligen Vorsitzenden der NPD-Schleswig-Holstein Peter Borchert, die Mehrzahl dieser Kandidaten.

Im Rahmen dieses Wahlkampfes kam es zu der ersten koordinierten Anschlagsreihe gegen linke Projekte in Kiel. Als Reaktion auf Angriffe von AntifaschistInnen gegen NPD-Kandidaten, die sich im Kieler Stadtteil Gaarden festsetzen wollten, wurden im April 2008 mehrere linke Projekte angegriffen, Scheiben eingeworfen und AntifaschistInnen und MigrantInnen angegriffen. Die Kieler AntifaschistInnen reagierten hierauf mit zwei erfreulich gut besuchten Demonstrationen und massiven Flugblattverteilaktionen, sowohl in den Wohnvierteln in denen sich die angegriffenen Projekte befinden, als auch in Vierteln mit großem Neonazipotential. Verteilt wurden neben Flugblättern, in denen über die Neonazianschläge aber auch über die betroffenen linken Projekte informiert wurde, vor allem auch Material der schleswig-holsteinischen Initiative »Keine Stimme den Nazis«. Tatsächlich gelang es durch die antifaschistische Mobilisierung viele Menschen zu erreichen. Die Stimmung in Teilen der Stadt kippte, obwohl die Polizei und die einzige regionale Tageszeitung »Kieler Nachrichten« versuchten, die Geschehnisse auf einen »Bandenkrieg zwischen links und rechts« zu reduzieren. Es machte sich eine eindeutig gegen die Neonazis, aber auch gegen die abwiegelnde Kieler Lokalpolitik gerichtete Stimmung breit.



Trotzdem gelang der NPD ein erheblicher Wahlerfolg, allerdings nicht aufgrund einer ausreichenden Zahl von WählerInnenstimmen, sondern wegen des Ausgleiches von entstandenen Überhangmandaten. Mit Herrmann Gutsche konnte ein NPD-Kandidat in den Kieler Stadtrat einziehen. Zu einer nächtlichen Siegesfeier vor dem Kieler Rathaus ließ sich das stolze NPD-Ratsmitglied Gutsche von einer etwa 30-köpfigen Gruppe Autonomer Nationalisten eskortieren. Auch nach der Kommunalwahl setzten die Autonomen Nationalisten ihre Attacken und Überfälle fort. Anlässlich der ersten Ratssitzung nach der Wahl überfielen sie eine Gruppe junger AntifaschistInnen und verletzten mehrere von diesen. Die Neonazis fühlten sich insbesondere nach der Kommunalwahl so stark, dass sie im September 2009 eine Machtprobe mit den Kieler Hells Angels suchten, bei der Peter Borchert zwei Mitglieder der Gang niederstach (siehe AIB #82). In Folge dieses Vorfalls ließen die offenen Aktivitäten der Neonazis zunächst nach. Nachdem im Januar 2009 AntifaschistInnen eine Reihe der inzwischen unter dem Namen »Aktionsgruppe Kiel« (AG Kiel) auftretenden Neonazis geoutet hatten, eskalierte die Situation erneut. Mehrere Neonazis verloren durch das Outing ihre Jobs bei einer Gerüstbaufirma und fanden sich darauf hin eine Zeit lang mehrfach täglich in der Innenstadt zum Flugblätter verteilen ein. Die Mobilisierung junger Rechter in einigen Stadtteilen wurde vorangetrieben. Auch mit spontan angemeldeten Demonstrationen versuchte sich der etwa 15 Personen starke Kern der Gruppe. Obwohl nun eine kurze Zeit lang fast täglich Propaganda, meist vorher aus dem Internet heruntergeladen, unter die Leute gebracht wurde, gelang es der AG Kiel nicht, politische Themen zu besetzen. Statt dessen scheint man diese Aufgabe gerne der NPD zu überlassen, mit der eng zusammengearbeitet wird. Die NPD ist ohne Unterstützung der Autonomen Nationalisten nicht zu wahrnehmbaren Aktivitäten in der Lage. Beim diesjährigen landesweiten Sommerfest der NPD erschienen lediglich 40 Personen, weniger als ein Drittel der TeilnehmerInnen der vergangenen Jahre. Bis zum 5. September 2009 war auch noch kein einziges NPD-Wahlplakat in Kiel zu sehen. Die AG Kiel sieht ihre Hauptaufgabe offensichtlich in

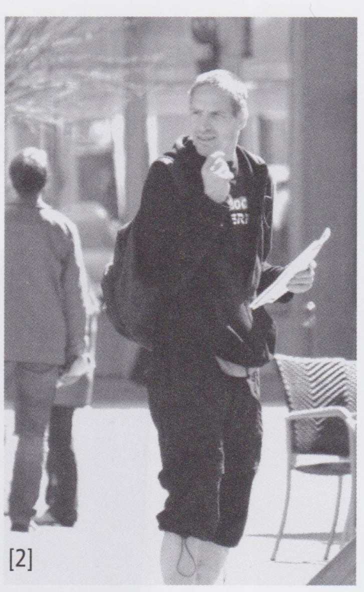
direkten Provokationen und Anschlägen gegen Linke, und versucht mit ihrem von der Linken geklauten Lebens- und Aktionsstil junge Mitglieder zu gewinnen. Dieser Strategie folgend startete die AG Kiel als Reaktion auf die Outing-Kampagne und den zunehmenden Druck aus Teilen der Bevölkerung im Frühjahr diesen Jahres eine neue Eskalationsphase.

Der Höhepunkt dieser Ereignisse fand am 18. April 2009 in der Kieler Fussgängerzone statt. Die Neonazis hatten eine Kundgebung im Stadtteil Gaarden angemeldete, die aufgrund massiver und breiter antifaschistischer Proteste von der Polizei untersagt werden musste. Am Nachmittag versammelten sich AntifaschistInnen an einem Infotisch des Runden Tisches gegen Rassismus und Faschismus Kiel in der Innenstadt. Die AG Kiel sammelte sich in der Nähe zu einem Angriff, konnten aber durch das Eingreiffen von AntifaschistInnen gestoppt werden. Diese hatten mit einem solchen Angriff gerechnet, da es bereits bei zwei Neonaziversammlungen zuvor trotz massiver Polizeipräsenz zu Angriffen gekommen war. Nur wenige Minuten nach dem versuchten Angriff auf den Infostand schlugen die Neonazis einen unbeteiligten Passanten – einen Balletttänzer – der anscheinend vom Aussehen her nicht in ihr Weltbild passte, unter den Augen der anwesenden Polizeibeamten, nieder und verletzten ihn dabei lebensgefährlich. Einer der Neonazis wurde dabei festgenommen. Polizei, Kieler Lokalpolitik und die Kieler Nachrichten als Informationsmonopolist versuchten erneut den Konflik zu deckeln und als Schlägerei zwischen Extremisten abzutun.

Im Umfeld des bereits in der Vergangenheit angegriffenen Wohnprojektes »Dampfziegelei« in der Kieler Wik ist die AG Kiel bei ihrer Jugendarbeit besonders erfolgreich. Eine Gruppe relativ junger Neonazis griff in der Zeit nach den beschriebenen Auseinandersetzungen mehrfach die Wohnung eines Punks in Kiel-Wik an und konnte ihn aus seiner Wohnung vertreiben, da u.a. trotz gerufener Polizei eine Stürmung der Wohnung nicht verhindert werden konnte. Solchermaßen aufgemuntert begann diese Gruppe junger Neonazis, unterstützt von der AG Kiel, dauerhaft die Bewohner der »Dampfziegelei« zu belästigen.

Die »Dampfziegelei« startete daraufhin gemeinsam mit anderen antifaschistischen Initiativen eine Öffentlichkeitskampagne. Nachdem sowohl der norddeutsche Rundfunk und andere überregionale schleswig-holsteinische Zeitungen über die Neonaziaktivitäten berichtet hatten, waren sogar die Kieler Nachrichten gezwungen ihre Zensurstrategie aufzugeben. Die AG Kiel reagierte hierauf Ende Mai 2009 mit weiteren nächtlichen Anschlägen auf die »Dampfziegelei« sowie das alternative Kulturzentrum »Hansastraße 48«.

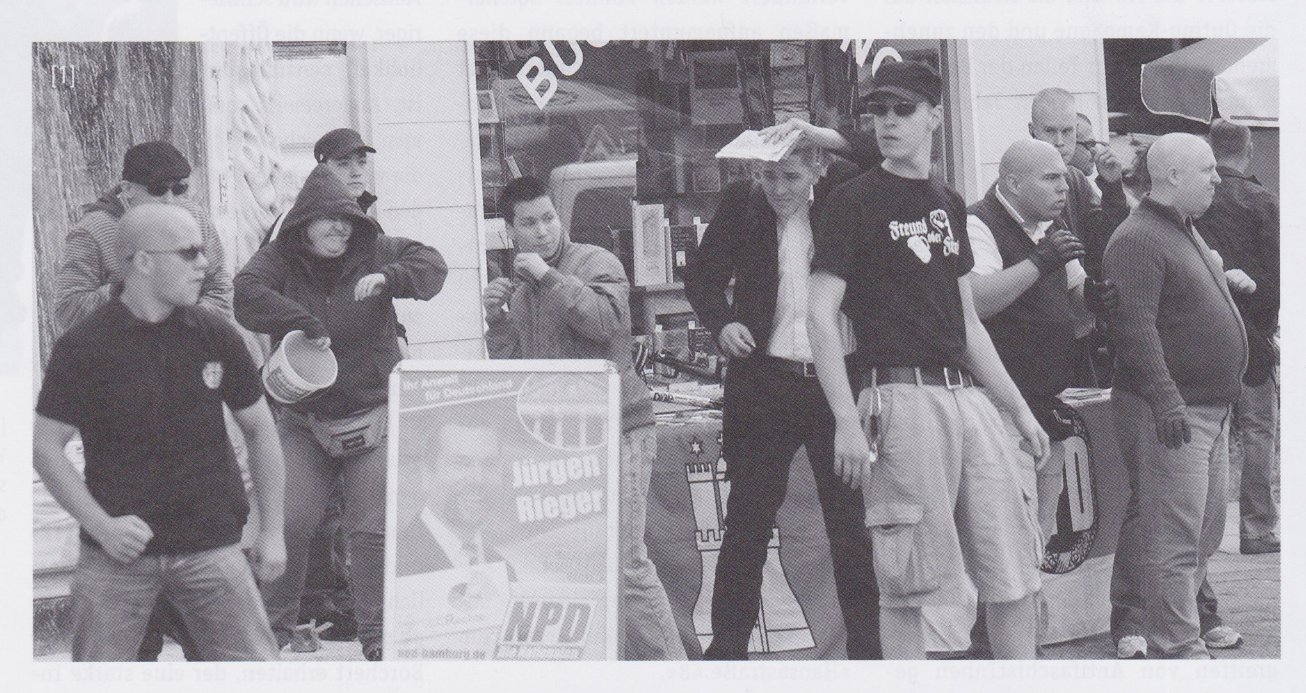
Erneut reagierten die Projekte gemeinsam mit antifaschistischen Initiativen schnell und geschlossen. Keine Woche nach den Anschlägen zog eine Demonstration von fast 1.000 Menschen von der »Hansastraße 48« zur »Dampfziegelei«. Obwohl nur drei Tage Mobilisierungszeit zur Verfügung standen, waren in den betroffenen Wohnvierteln massiv Flyer verteilt worden. An der Demonstration selbst beteiligten sich viele Menschen die seit Jahren auf keiner Demonstration mehr waren und ausschließlich aufgrund ihrer Bindung an die Projekte und ihrer Wut auf die Neonaziaktionen und die jämmerliche Reaktion der Lokalpolitik auf die Straße gingen. Die Wirkung dieser Demonstration war auch in den betroffenen Stadtvierteln zu spüren, in denen – jedenfalls für den Moment – wieder Ruhe eingekehrt ist. Der AG Kiel scheint nach alledem etwas die Puste auszugehen. Trotz ihres »autonomen« Styles schafft sie es nicht ihre Isolation zu überwinden. Eigene Freizeit- und Politikangebote können sie in Kiel weiterhin nur schwer wahrnehmen und anbieten. Die Mobilisierung junger Menschen wird schwieriger, wenn die Öffentlichkeit sensibilisiert ist. Andererseits kommen inzwischen auch die verschiedenen, bei den Aktionen der letzten zwei Jahren begangenen Straftaten zum tragen, so dass nun Hauptverhandlungen anstehen.


[2]

[2] Thomas Breit beim Verteilen von neonazistischen Flugblättern in der Kieler Innenstadt

Die Führungsriege der »Aktionsgruppe Kiel« um den noch relativ jungen Daniel Zöllner (21) sowie die erfahreneren Peter von der Born (32) und Thomas Breit (40) hatten sicherlich in der Anfangszeit der neuen Gruppe ganz entscheidende Hilfe von Peter Borchert erhalten, der eine starke Integrationsfigur sowohl für die politische als auch für die ausschließlich militant orientierte NS-Szene ist. Aber bereits während Borcherts letzter längerer Haftstrafe und während seiner Untersuchungshaft vom September 2008 bis Februar 2009 haben sie ihre Aktivitäten kontinuierlich organisiert vorangetrieben. Die »Aktionsgruppe Kiel« ist damit nicht von einzelnen Köpfen abhängig. Trotzdem ist momentan unklar, in welche Richtung die weitere Reise gehen wird. Weil die Gruppe ihre Erfolge bislang ausschließlich durch Angriffe und Anschläge unter massivem Gewalteinsatz verbuchen konnte und sich einer offenen politischen Konfrontation nicht gewachsen sieht, ist zu befürchten, dass das Maß an eingesetzter Gewalt eskaliert. Die antifaschistische Bewegung wird diese Gruppe daher sehr genau im Auge behalten müssen. ■

Hamburg: Wolf im Wolfspelz



[1] Inge Nottelmann (am Eimer), Raphael Niemann (mit Prospekt) und Tobias Thiessen (mit Bauch) gemeinsam auf Stimmenfang für die NPD

Der Hamburger Landesverband der NPD hat sich seit 2005 von einer personell überalterten Schattenpartei hin zu einem aktiven Neonazi-Netzwerk entwickelt, unter dessen Dach sich alle bisherigen Strukturen wiederfinden. Die Fäden ziehen hierbei militante Kader unterschiedlicher Generationen mit klassisch nationalsozialistischer Ausrichtung.

Der Wandel...

Nachdem im Jahr 2005 der langjährige Hamburger NPD-Landesvorsitzende Ulrich Harder von Anja Zysk abgelöst wurde und Thomas Wulff an das militante Kameradschafts-Spektrum appellierte der Partei beizutreten, wurden deren Aktivitäten auch in Hamburg erstmals seit Jahren wieder wirklich wahrnehmbar. Zysk scheiterte früh am eingespielten Hamburger Klüngel ehemaliger Aktivisten der »Freien Kameradschaften« wie Torben Klebe, Jan-Steffen Holthusen und Thorsten de Vries, denen der bürgerliche »Reformkurs« der ersten weiblichen Landesvorsitzenden der Neonazi-Partei offenbar zu weit ging. Nach einer heftigen Mobbing-Kampagne gegen ihre Person wurde sie auf Initiative von Thomas Wulff gegen den Rechtsanwalt und Multifunktionär Jürgen Rieger ausgetauscht, welcher nun seit Februar 2007 das Amt des Hamburger Landesvorsitzenden innehat und darüber hinaus seit Mai 2008 stellvertretender Bundesvorsitzender der Partei ist.

...zum Status Quo

De facto muss Jürgen Rieger jedoch, bezogen auf das Amt des Landesvorsitzenden, eher als eine Art Galionsfigur der Hamburger Neonazi-Szene bezeichnet werden, unter dessen Schirmherrschaft sich die altgedienten Hamburger Kader in der Struktur der NPD niedergelassen haben und diese nach Belieben nutzen. Dass dabei nicht immer Rücksicht auf den Kurs der Bundespartei genommen wird, welche sich mit Blick auf die Land- und Bundestagswahlen seit einiger Zeit versucht nach Außen als gemäßigt darzustellen, wurde unter anderem im »Flaggenstreit« vom Sommer 2008 deutlich. Udo Voigt hatte es gewagt, Thomas Wulff für die Verwendung einer Hakenkreuzfahne[1] zu kritisieren und prompt drohten »Freie Kräfte«, neben vielen weiteren bekannten Personen der bundesdeutschen Neonazi-Szene auch Klebe, Holthusen und de Vries, mit Parteiaustritten. Dass Partei-Aktivisten unter dem Label »Freie Kräfte« Stellung gegen den Bundesvorstand beziehen, mag auf den ersten Blick verwundern. Schaut man jedoch genauer hin, so wird schnell deutlich, dass die NPD für die Hamburger Kader lediglich ein neuer, bequemer Deckmantel ist und die Selbstbezeichnung »Freie« oder NPD einfach dem jeweiligen Anliegen angepasst wird. Weniger die von der Bundespartei gesteckten Ziele spielen hier eine Rolle, vielmehr geht es darum, regionale Strukturen im legalen Rahmen unter einem Dach zu versammeln und dabei nationalsozialistische Propaganda betreiben zu können.

1| bei der Beerdigung des ehemaligen SS-Mannes und FAP-Vorsitzenden Friedhelm Busse

Drei Generationen unter einem Dach

Führend tritt hierbei Jan-Steffen Holthusen auf, der fast sämtliche NPD-Aktivitäten in Hamburg koordiniert und quasi als »heimlicher Landesvorsitzender« gilt. Tatkräftig unterstützt wird er dabei unter anderem vom ehemaligen »Blood & Honour«-Kader Torben Klebe. Beide kennen sich seit langem und waren gemeinsam führend in der im Jahr 2000 verbotenen Kameradschaft »Hamburger Sturm« tätig. Sie stehen, gemeinsam mit weiteren, für die »mittlere Generation« in der Hamburger NPD. Politisch aufgewachsen sind sie in dem von Thomas Wulff und Christian Worch als Reaktion auf zahlreiche Partei- und Organisationsverbote initiierten Umfeld der »Freien Kameradschaften«. Ebenfalls aktiv im Landesverband sind Aktivisten aus der Zeit vor der Verbotswelle. Erwähnenswerte Vertreter dieser »älteren Generation« sind hier Willi Wegner und Detlef Brüel. Ihre Vita verdeutlicht, dass es keine Position gibt, die zu radikal ist um in Hamburg ein Parteibuch der NPD zu besitzen. Brüel war bereits in der »Wiking Jugend« aktiv, machte später Station bei der »Wehrsportgruppe Dems«, war Bundesschatzmeister der FAP und fiel immer wieder durch Gewalttaten gegen politische Gegner auf. Er wurde seit den frühen 1980er Jahren häufig von Jürgen Rieger juristisch vertreten. 1993 wurde er wegen versuchten Mordes zu fünf Jahren Haft verurteilt. Willi Wegner wurde ebenfalls wegen Beteiligung an schweren Gewaltverbrechen zu teils mehrjährigen Haftstrafen verurteilt[2]. Er ist schon seit Beginn der 1970er Jahre in der militanten Neonazi-Szene aktiv, war Mitglied der »Wehrsportgruppe Neumann«, des FAP-Bundesvorstandes, der »Nationalen Offensive« sowie Gründungsmitglied der NSDAP/AO. Beide sind heute aktive NPD-Mitglieder und beteiligen sich regelmäßig an Veranstaltungen der Partei. Während diese zwei Generationen Neonazis in unterschiedlichen Gruppen und Parteien aufwuchsen und dabei in der Regel verschiedene Organisationsmodelle durchliefen, wuchs und wächst die aktuelle »junge Generation« der Hamburger Szene bisher hauptsächlich in dem lokalen »Modell NPD« auf, wie es Holthusen und Co mit der Unterstützung Wulffs und Riegers in Hamburg aufgebaut haben. Trotz einer omnipräsenten Angst vor staatlicher Repression schaffen es gerade die Vertreter der »jungen Generation« immer wieder, die Partei öffentlich mit Straftaten in Verbindung zu bringen. So wurde der inzwischen 21jährige Johannes Duda 2007 nach einer rassistischen Hetzjagd auf einen Schwarzen festgenommen und 2008 gemeinsam mit zwei weiteren Neonazis zu einer Haftstrafe verurteilt. Im selben Jahr wurde der damals heranwachsende Raphael Niemann mit einem Kameraden von der Polizei beim Einwerfen von Fensterscheiben »ausländischer« Restaurants ertappt. An den Tatorten verklebte Niemann Aufkleber der NPD. Beide, Duda und Niemann, waren schon zum Tatzeitpunkt Parteimitglieder und gehören inzwischen zum festen Kern der Hamburger NPD. Niemann nahm gar als Delegierter für den Bezirk Altona am Bundesparteitag 2009 teil.



[2] Die Führungsfiguren der Hamburger Neonaziszene: (v.l.n.r.) Jan-Steffen Holthusen, Tobias Thiessen und Torben Klebe bei einer NPD-Kundgebung am 11. September 2009 in Hamburg

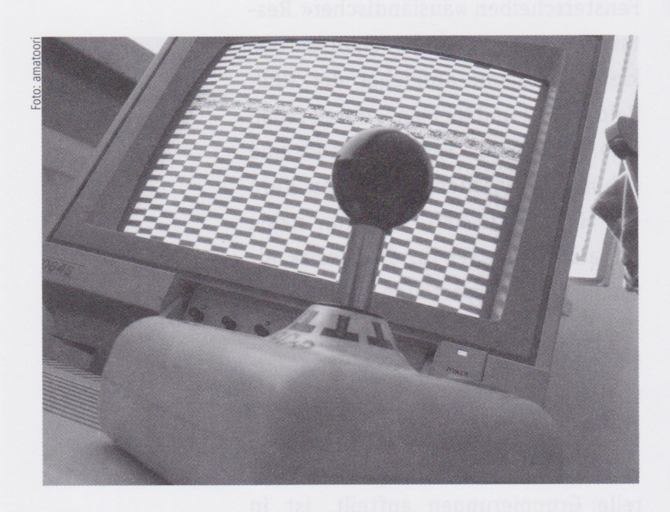
Und sonst?

Während es in vielen Bundesländern eine Neonazi-Szene gibt, die sich in verschiedene politische wie subkulturelle Gruppierungen aufteilt, ist in Hamburg ein deutlicher und erfolgreicher »Alleinvertreter-Anspruch« um den NPD-Landesverband erkennbar. Strukturen wie die medial viel beachteten »autonomen Nationalisten«(AN) hätten nach Einschätzung des Neonazi-Aussteigers und ehemaligen Aktivisten sowohl der NPD als später auch der AN, Frank Försterling, keinen guten Stand in der Hansestadt und wären als wirklich parteiunabhängige Struktur wohl kaum politikfähig. Zwar gibt es aktuell Ansätze solcher Strukturen, aber bisher sind diese kaum erwähnenswert. Auch vorgeblich parteiunabhängige Initiativen der letzten Jahre wie die »Bürgerinitiative sicheres Bergedorf« oder die »BI Unsere Zukunft« wurden von Partei-Aktivisten initiiert und konnten auf NPD-eigene Infrastruktur zurückgreifen. Einzig das »Aktionsbüro Norddeutschland« (ABN) um Inge Nottelmann und Tobias Thiessen nimmt nach wie vor für sich in Anspruch »parteiunabhängig« zu sein. In der Realität existiert aber eine gemeinsame Praxis, aufgrund derer man letztlich auch das angeblich »freie« ABN dem NPD-Umfeld zuordnen muss. ■

2| u.a. wegen Beihilfe zum Mord an dem homosexuellen Neonazi Johannes Bügner, dem Raub von Waffen, der Schändung von Gräbern und weiterer Delikte.

Zocken gegen Neonazis?

Das Projekt »Antifa.gaming«


Foto: amatoori

Seit nunmehr drei Jahren besteht das Projekt »Antifa.gaming«. Da es keine politikfreien Räume gibt – weder im Internet noch im Real Life – ist es folgerichtig, sich auch im Netz gegen Neonazis zu engagieren. Doch wie kann man sich das vorstellen?

Online-Gaming nicht weiter als unpolitischen Zeitvertreib betrachten, wollen die AktivistInnen des Internetprojektes Antifa.gaming. Die Computerspielfans konstatierten eine zunehmende Unterwanderung der Gaming-Szene durch Neonazis und gingen aktiv dagegen vor. Neben Freizeitbeschäftigung und Spaß soll der »Antifaschistischen Community und Multigaming-Clan« einen Zugang bieten, um für Politik zu interessieren und eine Austauschplattform für antifaschistische Themen sein. Selbstverständlich ist man auch bestrebt gute Ergebnisse in Ligen und Clanwars zu erzielen. Mit einer eigenen Website, einem Game- und Voiceserver, mehreren Spielteams und politischen Informationen bietet das Projekt die Möglichkeit in der eher apolitischen Gaming-Szene Position zu beziehen. Die Angebote für Gamer, sowie nicht spielende AntifaschistInnen, eine eigene Community und die Spielteams sind hierbei die Bestandteile des Online-Antifaschismus. »Dabei verbindet Antifa.gaming zwei Freizeitbeschäftigungen miteinander, das Onlinespielen, sowie die Antifaarbeit. Der Kern dieses Projekts ist die stets wachsende Community, in der sich über Antifa, andere politische Themen, Onlinespiele, Musik usw. ausgetauscht wird.«

Geschichte

Die offizelle Gründung war im Oktober 2006. Schon vor der Gründung gab es einen Clan, in dem viele AntifaschistInnen mitgespielt haben und beobachteten, dass auch im Gaming-Bereich extrem rechte Tendenzen vertreten sind. Es gibt Neonazi-Clans und Communities, die sich die entsprechenden Namen geben oder eben solche Inhalte in den Chats verbreiten. In den Ligen gibt es zwar Administratoren, an die man sich wenden kann, doch diese greifen selten ein. Auf seinem eigenen Server kann man Neonazis natürlich bannen, doch auf anderen Servern hilft nur besser zu spielen. Meist sind Spiele betroffen, die sich um den Zweiten Weltkrieg drehen. Letztendlich sind Neonazis aber in allen Spielen vertreten, egal ob die etwas mit dem Irak-Krieg zu tun haben oder ob es sich um Rollenspiele handelt. Dank Erstsponsoren, wie Antifa.net wuchs das Projekt, fand Anklang und die Community füllte sich mit Spielern, die unter der Flagge von Antifa.gaming spielen wollten und Teams für verschiedene Onlinespiele aufstellten.

Nach einem weiteren Jahr kamen Unterstützer wie das Internetportal gulli.de oder der Punkversand »Nixgut« dazu und nach zwei Jahren fand sich der kommerzielle Internetserver VeryGames als Mainsponsor. Mittlerweile ist das Projekt Mutterschiff für einige Teams verschiedener Spiele, eine Redaktion für politische Themen und für Computerspielthemen. Die politische Aktivität von Antifa.gaming äußert sich online ähnlich wie offline. Neonazis im eSport werden recherchiert und öffentlich gemacht. Im Juni 2007 traf man sich erstmals »im echten Leben« bei der internationalen Auftakt-Demonstration gegen das G8-Treffen 2007 in Rostock und wer will kann sich persönlich auf den geplanten Antifa.gaming LAN-Partys kennenlernen.

Die Reaktionen der Szene sind unterschiedlich. Viele Gamer finden das Projekt gut, andere meinen, dass Gaming nicht politisch sein sollte. Letztendlich sind die »Antifa Zocker« kein politischer Clan, sie verbindet gemeinsam gegen Neonazis zu kämpfen: Jeder der etwas gegen Neonazis tut, ist bei ihnen willkommen. Das ist vielleicht keine klassische politische Gesellschaftsanalyse für eine Politgruppe – für ein antifaschistisches Engagement fern ab der üblichen Politsphären aber ein interessanter wie seltener Anfang. ■

Kontakt:
www.antifa-gaming.de

Which side are you fighting for?

Kontakt: oireszene.wordpress.com

Im Frühjahr 2009 entstand der Blog oireszene.wordpress.com. Dieser versucht einen aktuellen »Lagebericht« zur Skinheadszene (und darüber hinaus) zu erstellen. Vor allem schaut man Bands, Skinheadcrews, Kneipen und Veranstaltungsorte der sogenannten »Grauzone« genauer an.

Bereits seit einigen Jahren befassen sich Skinheads aus dem Sharp-Umfeld und Redskins mit dem Thema »Grauzone« in der eigenen Subkultur. Als »Grauzone« wird der Teil der Skinheadszene betitelt, der keine Berührungsängste mit der extremen Rechten hat. Meist bezeichnen sich diese Skins als »unpolitisch«, wobei die Übergänge zu »patriotisch« bis hin zu »nationalistisch« fließend sind. So identifizieren sich in den letzten Jahren wieder vermehrt Skinheads mit dem Spruch »Neither red nor racist« und legen das »Good night white pride«-Logo ab (häufig ersetzt durch das totalitaristische »Good night any side«). Allein diese Gleichsetzung von linker und rechter Politik ist mehr als kritikwürdig. Dennoch spiegelt sie lediglich die in vielen Köpfen verbreitete Extremismustheorie wieder.

Trotz der Absage an linke Inhalte, benutzt die Szene (ursprünglich) linke Veranstaltungsorte für ihre Konzerte und Kneipenabende. Dieser Widerspruch wird weder in der »unpolitischen« Skinheadszene, noch in linken Kreisen thematisiert. Zum Beispiel die Band »Schusterjungs«. Sie tritt in extrem rechten Locations wie dem »Skinhaus Menfis« in Thüringen und der mittlerweile geschlossenen Blood & Honour-Kneipe »De Kastelein« in Brügge (mittlerweile hat sich mit der »Moloko Bar« ein Nachfolger gefunden) auf. Wenig später spielen sie dann im Berliner »Kato« und in etlichen Alternativen Jugendzentren.

Wirklich thematisiert wurde diese Problematik erstmals durch das »Rote Hetzpamphlet«. Den Herausgebern ist es gelungen der Band »Stomper 98« Verstrickungen in die extrem rechte Szene nachzuweisen. Trotz langer Diskussion mit dem »Conne Island« (Leipzig) durfte die Band letztlich doch auftreten.

Vor allem diese Uneinsichtigkeit gab Anlass dazu, das Thema »Grauzone« auch außerhalb der eigenen Subkultur zu thematisieren. Bisher wurden Informationen lediglich in geschlossenen Foren gesammelt und somit nur einem kleinen Kreis zugänglich gemacht. Es entstand das Projekt pipowitcz.wordpress.com, welches die Informationen bündelte und gleich mehreren Bands Verbindungen zur extremen Rechten nachweisen konnte. Daraufhin folgte eine große und laute Diskussion. Neben Lob und viel Kritik, kam es vor allem aber zu Beschimpfungen und Bedrohungen. Dies ging soweit, dass sich eine Band mit dem Namen »Grauzone« formierte und T-Shirts mit der Aufschrift »Grauzone – ich wurde abgestempelt« gedruckt wurden. Auf Bildern wurde Pipowitcz zum Abschuss freigegeben.

Mit oireszene.wordpress.com ging nun ein größeres Portal online, dass es sich zur Aufgabe gemacht hat, die aktuelle Entwicklung in der »deutschen« Skinheadszene zu dokumentieren. Nicht nur die Grauzone, sondern ebenso Aktivitäten der Neonazi-Skins werden behandelt. In Ergänzung zu turnitdown.de richten wir unseren Fokus auf die Skinhead-Subkultur. Bezogen auf die »Grauzone« hegen wir nicht den Anspruch die Wahrheit gepachtet zu haben. Wir geben lediglich Infos die wir über die Bands eingeholt haben wieder. Diese beziehen sich auf eigene Erfahrungen, längere Diskussionen, Recherche und dem ein oder anderen missglückten Plattenkauf und Konzertbesuch. Konzertveranstalter bekommen so die Möglichkeit sich über Bands zu informieren.

Damit soll eine Diskussion in der Szene (aber auch außerhalb) angeschoben werden, bei der sich Jede_r irgendwann entscheiden muss auf welche Seite sie/er steht. Antifaschismus muss wieder existenzieller Bestandteil der Szene werden. Toleranz gegenüber rechtsoffenen bis klar rechten Konzertbesucher_innen hat in der Szene keine Platz. Ganz nach dem Motto »getroffene Hunde bellen« kam aus dem Lager der Grauzone bis jetzt aber nur die Behauptung, im Projekt wären »linke Demagogen«, »Linksfaschisten« u.ä. Selbstreflexion sieht anders aus.

Aber es gibt auch positive Entwicklungen. Berliner DJ(ane)s der Skinheadszene arbeiten an einem gemeinsamen Vorgehen gegen Grauzone-Publikum und auch in Teilen der Subkultur ist die Diskussion angekommen. Diese Sensibilisierung führt zu eigenständigen Aktivitäten. Konzerte und Vorträge mit einem antifaschistischen Statement werden organisiert und in Kürze erscheint ein neues Papier zum Thema. Darüber hinaus entsteht gerade ein neuer Wiki und Festivals wie das »Siempre-Antifascista« im »Clash« (Berlin) setzen eindeutige Zeichen. ■

Kein Frieden mit dem Dresden-Mythos

Eine Antwort des VK »Keine Versöhnung mit Deutschland«

In der vergangenen Ausgabe des AIB erschien unter dem Titel »Es geht weiter... Dresden 2010« ein Text des Bündnisses »No Pasarán« (NP). Darin wird versucht »ein Fazit zu ziehen, wie die antifaschistische Praxis in Zukunft gestaltet werden muss, um effektiv den Aufmarsch zum Verschwinden zu bringen.« Als Lösung schlägt NP altbekanntes[1] vor: vorrangige Aufgabe der Antifa sei es nämlich »kontinuierliches« und »spektrenübergreifendes Engagement aufzubauen«. Außer Frage steht, dass der Neonaziaufmarsch verhindert werden muss, in der Auseinandersetzung mit dem 13. Februar kann das aber nur ein Teilziel sein.

Problem verkannt?

NP sieht im Neonaziaufmarsch den Hauptansatzpunkt für die antifaschistische Auseinandersetzung und betrachtet die Situation ausgehend vom Credo, dass dieser verhindert werden muss. Diese Perspektive ist problematisch, weil sie weder die besondere Relevanz des Neonaziaufmarschs treffend beschreibt[2], noch eine Kritik des bürgerlichen Gedenkens zu leisten vermag. Zur Bedeutung des Neonaziaufmarschs, dessen Größe für jede/n NazigegnerIn Anlass genug sein sollte aktiv zu werden, heißt es bei NP, es sei der einzige Termin »der extremen Rechten, an dem in solchem Ausmaß an Kontinuitätslinien zum Nationalsozialismus angeknüpft werden kann.« Dieser NS-Bezug ist jedoch zweitrangig bzw. ein positiver Nebeneffekt, in erster Linie knüpfen die Neonazis an die Erzählung von den Deutschen als Opfer des Zweiten Weltkrieges an. Und diese Erzählung ist keine spezifisch nationalsozialistische, sondern eine aktuell deutsche, deren Ursprünge bereits in der nationalsozialistischen Propaganda liegen. Sie entfaltete aber ihre volle Wirkung erst im Nachkriegsdeutschland und entwickelte sich zu einem wirkungsvollen nationale Identität stiftenden, geschichtsrevisionistischen Mythos. Dieser bietet eben auch den Neonazis eine Bühne, auf der sie für ihre Version der Erzählung werben. Dabei unterscheidet sie sich von den bürgerlichen Varianten vor allem dadurch, dass sie Versöhnung ablehnt und für einen offen rassistischen Nationalismus plädiert. Das Projekt der NS-Volksgemeinschaft soll mit der Behauptung, dass die Deutschen »Opfer eines eliminatorischen Antigermanismus« waren, von der Schuld der Shoa befreit und als kompromissloseste Option eines Nationalismus präsentiert werden. Der Hintergrund vor dem die Neonazis ihre Propaganda anbieten, bleibt aber die Erzählung von den Deutschen als Opfer, die auch in ihren bürgerlichen Varianten die Relativierung der Schuld der Deutschen zum Ziel hat. Diese Parallelen geraten aus dem Blick, wenn in der antifaschistischen Auseinandersetzung mit Dresden, die Einordnung des Neonaziaufmarschs in den gesellschaftlichen Kontext unterbleibt. Die Folge ist, dass zwischen Neonazi- und Bürgergedenken ein Gegensatz aufgemacht wird, der jedoch nur ein vordergründiger ist.

Wer blendet hier wen?

Seine Position zum Gedenken deutet NP nur vage an. Sehr allgemein wird ein »kritisch-distanzierter Umgang« gefordert, worin dieser konkret bestehen soll, bleibt offen. Stattdessen wird der Dresdner Bevölkerung Unfähigkeit attestiert, »sich aus ihrer vermeintlichen Opferrolle zu befreien« und eine »Verblendung« beklagt, die sowohl Trauerfeiern als auch städtisches Vorgehen gegen antifaschistische Proteste bestimmen würde. Falsch ist diese Beschreibung wegen der Tendenz Stadt und Bevölkerung als passive, unmündige Wesen erscheinen zu lassen, die aufgrund falscher Informationslage falsche Entscheidungen treffen. Ihr (Nicht-)Handeln basiert aber zu einem großen Teil auf bewusster politischer Entscheidung und ist als solches auch ernst zu nehmen. Andernfalls wird sowohl die Vehemenz, mit der Stadtverwaltung, Polizei und CDU gegen antifaschistische Proteste

agieren, verharmlost, als auch die Langlebigkeit des Dresden-Mythos verkannt, der sich nicht einfach von wissenschaftlicher Widerlegung bremsen lässt[3]. Von ihrer »Verblendungsthese« ausgehend, ist die Zuversicht, mit der NP auf die Versachlichungsbemühungen durch Historikerkommission und Benennung der »Vorgeschichte« der Bombardierung Dresdens reagiert, folgerichtig[4]. NP verkennt so jedoch den Kern des Problems. Dieser Wandel im Gedenken ist u.a. dem Versuch geschuldet, der »Instrumentalisierung des Gedenkens« durch die Neonazis entgegen zu wirken. Die Abgrenzung muss jedoch scheitern, bleibt der eigentliche geschichtsrevisionistische Kern des Gedenkens doch unberührt. Wenn NP schreibt, »ein unreflektierter Blick auf individuelle Trauer erschwert antifaschistische Intervention«, offenbart sich die mangelnde Analyse des 13. Februar-Gedenkens. Einmal davon abgesehen, dass auch »individuelle Trauer« durchaus kritisierbar wäre, wird hier der politische Gehalt des öffentlichen Gedenkens verkannt. Die überwiegende Anzahl der Veranstaltungen im Rahmen des Gedenkens sind öffentliche Inszenierungen, durch die unterschiedliche politische Botschaften transportiert werden: Sie beschwören »ein wahrhaftes Gedenken«, »Versöhnung«, »Dresden als Friedenssymbol«, ein »Recht auf Trauer« oder ein »Ende des Missbrauchs des Gedenkens«. Zudem haben alle Gedenkvarianten am 13. Februar die gemeinsame Grundlage, dass die Deutschen Opfer sind: »Opfer der Alliierten/ des Kriegs/ der Nazis/ der Verhältnisse/...« Nur über Mittel der Relativierung, Entkonkretisierung und Entkontextualisierung gelingt diese pauschale Verklärung der NS-Bevölkerung, die sich angesichts deren Verstrickung ins NS-Regime verbieten müsste. Es ist aber genau diese Verklärung, die heute auf der nationalen »Spielwiese« die historische Legitimation besorgt und den positiven Bezug – das Stolz-auf-Deutschland-sein – wieder möglich macht.

Was bleibt?

Die Unschärfe in der Analyse von NP ist nicht zufällig. Sie ist Ergebnis einer Herangehensweise, die einzig den Neonaziaufmarsch als analytischen Ausgangspunkt hat und jede weitere Kritik am Gedenken für überflüssig erklärt. Der eigene linksradikale Anspruch gerät schnell ins Hintertreffen, wenn es nur noch darum geht, ausreichend viele Menschen zu mobilisieren, die sich dem Aufmarsch entgegenstellen. Das zeigt sich exemplarisch darin, dass die vordergründigen Gegensätze zwischen Neonazis und BürgerInnen überbewertet und die Gedenkrituale als Ausdruck individueller Trauer begriffen und folglich entpolitisiert werden. Einer radikalen Linken tut man mit dem Verzicht auf inhaltliche Positionierung keinen Gefallen; einer Kritik an geschichtsrevisionistischer deutscher Geschichtspolitik, die – weil schwierig mobilisierbar – sowieso nur ein Schattendasein fristet, wird damit weiter das Wasser abgegraben. Genau hierin liegt die Herausforderung für eine radikale Linke am 13. Februar. Es geht um eine Praxis, die der oben umrissenen Analyse Rechnung trägt. Eine Praxis, die den Opfermythos als Legitimation für deutschen Nationalismus begreift und kritisiert. Sie muss sich also gegen das Neonazigedenken und die dortige NS-Verherrlichung richten, gleichzeitig aber auch das bürgerliche Gedenken als das begreifen, was es ist: ein positiver Bezug auf eine »ganz normale deutsche« Bevölkerung, die sich in ihrem Handeln und Nicht-Handeln mit schuldig gemacht hat an Vernichtungskrieg und Shoa; eine Fortsetzung des deutschen Opfermythos; eine Relativierung deutscher Schuld – kurz als geschichtsrevisionistisch. ■

Der Vorbereitungskreis »Keine Versöhnung mit Deutschland« (oder allgemein Vorbereitungskreis 13. Februar) ist ein Zusammenschluss von Antifaschist_innen, der seit mehreren Jahren inhaltlich und praktisch zum 13. Februar in Dresden arbeitet. Die Gruppe ruft jährlich zur Verhinderung der Neonaziaufmärsche auf, betont aber, dass eine Kritik an Geschichtsrevisionismus, Opfermythos und an neuem deutschen Nationalbewusstsein nicht ausgelassen werden darf. Das Dresdner Gedenken steht daher ebenso in der Kritik des VK.



1| vgl. AIB Nr. 70 »Den Preis in die Höhe treiben« sowie die Antwort des ART Dresden »Der Preis ist falsch berechnet« http://venceremos.antifa.net/art/news/preisberechnung.htm

2| Zu begründen warum die Neonaziaufmärsche rund um den 13. Februar solch eine Anziehungskraft entwickeln, ist NP nicht in der Lage. Die Analyse erscheint geradezu grotesk. Die »jungen Neonazis, die sich gerne einen militanten Habitus zur Selbstinszenierung geben« sind ja jene, die entgegen JLO und NPD am Aufmarschdatum 13. Februar festhalten.

3| vgl. AIB Nr. 81 »Der Bericht der Dresdner Historikerkommission« und Phase 2 Nr. 30 »Das Dresdner Finale«

4| vgl. 1302dresden.noblog.org, insbesondere »Dresden: Historikerkommission und Phase2«

Von Staat und Gesellschaft ausgegrenzt

Asylpolitik der Stadt und des Landkreises Leipzig

Nach seinem Deutschland-Besuch Ende Juni 2009 forderte der UN-Sonderberichterstatter für Rassismus, Githu Muigai, von der Bundesregierung verstärkte Bemühungen bei der Eingliederung von MigrantInnen. Muigai kritisierte unter anderem die Art der Aufnahme von Asylsuchenden, vor allem die Rahmenbedingungen, unter denen die Betroffenen leben müssten und die Dauer der Asylantragsverfahren.

Im Landkreis Leipzig leben derzeit 375 AsylbewerberInnen und geduldete Menschen, 245 davon in vier Asylbewerberheimen[1]. In Leipzig sind es etwa 800[2]. Nach einer oft lebensgefährlichen Flucht über die tödlichen Außengrenzen Europas werden sie tagtäglich mit staatlichem Rassismus in For m von Asylbewerberleistungsgesetz, Residenzpflicht, Sammellagern, Arbeitsverboten, Sachleistungs- und Gutscheinsystem konfrontiert.

Auch in diesem Jahr sind die mensch enunwürdgen Lebensumstände von MigrantInnen zentraler Bestandtei linke Politik , um letztlich die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen zu schaffen, die jeder und jedem unabhängig von Herkunft, Aussehen oder Lebensweise ein menschenwürdiges Leben ermöglichen. Es geht dabei aber auch um eine grundsätzliche Kritik an der rassistischen Gesetzgebung und darum den gesellschaftlichen common sense aus Diskriminierung, Ausgrenzung und Ignoranz aufzuzeigen und anzugreifen.

Bahren bei Grimma: Vier Familien protestieren drei Wochen

Am 23. Juni 2009 entschlossen sich spontan vier Familien aus dem Asylbewerberheim Bahren in die Grimmaer Kirche zu gehen, um gegen die miserablen Zustände im Heim zu protestieren. In den Zimmern der Baracke, in denen bis zu sechs Personen leben müssen, finden sich neben baulichen Mängeln, schlechten Koch- und Waschmöglichkeiten auch Kakerlaken und Mäuse. Die vier Familien fordern eine dezentrale Unterbringung in Wohnungen. Ausländerbehörde und Lokalpresse reagierten auf die »Kirchenbesetzung« mit widersprüchlichen Aussagen, sie verharmloste die Zustände und kriminalisierte die 18 Menschen. Die Angst, dass weitere Asylsuchende diese Protestform nachahmen würden, wurde von den Behörden, Stadt und Kirche zum Anlass für eine schnelle »Räumung« genommen. Fundamentale Grundrechte wurden in den Hintergrund, die »Belagerung« durch »Ausländer« in den Vordergrund gestellt. Zur Räumung kam es schlussendlich nicht, stattdessen wurden »subtilere« Mittel gewählt.

Nachdem die Ausländerbehörde einen so genannten »Wortführer«[3] ausgemacht hatte, übergab sie ihm und seiner Familie am 6. Juli 2009 eine Zuweisungsentscheidung sich zum 7. Juli im Asylbewerberheim Plauen einzufinden – ein klarer Versuch die Protestaktion der Flüchtlinge zu stoppen.

Die »Umverteilung« ist, laut Amtsleiter Dietmar Dathe, unter Ausländerbehörden eine gängige Praxis um vermeintliche »Störenfrieden« und »Wortführern« das Wort zu verbieten.

Einen Tag nach Eintreffen der »Zuweisungsentscheidung« wurde die Klage über den am 20. Mai 2009 unbegründet abgelehnten Asylantrag abgewiesen – die Familie ist nun von Abschiebung bedroht.

Die Zusammenarbeit von Ausländerbehörde und Verwaltungsgericht mit »Problemfällen«, lässt sich nicht nur im Begründungsschreiben, sondern gerade in der schnellen Entscheidung des gegen die Klage erkennen. Laut Mitarbeiter des sächsischen Flüchtlingsrates fällt das Gericht im Regelfall frühestens nach 3 Monate eine Entscheidung.

Nachdem die drei anderen Familien nach drei Wochen Protest auf Druck von Kirche, Ausländerbehörde und Öffentlichkeit wieder ins Asylbewerberheim zurückkehrten, wurde zwei Familien der Antrag auf dezentrale Unterbringung bewilligt. Der Antrag der vierten Familie, mit einer schwangeren Frau und drei Kindern, wurde abgelehnt.

Die Ereignisse in Grimma zeigen, dass nicht die menschenunwürdigen Zustände in Bahren, wie sie in vielen sächsischen Asylbewerberheimen existieren, thematisiert und als Problem wahrgenommen werden. Stattdessen sind die Flüchtlinge, die ihre Situa-

1| Anfrage F 2009/64 von Kerstin Köditz und Heike Werner, Fraktion DIE LINKE im Kreistag des Landkreises Leipzig vom 7. Juli 2009
2| Pressemitteilung der Stadt Leipzig »Asylbewerber erhalten Barleistungen«, 8. Oktober 2008
3| Leipziger Volkszeitung/Muldental vom 8. Juli 2009

tion öffentlich gemacht haben, mit dem Umstand kofrontiert, als Störenfrieden stilisiert zu werden.

Leipzig: Verbannung an den Stadtrand

Auch in Leipzig gibt es Veränderungen bei der Unterbringung von asylsuchenden Menschen. Mit den Stimmen von CDU, FDP und SPD beschloss der Stadtrat kurz vor der Sommerpause die Schließung der beiden bestehenden Asylbewerberheime. Als Ersatz soll eine neue »Unterkunft in Systembauweise am Standort Wodanstraße 17a [...] dienen. Stein des Anstoßes ist das Interesse eines privaten Investors den Standort eines der bestehenden Heime wirtschaftlich zu nutzen und in diesem Zusammenhang 100 Arbeitsplätze zu schaffen, denn »Arbeitsplätze haben in Leipzig nun mal Priorität«[4]. Die von städtischer Seite außerdem angeführten Einspareffekte der Schließung von zwei Heimen zugunsten eines Neubaus sind marginal und können kaum glaubhaft als Argument für das Vorhaben herhalten.

Die »Umsiedlung« in die Wodanstraße bedeutet für die Betroffenen eine Verschlechterung der ohnehin prekären Lebensbedingungen und einen weiteren Schritt hin zur Desintegration. Zwischen Gewerbegebiet und Autobahn und zehn Kilometer vom Stadtzentrum entfernt gelegen, verspricht der neue Standort Isolation, Abkoppelung vom städtischen Leben und erschwerte Wege zu Behörden, Kita, Schule und anderen sozialen Orten. Den Verantwortlichen, die den Standortwechsel u.a. mit der guten Verkehrsanbindung begründeten, dürfte klar sein, dass sie damit den Asylsuchenden bewusst den Zugang zum öffentlichen Leben erschwert haben.

Ebenso rassistisch sind auch die Faktoren, die von der Stadt Leipzig für die Suche des neuen Heim-Standortes angelegt wurden. Dieser soll »nicht unmittelbar in einem Wohngebiet« und »insbesondere entfernt von Schulen, Kindergärten, Spielplätzen« liegen. Das Grundstück sollte »einzäunbar« sein, schließlich wäre die Unterbringung von über 200 männlichen Asylsuchenden »mit vielfältigen sozialen Problemlagen« in einem Wohngebiet ungeeignet. Ein konstruiertes störendes, abnormales Verhalten der Betroffenen wird der Vorstellung eines kulturell homogenen, harmonischen Wohngebietes entgegengesetzt. Soziale Probleme der Flüchtlinge werden damit naturalisiert anstatt sie als Folge der belastenden Lebensumstände und der restriktiven Asylgesetzgebung zu benennen.



In Leipzig hält sich die Kommune strikt an die Vorgaben, die das Sächsische Ministerium des Innern (SMI)[5] zu entsprechenden Gemeinschaftsunterkünften macht: Vier Asylbewerber sollen in Gemeinschaftsräumen zusammenwohnen, jedem und jeder Person sechs Quadratmeter als Schlaf- und Wohnraum zur Verfügung stehen. Im Landkreis Leipzig Land verweist man auf die 2003 abgeschaffte Verwaltungsvorschrift des SMI, welche einem Flüchtling 4,5 m² zugesteht[6]. Welche physischen und psychischen Belastungen das Leben unter diesen Umständen für die Betroffenen verschiedenster Herkunft und Religionszugehörigkeit langfristig hat, dürfte auf der Hand liegen. Die Verwahrung in Massenunterkünften fernab des städtischen Lebens zeigt die fehlende Bereitschaft des Staates, den Menschen tatsächlich die Chance zur Integration zu geben. Stattdessen entsteht damit eine Situation, in der Menschen von der Politik als »fremdartig« und »kriminell« stigmatisiert und letztendlich gesellschaftlich ausgrenzt werden können.

Outro

Die aktuellen Vorgänge bei der Unterbringung von Asylsuchenden und Geduldeten, ob in Leipzig oder Grimma, sind dabei »nur« die Spitze eines Eisberges, dessen Abschmelzen schon längst überfällig ist. Dabei muss der Kampf um gleiche Rechte von MigrantInnen mit der Kritik des nationalstaatlichen und kapitalistischen Prinzips einhergehen, schließlich geht es linker Intervention nicht allein um eine bessere sozialarbeiterische Praxis. Linker Antirassismusarbeit liegt der Anspruch zugrunde, materielle und immaterielle Grenzen zu sprengen, denn Menschenwürde kennt keine Demarkationslinien. ■

4| eine Mitarbeiterin des städtischen Sozialamtes in der Leipziger Volkszeitung am 16. Juni 2009

5| Verwaltungsvorschrift des Sächsischen Staatsministeriums des Innern über die Mindestempfehlungen zu Art, Größe und Ausstattung von Gemeinschaftsunterkünften und zur sozialen Betreuung (VwV – Unterbringung und soziale Betreuung) vom 26. Juni 2009

6| Anfrage F 2009/64 von Kerstin Köditz und Heike Werner, Fraktion DIE LINKE im Kreistag des Landkreises Leipzig vom 7. Juli 2009

Weiterführende Links:
http://de.indymedia.org/2009/07/256013.shtml/ – Pressemitteilung der kritisch intervenierenden Antirasst_innen zu 3 Wochen Protest in der Grimmaer Kirche
http://bleiberechtmittel-sachsen.blogsport.de/
http://initiativkreisintegration.blogsport.de/
http://lexil.blogsport.de/

Ausgrenzung und Vertreibung von Roma in Europa

»Die Liebe ist ein Zigeunerkind – hat nie ein Gesetz gekannt«
Aus der Oper Carmen.

Der Sommer ist vorbei und damit ein Sommer, in dem Angriffe gegen Roma in verschiedenen Ländern Europas die Hintergrundgeräusche bildeten.

Europaweite Verfolgung
In Italien endete bereits das Jahr 2008 mit rassistisch motivierten Angriffen auf in äußerster Armut in Barackensiedlungen lebende Roma. In Neapel, Pisa, Rom, Venedig und weiteren italienischen Städten wurden die provisorischen Unterkünfte angezündet. Mehrere Roma wurden getötet, zahlreiche verletzt, hunderte flohen vor dem mit Stahlstangen und Messern bewaffneten Mob.

Der Staat reagierte mittlerweile: Mit dem Aufbau einer »Zigeuner-Kartei«, in der die Fingerabdrücke aller Sinti und Roma präventiv aufgenommen werden, und der Organisation von Milizen, die der ehemaligen faschistischen Alleanza Nazionale nahestehen. Zahlreiche Räumungen von Roma-Siedlungen, ohne dass Ersatz-Wohnungen zur Verfügung gestellt wurden, machen deutlich, auf welcher Seite der Staat in diesem einseitigen Konflikt steht.

Wie in Italien kam es auch im Juni 2009 in Belfast zu Pogromen: Neonazis belagerten wochenlang die Wohnhäuser von rumänischen Roma und griffen diese an. Den über 100 Bewohnern blieb nur die Flucht in eine Kirche, doch auch dort waren sie nicht sicher. Die meisten von ihnen haben nun das Land verlassen.

Auch in Ungarn ist die Gewalt gegen die größte Minderheit im Land alltäglich. In den Jahren 2008 und 2009 wurden sieben Roma ermordet und Dutzende schwer verwundet, unter anderem durch Angriffe mit Handgranaten und Schusswaffen. Die faschistische Partei Jobbik, die den Kampf gegen »Juden, Amerikaner und Zigeuner« zum Kernpunkt ihrer Ideologie machte, erhielt bei den Europawahlen 2009 15 Prozent der Stimmen.

Das Vorurteils-Muster gegen die Roma ist in allen Ländern gleich: Tatsächliche oder herbeifantasierte Vergehen einzelner Roma werden der ganzen Gruppe zur Last gelegt. Kein noch so altes Klischee ist zu abgegriffen, um nicht für Gewalt gegen Roma genutzt zu werden. In allen Ländern Europas gehören Roma zu den ärmsten Bevölkerungsgruppen, die nirgendwo ausreichend Zugang zu Arbeit, Bildung, medizinischer Versorgung oder angemessenen Wohnraum haben.

Deutschland – Antiziganismus reloaded
Fast schon milde stellt sich im Vergleich die Anti-Roma-Politik in Deutschland dar. Doch die Vorurteile die in den bereits genannten Ländern anzutreffen sind, finden sich auch hier wieder - und bei weitem nicht nur ganz rechts.[1] Etwa 5000 Roma, die meisten ehemalige Flüchtlinge aus dem Kosovo, leben unauffällig in Berlin.

Im Fokus einer wochenlangen Diskussion stand dagegen eine Gruppe von nur etwa 100 Roma, die seit dem EU-Beitritt Rumäniens 2007 in den Sommermonaten nach Deutschland kamen und sich mit scheibenwischen, musizieren und betteln den Lebensunterhalt verdienen.

Wie alle Arbeitsimmigranten sind auch die Roma auf der Suche nach besseren Lebensmöglichkeiten. Was sie unterscheidet: Sie kommen nicht als vereinzelte Bittsteller, als illegalisierte Putz- und Kochkräfte, die unsichtbar in den Küchen von Restaurants und den Putzkolonnen großer Firmen ausgebeutet werden – sie kommen als geschlossene Gruppe, die sich ihre Jobs selber schafft.

Dass diese Zusammenschlüsse nicht harmonisch funktionieren und keinen Platz für romantische Projektionen bieten – geschenkt. Für eine politische Analyse ist dies ohne Bedeutung. Auch bei »Boat-People«, die zu hunderten auf Lampedusa stranden, wird zurecht nur gefragt, was sie dazu veranlasst hat, eine solch mörderische Reise auf sich zu nehmen, und nicht, ob sie denn auch die besseren Menschen sind. Bei den Roma darf aber anscheinend »genauer« hingesehen werden.

Der Grund, warum sich gerade gegen Roma der Unmut richtet und nicht gegen die ebenso häufig anzutreffenden Verkäufer von Obdachlosenzeitungen oder die Fenster-Putz-Punks, ist, neben Antiziganismus im speziellen und Fremdenfeindlichkeit im all-

1| So schafft es der Berliner Tagesspiegel vom 14. Juni 2009 alle »Zigeuner«-Klischees in einem einzigen Artikel unterzubringen, ohne zu einem Erkenntnisgewinn beizutragen: Die wahrsagende Alte mit dem Goldzahn und den vielen Kindern, kleine Jungen die sich in rostigen Tonnen ihre dürren Oberkörper waschen, eine attraktive Rom mit tiefem Ausschnitt die gerne »einen Ausländer« heiraten möchte-Das alles vor der Kulisse einer hübsch-wilden Landschaft Rumäniens.

http://www.tagesspiegel.de/zeitung/Die-Dritte-Seite-Roma-Rumaenien;art705,2822430

gemeinen, dass sie nicht demütig auftreten, wie es anscheinend von bettelnden Ausländern erwartet wird, sondern selbstverständlich-selbstbewusst. Mögen auch einige davon träumen für immer in Deutschland bleiben zu können und eine feste Anstellung zu finden – die meisten wissen wohl, dass ihnen unüberwindbare Hürden in den Weg gelegt werden würden und ziehen es deshalb vor für drei Monate in Deutschland Geld zu verdienen, um dann wieder zu ihren Familien nach Rumänien zurückzukehren: Klassische Saisonarbeit.

Mit einem solchen Erwerbsprinzip sind sowohl die Behörden als auch die bürgerliche Presse überfordert. Betteln – aber offensiv –, – arbeiten – aber in selbst geschaffenen Jobs, – das bessere Leben suchen – sich aber nicht auf die Wege der deutschen Bürokratie und der Asylgesetzgebung einlassen: Die Roma fallen durch alle Raster.

Nach anfänglicher Irritation wie man mit diesen Gruppen umgehen sollte, wurde mit einer Doppelstrategie reagiert: Roma, die nachts in Parks schliefen, wurden von der Polizei regelmäßig geweckt und damit bedroht, ihnen die Kinder wegzunehmen. Um Verständnis für diese Maßnahmen wurde damit geworben, dass die eigentlich schulpflichtigen Kinder zum Betteln gezwungen würden und mafiöse Strukturen unter den Roma herrschten. Doch seit wann ist es für die staatliche Kontrolle unerwünschter Bevölkerungsgruppen ausschlaggebend, wie innerhalb dieser Gruppen miteinander umgegangen wird?

Der reale Grund dagegen war, dass die »MEMs«, die »Mobilen ethnischen Minderheiten« (Polizeijargon), unerwünscht waren, weil sie sich der Kontrolle entzogen.

Der Umgang mit den Roma zeigt hier deutliche Parallelen zum 19. Jahrhundert: Wollten sich die »Zigeuner« nicht niederlassen, was aufgrund der Konkurrenz für das örtliche Handwerk oft auch gar nicht erwünscht



Foto: Björn Kietzmann

war, erließen Städte und Gemeinden Verordnungen, welche die »Zigeuner« aus ihrem Gebiet fernhalten und in andere Orte weiterleiten sollte[1]. Gesetze wie ein Hunde- oder ein Lagerverbot sowie die Versagung eines Wandergewerbescheins waren bürokratische Maßnahmen den Sinti und Roma den Aufenthalt so unangenehm wie möglich zu gestalten und sie in die Nachbargemeinden weiterzuschieben.

Ein Thema auch in den nächsten Jahren

Linke Gruppen, welche die Berliner Roma vor nächtlichen Polizeischikanen schützen wollten, wurden als »naiv« gebrandmarkt. Die Roma hätten juristisch gesehen nie Anspruch auf Asyl gehabt, da sie als Touristen eingereist waren.

Dennoch ist es legitim sich über Verwaltungsvorschriften hinwegzusetzen und Asylrecht für eine Gruppe zu fordern, die europaweit Diskriminierungen und Verfolgungen ausgesetzt ist. Wenn eine »rechtliche Handhabe« für ein Bleiberecht nicht existiert, muss eben Druck aufgebaut werden, dass es geschaffen wird. Und wenn dies nicht erreicht werden kann, so muss wenigstens dafür gesorgt werden, dass Polizeiübergriffe auf Roma, so lange skandalisiert werden, bis sie unterbleiben. Die Diskussion um die Roma wird weitergehen – spätestens im nächsten Sommer. ■

Die Stille nach dem Mord



Foto: Akubiz

Erneut trauern wir um ein Todesopfer rechter Gewalt. Marwa El-Sherbini wurde am 1. Juli 2009 vor den Augen ihres Ehemanns und des gemeinsamen dreijährigen Sohnes erstochen. Die Tat geschah am Dresdner Landgericht während einer Berufungsverhandlung wegen Beleidigung. Marwa El-Sherbini hatte den Täter wegen seiner islamophoben Äußerungen ihr gegenüber angezeigt und sagte als Zeugin im Prozess aus. Die öffentlichen Reaktionen nach dem Mord fielen zunächst verhalten aus. Trotz der Dimension der Tat äußerten sich weder VertreterInnen der Politik noch aus Zivilgesellschaft oder antifaschistischer Bewegung.

Es schien eine Berufungsverhandlung zu sein, wie sie nahezu täglich an deutschen Gerichten stattfindet. Die Besonderheit: Es ging um eine rassistische Beleidigung, die sich vor einem Jahr auf einem Spielplatz ereignet hatte. Marwa El-Sherbini hatte den Täter gebeten, dass ihr Sohn die Schaukel, auf der er saß, benutzen könne. Daraufhin wurde sie wüst mit den Worten »Islamistin«, »Schlampe« und »Terroristin« beschimpft. Sie zeigte den Täter an und im November 2008 verurteilte das Amtsgericht Dresden diesen zu 780 Euro Geldstrafe. Während des Prozesses erklärte Alex W., »solche Leute« seien nicht beleidigungsfähig, da sie »keine richtigen Menschen« seien.

Am 1. Juli fand, da die Staatsanwaltschaft aufgrund der geringen Strafe Rechtsmittel eingelegt hatte, die Berufungsverhandlung statt. Gerade als Marwa El-Sherbini ihre Aussage beendet hatte, zog Alex W. ein Messer, stürzte sich auf sie und stach innerhalb einer Minute 18 Mal auf sie ein. Ihr Ehemann, der ihr zu Hilfe kommen wollte, wurde ebenfalls durch Messerstiche verletzt. Ein Bundespolizist, der aufgrund des ausgelösten Alarms in den Saal kam, schoss auf den Mann der Getöteten nicht auf den Täter[1]. Die schwangere Marwa El-Sherbini erlag ihren schweren Verletzungen vor den Augen ihres Mannes und des Sohnes noch im Gericht.

Obwohl die Dresdner Staatsanwaltschaft zwei Tage nach der Tat erklärte, dass es sich um eine eindeutig »ausländerfeindliche Tat« handelte, blieb die öffentliche Empörung auffallend gering. Die Annahme, dass es sich bei dieser Nichtreaktion um die Auswirkung und das Entsetzen über die grausame Tat handelte, geht aber fehl.

Vielmehr resultierte die Stille wohl daraus, dass es sich bei dem Täter um einen sog. »Russlanddeutschen« handelt, der erst 2003 von Perm nach Deutschland verzogen war. Selbst antifaschistische Gruppen, die richtigerweise Rassismus immer als gesamtgesellschaftliches Problem benannt hatten, blieben stumm. Kein medialer Aufschrei im Kampf gegen Rassismus, keine Spontandemonstration seitens antifaschistisch Engagierter, keine öffentlichen Äußerungen seitens führender Politiker. Vielmehr erklärte der stellvertretende Regierungssprecher Thomas Steg (SPD) entgegen der eindeutigen Benennung der Staatsanwaltschaft: »In diesem konkreten Fall haben wir uns mit einer Stellungnahme zurückgehalten, weil die Umstände nicht hinreichend klar gewesen sind, um eine so weitreichende politische Erklärung abzugeben.«[2]

Erst als Marwa El-Sherbini am 6. Juli in Ägypten beigesetzt wurde und die ägyptische Öffentlichkeit und arabische Medien das (Nicht-) Verhalten der deutschen Regierung und Öffentlichkeit anprangerten, kam es in Deutschland zu medialen Reaktionen, wobei die Rezeption des Mordes politisch abwegige Richtungen einschlug.

Die Bundesregierung hob maßgeblich darauf ab, dass Deutschland die Tat auf das Schärfste verurteile und kein Platz für Fremden- und Islamfeindlichkeit sei. Die Frage, welches öffentliche Bild von islamischer Religion bzw. Personen mit arabischem Migrationshintergrund nach dem 11. September auch in der deutschen Öffentlichkeit geprägt wurde, ist nur von migrantischen VertreterInnen als (Mit-)Ursache für die Tat angesprochen.

Islamophobie wurde vielmehr nur im Kontext des Migrationshintergrundes des Täters betrachtet. Dabei wurde auf rassistische und islamfeindliche Haltungen in der russischen Mehrheitsgesellschaft insbesondere in Verbindung mit dem Tschetschenienkrieg abgestellt. So schrieb die Süddeutsche Zeitung zwei Wochen nach der Tat:

1| Nach Medienberichten gibt die Pressestelle der Bundespolizei aufgrund des laufenden Verfahrens keine Auskunft darüber, ob der Polizist auf den Mann schoss, weil er ihn ob der dunkleren Hautfarbe für den Täter hielt.

2| zitiert nach Tagesspiegel vom 7. Juli 2009

»Ohne Zweifel war der Antiislamismus die treibende Kraft. Doch es war eben kein gebürtiger Deutscher, der den Mord beging, sondern ein Russlanddeutscher [...] der Arbeitslose, der in Russland sozialisiert wurde, wo der Fremdenhass gesellschaftlich längst noch nicht die Ächtung erfahren hat wie im westlichen Europa.«[3] Der Vorwurf des Rassismus in Deutschland wurde somit gen Osten weiterdelegiert. Eine Auseinandersetzung mit (Alltags-) Rassismus in Deutschland und weitverbreiteten rechten Einstellungen wurde nahezu vollkommen ausgeblendet. Und das, obwohl zeitnah bekannt war, dass der Täter sich positiv auf die NPD bezog und bekannt hatte NPD-Wähler zu sein. Vielmehr wurde auf das Thema »Kampf der fremden Kulturen«, so auch die Überschrift jenes Feuilletonartikels in der Süddeutschen Zeitung, reduziert. Die Tat mutierte vom rassistischen Mord zum »Nischenkonflikt«, den der multikulturelle Alltag bereithielte.

In Dresden selbst fand auf Initiative regionaler Vereine zehn Tage nach dem Mord schließlich eine öffentliche Trauerfeier statt, zu der sich etwa 1.000 Menschen einfanden. Für eine Stadt von einer halben Million Einwohner bleibt dies, wenn man darüber hinaus berücksichtigt, dass ein Drittel der Teilnehmenden selber potentiellen Betroffenengruppen angehörten, eine verschwindend geringe Zahl. Sowohl die Oberbürgermeisterin der Stadt, die nach dem Mord in den Urlaub gefahren war, als auch der Ministerpräsident des Freistaats Sachsen, beide CDU, blieben der Veranstaltung fern. Weder die Bundesregierung sandte einen Vertreter, noch nahmen außer Franz Müntefering (SPD-Vorsitzender) Bundespolitiker teil. Stattdessen brüskierte der stellvertretende Oberbürgermeister Dirk Hilbert (FDP) in seiner Rede gleich zweifach. So sprach er lange über den positiven Nutzen ausländischer Wissenschaftler und Künstler für die »weltoffene Stadt Dresden«. Er ließ offen, wie sich die Stadt Dresden zu Menschen verhalten würde, die in einer Nützlichkeitsdebatte keinen Beitrag leisten könnten. Weiterhin erklärte er, dass die Dresdner selbst erlebt hätten, wohin der Rechtsextremismus führen würde. Selbst bei einem Mord, bei dem es sich wenigstens aus Gründen der Pietät verboten hätte, wurden die Dresdner zu Opfern des Nationalsozialismus erklärt. In einer solchen Umkehrung der Historie ist in logischer Konsequenz kein Platz für eine ernsthafte Aufarbeitung der nationalsozialistischen Vergangenheit und ein entschlossenes Auftreten gegen Rechts.

Bis heute konzentriert sich die öffentliche Debatte in Dresden auf das Thema Integration von »Ausländern« und nicht die Bekämpfung des Rassismus. Die Stadt selbst, die jahrelange Übung im Verdrängen extrem rechter Einstellungen und Aktionen hat, wie sich eindrucksvoll alljährlich zum größten deutschlandweiten Neonaziaufmarsch im Februar beweist, blieb ihrer Politik auch beim rassistischen Mord treu. Eine Haltung, die inzwischen selbst in bürgerlichen Kreisen auf Widerstand stößt. So intervenierten insbesondere Vertreter der Dresdner Universität gegen die unverhohlene »Vogel-Strauß«-Politik im Freistaat. Der Professor für Kommunikationswissenschaften Wolfgang Donsbach, besorgt um das städtische Image und den Wissenschafts- und Kulturstandort, veröffentlichte einen offenen Brief unter dem Titel »Dresden – wache auf!«. In diesem hielt er sowohl der Stadtverwaltung als auch den Dresdner Bürgern vor, immer noch nicht begriffen zu haben »... was das Thema für die Stadt bedeutet, welchen Schaden es anrichtet und welche Ursachen es hat. Wir haben einen deutlich erkennbaren Sockel an bekennend ausländerfeindlichen Bürgern, eine Mehrheit, der das Thema gleichgültig ist – wie die Trauerfeier wieder gezeigt hat – und ein paar Aufrechte, die etwas ändern wollen. [...] Die Einsicht in das Problem, dass es nicht nur um verrückte Einzeltäter, sondern um weit verbreitete Haltungen geht, wäre der erste Schritt zur Lösung.«[4]

Von dieser Lösung ist man in Dresden weit entfernt. Anzeichen der Stadtverwaltung für ein ernsthaftes Engagement gegen Rechts sind nicht in Sicht. Vielmehr wird eine Strategie für eine bessere Integration von Ausländern sowie der Gleichstellung von muslimischen Frauen vorgeschlagen und das Thema rechte Einstellungen, der Neonaziaufmarsch um den 13. Februar und unzählige rassistische Gewalttaten wieder einmal unter den Tisch gekehrt. Eine Politik, die unter einer schwarz-gelben Regierung im Freistaat und Bund sicher Beifall finden wird. ■


Foto: Akubiz

3| Süddeutsche Zeitung, 14. Juli 09
4| Offener Brief von Prof. Dr. Wolfgang Donsbach, 12. Juli 09 zu finden unter: http://www.donsbach.net/blog/wp-content/uploads/2009/07/dresden-problem.pdf

Gemeinschaftserlebnis Kindermord

Positionspapier der INEX Leipzig zu Kampagnen »gegen Kinderschänder«

Initiative gegen jeden Extremismusbegriff
www.inex.blogsport.de
September 2008 / Mai 2009

In Leipzig wurde im Jahr 2008 ein Kind getötet. Was sich im Anschluss daran abspielte, ist keine Leipziger Spezialität, eignet sich aber als prägnantes Beispiel für den deutschen »Kinderschänder«-Diskurs, wie er in anderen Fällen auf ähnliche Weise abläuft. Schon kurz nachdem das Opfer als vermisst gemeldet wurde, beteiligten sich BürgerInnen im Leipziger Stadtteil Reudnitz an Suchaktionen. Darunter auch organisierte Neonazis aus dem Umfeld der Freien Kräfte Leipzig. Nachdem der Tod der 8-jährigen Michelle bekannt wurde, kam es zu mehreren öffentlichen Protestdemonstrationen. Aufgebrachte Menschen mit und ohne äußere Anzeichen einer Zugehörigkeit zur Neonaziszene forderten gemeinsam »Todesstrafe für Kinderschänder«, skandierten Sprechchöre wie »Unsere Kinder sind unsere Zukunft« oder »Kinderschänder an die Wand«. Vor den Kameras platzierten Eltern mehr als ein Dutzend kleiner Kinder vor einem Transparent mit der Aufschrift »Todesstrafe für Kinderschänder« und ließen sie anschließend mit dünnen Stimmen eben diese Forderung als Parole rufen. Aus Interviewbeiträgen von Beteiligten schlug einem geifernder Hass und schäumende Wut entgegen. Jetzt müsse endlich Schluss sein mit laschen Strafen, »für immer weg, weg, weg« ließ sich ein Mann hinterm Gartenzaun vernehmen. Eine Mutter forderte »die sollen ihre dreckigen Finger von unseren Kindern lassen«. Auf Transparenten, welche die Neonazis auf den Demonstrationen durch den Leipziger Osten mitführten, fanden sich Statements wie »Die Sicherheit unserer Kinder geht alle an« und »Für einen Nationalen Sozialismus«. In den Filmbeiträgen von Spiegel TV und RTL sind ebenso Tränen und Umarmungen emotional erschütterter Menschen als auch stille Anteilnahme zu sehen.

Die Zivilgesellschaft grenzt sich ab

In der öffentlichen Debatte über die Kindestötung im Leipziger Osten wurde ca. drei Wochen nach dem Mord und den größten Demonstrationen immer deutlicher ein Abgrenzungsbedürfnis gegenüber einer politischen »Instrumentalisierung« des Falles geäußert. Vom Leipziger Oberbürgermeister über die Initiative »Buntes Reudnitz« bis hin zu Statements von Antifagruppen wie dem »Ladenschlussbündnis« reichte die Ablehnung der Neonazi-Demonstrationen. Ein Teil der antifaschistischen Verlautbarungen richtete sich so zwar gegen die Präsenz organisierter Neonazis, an der kritischen Auseinandersetzung mit den Inhalten der Protestveranstaltungen mangelte es jedoch. Unabhängig davon hat die breite Ablehnung immerhin dazu geführt, dass sich die gemeinsame Mobilisierung von »normalen« BürgerInnen und Neonazi-Aktivisten jetzt schwieriger gestaltet. Der Ruf sogenannter »Rechtsextremisten« ist nicht der Beste, nach wie vor erzeugt das offene Bekenntnis zu NPD oder Freien Nationalisten ein Image-Problem. Diejenigen, die sich als bekennende Neonazis zum Mordfall Michelle äußerten, gerieten sofort in den Verdacht, etwas anderes zu verfolgen, als sie vorgaben zu tun. Im Gegensatz zur als berechtigt empfunden Betroffenheit der »Leipziger Bürgerinnen und Bürger« ,galt die Anteilnahme der Neonazis nur als vorgetäuscht. Der Vorwurf lautete, sie würden die Emotionen der Menschen missbrauchen: »Mit großer Sorge erfüllt uns, dass Rechtsextreme das Verbrechen an dem Mädchen ausnutzen, um ihre menschenverachtende und demokratiefeindliche Ideologie zu verbreiten. Der Schock, die Wut und die Ratlosigkeit in der Bevölkerung werden von Rechtsextremen in ungeheurer Respektlosigkeit gegenüber dem ermordeten Kind für ihre politischen Zwecke missbraucht.«[1]

Harte Strafe muss sein

Die klare Trennung, die hier zwischen dem Fühlen und Denken der Neonazis auf der einen Seite und den Einstellungen der BürgerInnen auf der anderen Seite vorgenommen wird, können wir so nicht nachvollziehen. In den

1| Offener Brief der Bürgerinitiative Buntes Reudnitz an alle Reudnitzerinnen und Reudnitzer, http://www.buntes-reudnitz.de



Forderungen nach der Todesstrafe und den explizit geäußerten Abwehrreaktionen gegen alle Gedanken an therapeutische und später resozialisierende Maßnahmen für Sexualstraftäter war sie jedenfalls nicht zu vernehmen. Hier gab es auch in Leipzig im Spätsommer 2008 zunächst nur offensichtlichen Konsens. Und dieser reichte weit. Selbst die alternative BürgerInneninitiative »Buntes Reudnitz« meinte deshalb in ihrem Offenen Brief, Verständnis für die Rufe nach einer harten Bestrafung für die Täter äußern zu müssen. Dabei rufen die TeilnehmerInnen solcher Demonstrationen eben gerade nicht einfach »nur« nach härteren Strafen, sondern ganz eindeutig und alle zusammen »Kinderschänder an die Wand« oder »Keine Gnade für Kinderschänder«.

Der Ruf nach dem starken Staat mit weitreichender Bestrafungskompetenz ist Teil des Bewusstseins der Massen. Ob es um Sexualdelikte geht oder »Gewalt gegen Deutsche«, um Einbruchskriminalität oder Sozialleistungsbetrug: Wer nach härteren Strafen ruft, hat von vornherein recht. Insofern wundert es nicht, dass auch Personen, die in Organisationen Mitglied sind, denen die Todesstrafe in den USA gerne einmal Anlass für Kritik ist, sich im deutschen Ernstfall als gute Demokraten erweisen und dem Volk nach dem Maul reden. Ob SPD, LINKE oder Grüne, ob Attac oder DGB-Jugend: die Empathie für die Forderung nach »einer harten Bestrafung der Täter« reicht weit. Sicher macht es einen Unterschied, ob die Todesstrafe gefordert oder anderen Optionen des harten Strafens Verständnis entgegengebracht wird. Wie wäre es aber mit Kritik? Die begänne jenseits alternativer Forderungen nach »Kastration« oder »Arbeitslager«. Nein, die Zivilgesellschaft wünscht sich eine Bestrafung im Rahmen der Gesetze. Wie wäre es mit lebenslanger »Sicherheitsverwahrung«? Wir wissen es nicht, die Reudnitzer DemokratInnen und ihre UnterstützerInnen bleiben noch unkonkret in ihrem Appell für »die gerechte Bestrafung von Menschen«, die »unseren Kindern Leid antun«. Aber dem Bedürfnis nach Rache geben sie so oder so nach. Mit ihrer sanften Abgrenzung von der Todesstrafe sagen sie nichts gegen die Bereitschaft der »Bürgerinnen und Bürger«, menschliche Existenzen zu negieren, sie physisch oder sozial liquidieren zu wollen.

Demgegenüber muss der Wert menschlichen Lebens und die Überzeugung menschlicher Veränderbarkeit und Resozialisation offensiv verteidigt werden, gerade weil die gesellschaftliche Stimmung nicht danach ist. Argumente für die Ausweitung staatlicher Repression dominieren gegenwärtig den öffentlichen Diskurs – im Widerspruch zu Empirie und kriminologischer Expertise. Vom signifikanten Rückgang von Sexualstraftaten an Kindern, auch durch verbesserte Therapiemöglichkeiten[2] und von den trotz dieser Erkenntnis häufig fehlenden finanziellen Mitteln für diese Art der Prävention[3] wird kaum gesprochen. Genau dies wäre aber zu tun. Es mag bei einigen, die Verständnis für eine »härtere Gangart« haben oder selber gleich die finale Strafe fordern, eine unreflektierte Gerechtigkeitsauffassung aus dem Bauch heraus sein, die sich um den Schutz und die Würde des menschlichen Lebens im Ernstfall weniger Gedanken macht. Das aber ist der richtige Moment, dem →

2| Nach Ansicht des Kriminologen Christian Pfeiffer war in Deutschland das Risiko für Kinder, Opfer eines Sexualmordes zu werden, noch nie so gering wie heute: »Auch wenn ein anderer Eindruck vermittelt wird – seit Jahrzehnten gehen diese Straftaten zurück«, sagte der Chef des Kriminologischen Forschungsinstituts Niedersachsen in Hannover in einem Gespräch mit der Deutschen Presse-Agentur dpa. Der Grund: »Die Polizei war noch nie so gut, die Strafverfolgung arbeitet effizient, die Therapien für verhaltensgestörte Menschen seien besser. Es gibt weniger Eltern, die Kinder misshandeln oder quälen.« (Augsburger Allgemeine, 24. August 2008).

3| Vgl. http://www.sueddeutsche.de/muenchen/587/308531/text/

eine andere Auffassung entgegenzusetzen. Statt über neuen Mord sollte über die Ursachen der Tat und humanistische Wege der Verhinderung neuen Leids diskutiert werden. Der Law-and-Order-Populismus, mit dem die zivilgesellschaftliche Elite regelmäßig reagiert, ist vielleicht in der Diskussion »gar nicht so gemeint«, aber auf jeden Fall politisch blind und in emanzipatorischer Hinsicht absolut kontraproduktiv.

Oder geht es denen, die nach härterer Strafe schreien, doch um etwas Gutes? Ist nicht die Verhinderung weiterer Sexualverbrechen an Kindern das Ziel, für welches es mehr Verständnis aufzubringen gilt? Die Angst um die Unversehrtheit des eigenen Kindes wird aus der einen oder dem anderen gesprochen haben. So funktioniert das viel beschworene Mitgefühl doch wirklich, dass wer vom Leid der anderen erfährt nur an die eigene Sippe denkt und eigene Angst verspürt. Wäre es nur diese eigennützige Motivation, die hinter der Forderung nach Härte steht, ließe sich dies mit Blick auf den gesellschaftlichen Konkurrenzkampf vielleicht nachvollziehen. Zu akzeptieren wäre die Forderung nach »Todesstrafe für Kinderschänder« auch unter diesen Umständen nicht. Weder macht die Strafe den vorangegangenen Mord ungeschehen, noch hätte sie, da sind sich die ExpertInnen weitgehend einig, eine abschreckende Wirkung auf potentielle Täter.



Was steckt hinter dem Ruf nach Todesstrafe?

Wir vermuten jedoch, hinter dem Ruf nach der Todesstrafe verbirgt sich mehr als reine Elternbesorgnis. Warum geht der Ruf nach der Todesstrafe den »BürgerInnen« und den Neonazis so leicht von den Lippen? In der Lynchmobstimmung von Leipzig-Ost und anderswo ist der wahrscheinliche Täter bereits aus dem kollektiven »Wir« ausgeschlossen. Der Schuldige wird zum Aussätzigen gemacht, der nichts, aber auch gar nichts mit »uns« zu tun haben darf. Das widerspricht jeder Empirie. Die sexualisierte Gewalt gegen Kinder wird zu 90 Prozent von Männern, und zwar meist von Familienangehörigen oder in der Familie bekannten Männern ausgeübt. Vor dem Öffentlichwerden der Schuld sind die Sklavenhalter und Sexualstraftäter ganz normale Familienväter, Opas, Brüder, Nachbarn und Kollegen. Sie kommen aus jeder sozialen Schicht und wirken unauffällig. Aus ihren Taten spricht der sexualisierte Wunsch, Macht und Gewalt auszuüben, Frauen und Kinder als Dinge zu benutzen. Vorstellungen, die auch in den normalen patriarchalen Ungleichheitsverhältnissen verankert sind. In dieser Hinsicht mehr Erkenntnisse über Ursachen und Präventionsmöglichkeiten zu erlangen, interessiert gegenüber den voyeuristisch zur Kenntnis genommenen Details der Tat im Allgemeinen keinen und keine mehr.

Diejenigen, die jetzt am lautesten zur Gewalt gegen diese »Schweine« aufrufen, haben vielleicht eine Ahnung, vielleicht auch eigene Erfahrungen mit der Normalität und Intimität der Gewaltverhältnisse, von denen auch diese Tat ein Teil ist. Aber weil es nicht sein darf, dass »so etwas« jemand von ihnen, ein Deutscher, ein Bürger, etc. gemacht hat, wird der Tod oder der immerwährende Ausschluss des Täters aus der Gemeinschaft verlangt. Im Zorn des Volkes ist der Schuldige bereits jetzt als »Schwein«, »Perverser« und »Irrer« externalisiert.

Vom Reinigungsbedürfnis der Gemeinschaft

»Unsere Stadt hat Kinderschänder satt« stand in Leipzig auf einem Transparent der Neonazis und »Bürger und Eltern wehrt euch«. Auch die bunten ReudnitzerInnen sprechen als Kollektivsubjekt am liebsten für alle LeipzigerInnen und wollen das Engagement für den »Schutz unserer Kinder«. Natürlich gibt es Unterschiede, wie die DemonstrantInnen das »Wir« definieren, von dem der Täter kein Teil mehr sein soll, ja nie gewesen sein darf. Bekennende Neonazis haben eine recht reflektierte Vorstellung, wer legitime Bürgerin und legitimer Bürger ist. Zugehörigkeit bemisst sich bei ihnen anhand völkischer Kategorien. Die Gemeinschaft der Blutsdeutschen, der Gesunden und Anständigen ist von artfremden Elementen zu säubern. Wie früher. Und gerade der Familie gilt in der Ideologie der Neonazis der größte Schutz. Wer Gesellschaft als lebendigen Organismus denkt, als Lebensbaum, an dem der hoffentlich reinrassige Nachwuchs als zarte Knospe aus den Ästen der Er-

wachsenen sprießt. Wer in unzähligen Liedern die Reinheit und Gefühlswelt der deutschen Mutter besingt, und sich eine Frau jenseits einer erfüllten Mutterrolle kaum vorstellen kann, wer eine Sittlichkeitsvorstellung aus dem 19. Jahrhundert tradiert, der und die sollen über den Tod eines kleinen Mädchens nicht betroffen sein können? Ganz im Gegenteil, es ist durchaus verständlich, dass einen Neonazi die begangene Mordtat weitaus mehr erschüttert als vernünftige BürgerInnen.

Den Neonazis in Leipzig-Reudnitz ist der Schutz der deutschen Familie jedenfalls reine Herzensangelegenheit. Mit ihrer Forderung nach »Todesstrafe für Kinderschänder« instrumentalisieren sie nichts, sondern reagieren auf der Grundlage ihrer biologistischen Gemeinschaftsvorstellung. Ihre in Marschform vorgetragene Strafandrohung zielt auch weniger auf den »Aufbau eines totalitären Staates«, wie die Bürgerinitiative Buntes Reudnitz meint. Nein, es zielt auf die Reinhaltung eines rassistisch definierten Volkskörpers. Die Großväter der braunen Krakeeler von heute führten 1941 die »Reinigungstodesstrafe« für »Sittlichkeitsverbrecher« ein. Mit ihr sollte die Volksgemeinschaft geschützt und dem Bedürfnis nach gerechter Sühne stattgegeben werden. In der Rechtspraxis hieß dies, dass die Feststellung einer Minderwertigkeit des Täters zur Verhängung der Todesstrafe ausreichte, um dem »sittlichen und biologischen Reinigungsbedürfnis der Volksgemeinschaft« Genüge zu tun.

Wie weit ist dieser Nazijargon und das ihm zu Grunde liegende Denken von den Vorstellungen der protestierenden BürgerInnen entfernt? Sie sagen immerhin nicht »Volksgemeinschaft«, das ist zur Kenntnis zu nehmen. Aber was denken sie? Wollen nicht auch sie mit der Todesstrafe die Gesunden und Normalen vor dem Abnormen und Kranken schützen? Imaginieren nicht auch sie sich in eine Gemeinschaft der reinen Volksfürsorge, der das Wohl »unserer« Kinder der höchste Wert ist? Benutzen sie nicht – genauso wie die Neonazis – den Begriff »Kinderschänder«, der Kinder den barbarischen Kategorien von »Ehre« und »Schande« unterwirft? Wie definieren sie das kollektive »Wir«, als dessen Teil sie sich fühlen? Wie zahlreich und vehement wäre ihr Protest, hätte das Opfer von Reudnitz einen Migrationshintergrund gehabt? Die Empathie der Trauer- und Wutgemeinschaft hat auch in Leipzig klare Zugangsgrenzen. Diese orientieren sich an den ideologischen Verhältnissen, also auch an Rassismus und Nationalismus. Neonazis und BürgerInnen waren sich stillschweigend oder unbewusst einig, wem in diesem Land Trauer und Mitgefühl gebührt. Nicht hundert ertrunkenen Flüchtlingskindern, keiner und keinem der über 140 von Neonazis malträtierten Obdachlosen, Punks, MigrantInnen und Schwulen wurden nur halb so viele Tränen hinterher geweint, wie dem toten Mädchen aus dem Leipziger Osten.

Über Betroffenheit

Wenn sich nach dem zweiten oder dritten Mal die BürgerInnen nicht mehr ganz so zahlreich neben FackelträgerInnen und Transparenten mit der Aufschrift »Für einen Nationalen Sozialismus« eingereiht haben, dann hat die autoritäre Ausrufung des NS-Tabus durch Oberbürgermeister und zivilgesellschaftliche Elite der Stadt einen Erfolg erzielt. Das ist besser, als wenn es nicht geschehen wäre. Doch es ist kein nachträglicher Beweis, dass die Neonazis Stimmungen und Gefühle der BürgerInnen vereinnahmt hätten, die sich grundsätzlich von den ihren unterscheiden. Die Forderung nach der Todesstrafe ist koalitionsfähig. Und das hat mit gefühlter Zugehörigkeit und geteilten Überzeugungen zu tun, auch wenn Unterschiede bleiben. Die zivilgesellschaftlich Engagierten, aber auch AntifaschistInnen, die von der »Instrumentalisierung« des Kindsmord durch die Neonazis sprechen, versperren den Blick auf die ideologischen Anknüpfungspunkte zwischen Neonazis und der sogenannten Normalbevölkerung. Konsequenterweise redet die besagte Reudnitzer Initiative von »Rechtsextremen« und nicht von Neonazis. Sie benutzt damit eine Begrifflichkeit, die das Problem von massenhaft verbreiteten Rassismus, Antisemitismus, Homophobie, völkischem Antikapitalismus und Nationalismus als Randphänomen konstruiert. Statt eine klare Kritik an der Forderung nach der Todesstrafe zu formulieren und nach Gründen zu fragen, warum das Bündnis aus BürgerInnen und Neonazis so gut funktioniert, solange es nur von den Autoritäten in Ruhe gelassen wird, versucht man sich an der alternativen Konstruktion einer Gefühlsgemeinschaft, die außer Neonazis alle einschließen soll: »Wie alle Leipziger Bürgerinnen und Bürger« sei auch die Initiative »tief betroffen und entsetzt«. Was individuell für die eine oder andere Person stimmt, ist bezogen auf die EinwohnerInnen der Stadt platter Populismus. Dieses und ähnliches Betroffenheitsgeschwurbel ist nicht nur problematisch, weil es die Exklusivität und die gefühlte Basis der Trauergemeinschaft nicht hinterfragt, es ist auch instrumentell. Der Wunsch, ein Kollektiv der guten BürgerInnen zu begründen und erkennbare Neonazis auszugrenzen, wird hier mit floskelhaften Mutmaßungen über zu großen Teilen unbekannte Gefühle begründet. Wenn uns als politisch diskutierende Gruppe etwas betroffen macht, dann ist es das Ausbleiben einer passenden Antwort auf die gemeinsamen Demonstrationen von Neonazis und BürgerInnen im Leipziger Osten. Die Parole »Todesstrafe für Kinderschänder« ist eine Neonaziforderung, der es sich entgegenzustellen gilt, egal von wem und aus welchem Anlass sie hier in Deutschland vertreten wird. ■

Trotzkis Perspektive auf den Faschismus

Der siebte Teil der Reihe »Faschismustheorien. Erklärungen des NS« widmet sich dem Kommunisten Leo Trotzki. Als in die Rolle des kommunistischen Beobachters Gedrängter, kommentierte Trotzki den zu seiner Zeit aufkommenden Faschismus durch die Brille der Bonapartismustheorie von Karl Marx und Friedrich Engels.

Fabian Kunow

Der russische Revolutionär Lew Dawidowitsch Bronstein, besser bekannt unter seinem Pseudonym Leo Trotzki, teilte mit August Thalheimer (Vgl. AIB 75) das Schicksal, eine der großen Unpersonen der dogmatisch sowjetisch-kommunistischen Historiographie zu sein.

Beide verstarben im Exil und konnten vor ihrem Tod nur durch Schriften versuchen, Einfluss auf ihre Heimat und die Geschicke der kommunistischen Weltbewegung zu nehmen. Trotzki starb, anders als Thalheimer, bekanntlich gewaltsam. Sein politischer Widersacher Stalin hatte einen Mordanschlag im mexikanischen Exil auf ihn ausüben lassen. Trotzki wie Thalheimer eint nicht nur die gemeinsame Geschichte als Renegaten mit zumindest in den 1920er Jahren bedeutendem Einfluss auf ihre jeweiligen kommunistischen Parteien. Auch in ihrer Beurteilung der Machtübernahme durch die NSDAP waren beide nicht so weit von einander entfernt.

Einheitsfront statt Sozialfaschismusthese

Beide favorisierten das Konzept einer revolutionären Realpolitik. Sie traten gegen die »Sozialfaschismustheorie«, die in den Sozialdemokraten das größte Übel sah, wie auch gegen die, auf diese folgende, »Volksfrontpolitik« der Kommunistischen Internationale ein und wollten stattdessen ein Bündnis von KPD und SPD im antifaschistischen Kampf, die so genannte »Einheitsfront«, schmieden. Für eine kommunistische Partei gehe es nicht darum, den Weimarer Verfassungsstaat mit der Einheitsfront zu verteidigen, sondern um die materiellen und geistigen Positionen, die das Proletariat schon in Deutschland errungen habe. Selbiges schrieb Trotzki am 19. März 1933 in einem »Brief an einen österreichischen Genossen«, in dem er gegen den Aufruf des österreichischen Sozialdemokraten Otto Bauer, die Demokratie gegen den Faschismus zu verteidigen, wetterte: »Was heißt konkret heute in Österreich die Demokratie zu verteidigen? Das heutige Chaos der einander bekämpfenden und neutralisierenden Kräfte? (...) Die Demokratie in Österreich muss man nicht verteidigen, sondern auf eine neue Basis stellen«. Die Einheitsfront definierte Trotzki so: »Der kommunistische Arbeiter muss zum sozialdemokratischen Arbeiter sagen: Die Politik unserer Parteien ist unversöhnlich; aber wenn die Faschisten heute Nacht kommen, um die Räume Deiner Organisation zu zerstören, so werde ich Dir mit der Waffe in der Hand zu Hilfe kommen. Versprichst Du, ebenfalls mir zu helfen, wenn die Gefahr meine Organisation bedroht.«[1] Trotzki trat für das Bündnis der sozialistischen Kräfte ein und nicht das aller Demokraten, wie es die Volksfrontstrategie vorsah. Die proletarische Revolution sah Trotzki als das beste Mittel zur Bekämpfung des Faschismus an. Es bedürfe keiner Zwischenschritte die erst das Bestehende bewahren.





[1] Leo Trotzki war Protagonist der Russischen Revolution, Gründer der Roten Armee und wurde 1940 im mexikanischen Exil im Auftrag Stalins ermordet.

»Seine Faschismustheorie ist nur im Zusammenhang und vor dem Hintergrund seiner Theorie von der Notwendigkeit und Möglichkeit einer »permanenten Revolution« verständlich«, schreibt der Historiker Wolfgang Wippermann über Trotzkis Überlegungen zum Faschismus und der daraus resultierenden antifaschistischen Praxis.

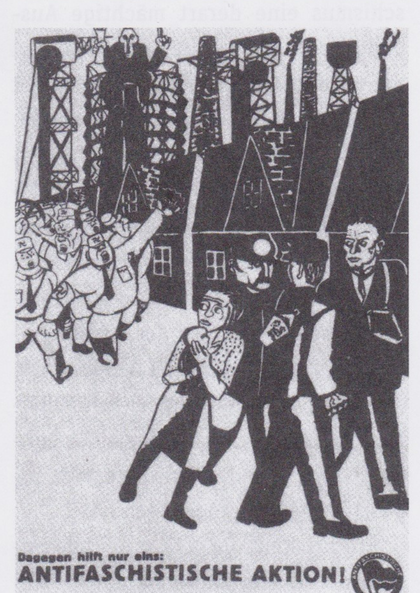
In der Theorie der »permanenten Revolution« schließen sich Bündnisse mit der Bourgeoisie aus, da die Bourgeoisie im Laufe der kapitalistischen Genesis ihre fortschrittliche Rolle eingebüßt habe und nun eher einen passiven bis konterrevolutionären Standpunkt einnehme. Zu diesem Ergebnis kam Trotzki nach seinem Studium der Geschichte der verschiedenen bürgerlichen Revolutionen seit 1789.

Bonapartismusschriften als Ideengeber

Die Trotzkis antifaschistischer Strategie zugrunde liegende Faschismustheorie lehnte sich an die Bonapartismusschriften von Marx und Engels an. In diesen entwarf Marx am Beispiel Frankreichs eine Soziologie des bürgerlichen Staates und der Kämpfe der verschiedenen Gruppen in diesem. Unter Bonapartismus wird allgemein in der (marxistischen) Wissenschaft die Ausschaltung der Legislative zu Gunsten einer starken Exekutivgewalt verstanden, womit sich das Bürgertum politisch selbst entmachtet zu Gunsten einer autoritären, antidemokratischen Herrschaft, um so ihre soziale Macht in Form der Herrschaft über die Produktionsmittel gegenüber einer starken sozialistischen Bewegung abzusichern. Diese ist aber noch nicht in der Lage, selbst die Macht zu ergreifen. Bei diesem »Gleichgewicht der Klassenkräfte« kann sich der gesellschaftliche Akteur - Staat - von der bürgerlich-republikanisch verfassten Gesellschaft verselbstständigen, um mit den Mitteln seines Gewaltapparates selbst diktatorisch zu herrschen.

Trotzki unterschied sich aber klar vom österreichischen Sozialdemokraten Otto Bauer und dem Kommunisten Thalheimer in der anzuwendenden Strategie und Praxis des Antifaschismus. Trotzki attackierte beide, die zwar recht ähnliche Faschismustheorien besaßen, aber eher die »Volksfront« favorisierten. Er nannte die Gruppe um August Thalheimer auch Brandler-Gruppe oder Brandler-Thalheimer-Gruppe.

Trotzki wandte die Bonapartismustheorie nicht nur auf die Länder mit einer starken faschistischen Bewegung, sondern auch auf die Sowjetunion unter Stalin an. Er schuf somit



eine »Totalitarismustheorie auf bonapartistischtheoretischer Grundlage« (Wippermann), was ihn für viele damalige Kommunisten indiskutabel machte.

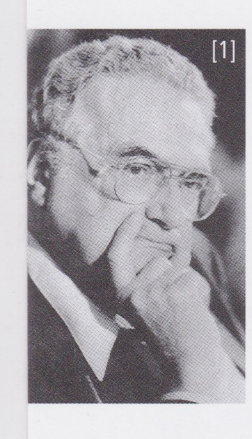
Insgesamt haftet den Überlegungen Trotzkis zum Faschismus an, dass er sich fast nur mit der Situation in Deutschland beschäftigte. Österreich wurde dabei von Trotzki den deutschen Ländern zugeschlagen.

Der Bezug Trotzkis auf die Bonapartismusschriften von Marx und Engels bei der Beurteilung der Situation Deutschlands am 26. September 1930 macht sich in dem Ausspruch, »in der Vergangenheit sahen wir ein starkes Anwachsen des Faschismus (in Italien, in Deutschland) als Ergebnis einer ver-

➔

→ passten revolutionären Situation, am Ende einer revolutionären Krise, in deren Verlauf die proletarische Avantgarde sich unfähig gezeigt hatte, an die Spitze der Nation zu treten, um das Schicksal aller Klassen, auch der Kleinbourgeoisie, zu ändern«[2] ,deutlich. Trotzki geht aber weiter, wenn er schreibt: »Der Umstand, dass der Faschismus eine derart mächtige Ausgangsposition bereits am Vorabend der revolutionären Periode und nicht erst an deren Ende einnehmen konnte, bezeugt nicht die Schwäche des Faschismus, sondern des Kommunismus«[3]. Trotzki sieht, dass die Kleinbürger eher den Weg des Faschismus als den des Kommunismus einschlagen werden, um von der Krise Erlösung zu finden. Er nimmt zudem wahr, dass der Faschismus »nicht nur Millionen halb-proletarische Elemente, sondern auch Hunderttausende von Industriearbeitern angezogen hat«.

[1] Ernest Mandel wandte Trotzkis Überlegungen zum Faschismus auf die modernen westlichen Industriegesellschaften an.



Trotzki stellt die politische Lage Anfang der 1930er Jahre als eine Situation dar, die in die Linke zum Kommunismus, wie auch zur Rechten in den Faschismus umschlagen kann, welcher dann »der Arbeiterklasse den Rücken zerschmettert«. Trotzki sieht 1931 durch das schnellere Anwachsen der Stimmen der NSDAP, im Gegensatz zur KPD, das Pendel nach rechts ausschlagen. Die Entwicklung verläuft eben nicht, wie von der KPD-Führung angenommen, in verschiedenen Perioden, die unbedingt aufeinander folgen müssen, in der sich erst die »Sozialfaschisten« und dann die »Nationalfaschisten« vor den Massen blamieren müssen, um dann selbst ans Ruder der Macht zu kommen. »Nationalfaschisten« stand im KPD-Slang vor 1933, als nicht mit Faschismusvorwürfen gegeizt wurde, u.a. für die NSDAP. Für Trotzki sind gesellschaftliche Prozesse dynamisch und können sich so oder so durch kluge Taktiken und die »revolutionäre Tat« am Ende gestalten. Aber »der Faschismus ist in Deutschland zu einer wirklichen Gefahr geworden; er ist Ausdruck der akuten Ausweglosigkeit des bürgerlichen Regimes, der konservativen Rolle der Sozialdemokratie und der akkumulierten Schwäche der Kommunistischen Partei im Kampf gegen dieses Regime«[4]. Zugleich sieht Trotzki Deutschland als einen Schlüssel zur internationalen Lage, später wird es Frankreich.

Warum der Faschismus zur Macht drängt

Zur Soziologie des Faschismus vor der Machtübernahme bemerkt Trotzki, dieser vereine »in sich so furchtbare Widersprüche«[5], dass irgendwann sein »soziales Reservoir erschöpfe«[6]. Seine Wählerschaft werde vor der absoluten Mehrheit wieder schrumpfen und Hitler sei dann gezwungen »auf den Umsturz zuzugehen«. Bei der Analyse der Wahlalternativen in der Weimarer Republik führt Trotzki aus, »wir Marxisten betrachten Brüning und Hitler samt Braun als verschiedene Teilelemente desselben Systems. Die Frage, wer von ihnen das »kleinere Übel« ist, hat keinen Sinn, denn das System, das wir bekämpfen, benötigt all diese Elemente. Aber diese Elemente des Systems befinden sich augenblicklich im Zustand des Konflikts und die Partei des Proletariats muss diese Konflikte im Interesse der Revolution ausnützen«[7]. Hier fängt der russische Revolutionär mit einer analytischen Betrachtung im Sinne des »18. Brumaire« an, geht aber einen Schritt weiter, in dem er die Tat – das Ausnutzen der Situation – propagiert. Trotzki sieht Antifaschismus eben nicht als Verteidigung des bürgerlichen Status Quo vor noch größerem Übel.

Ist der Faschismus ein Bonapartismus?

Am 23. März 1933 stellt Trotzki die Frage nach einem österreichischen Bonapartismus. »Österreich macht eine Periode durch, die der Periode Brüning-Papen-Schleicher in Deutschland analog; eine Periode der halb-bonapartistischen Diktatur, die sich durch gegenseitige Neutralisierung des proletarischen und faschistischen Lagers hält. Wir geben auch für Österreich der Bezeichnung Bonapartismus den Vorzug als eine Benennung, die sehr klar die Physiognomie einer Regierung charakterisiert, die zwischen zwei unversöhnlichen Lagern laviert und in immer größeren Ausmaße gezwungen ist, die unter den Füßen schwindenden sozialen Stützpunkte durch den militärisch-polizeilichen Apparat zu ersetzen«[8].

Der Bonapartismus in Österreich hätte aber, wie der in Deutschland, nur »episodischen Charakter« als kurzfristiges Regime zwischen dem Regime der Demokratie und dem Regime des Faschismus. In dieser Zeit würde eine Regierung, die über den Klassen herrsche, dieser Zeit ihren Stempel aufdrücken. Im Bonapartismus herrscht der Säbel als Schiedsrichter der jeweiligen Ordnung über die jeweilige Nation. »Der Säbel hat kein selbstständiges Programm... Er ist berufen zu sichern, was besteht«[9]. Der Säbel des Bonapartismus wie der Faschismus dient dem jeweils herrschenden Kapital. Für die damalige Zeit nimmt Trotzki an, dass dieses das Finanzkapital sei. »Der Faschismus an der Macht kann, wie der Bonapartismus,

1| Trotzki, Leo (1971): »Schriften über Deutschland« S. 451
2| Trotzki, Leo (1971): »Wie wird der Nationalsozialismus geschlagen? Auswahl aus »Schriften über Deutschland« S. 18
3| ebd. S. 18
4| ebd. S. 19
5| ebd. S. 56
6| ebd. S. 56
7| ebd. S. 60
8| Trotzki, Leo (1971): »Schriften über Deutschland« S. 503
9| ebd. S. 680
10| ebd. S.680
11| ebd. S. 682

nur die Regierung des Finanzkapitals sein«[10]. Hier trifft er sich wieder mit der Dimitroff-Linie. Nach dieser ist Faschismus »die offene, terroristische Diktatur der reaktionärsten, chauvinistischsten, am meisten imperialistischen Elemente des Finanzkapitals«.

Der Klassencharakter des Faschismus als Regimeform entspricht nicht der soziologischen Massenbasis des Faschismus. Der Bonapartismus wie der Faschismus sind folglich nur Instrumente, die sich aber in der Sphäre des Politischen ganz unterschiedlich äußern. Es gibt also eine Zäsur, wenn der Faschismus an die Macht kommt.

Der wesentliche Unterschied zu Dimitroff liegt in Trotzkis Ansicht, dass das Finanzkapital nicht in der Lage sei, sich eine Regierung nach Belieben zu schaffen, sondern dass jede nicht proletarische Regierung gezwungen wäre, diesem zu dienen. Der Faschismus zeichnet sich anders als der Bonapartismus durch noch blutigere Repression, eigene Massenorganisationen und Massenbasis, eine eigene Sozialdemagogie sowie den Hass und Terror der Kleinbürger auf das Proletariat aus. Der Bonapartismus ist hingegen der starke Staat als Schiedsrichter, der »letztendlich die beiden extremen Lager disziplinieren soll«[11].

Besonders genau möchte Trotzki die Kategorien Bonapartismus und Faschismus aber auch nicht trennen. Er spricht sich immer wieder gegen starres Kategorisieren aus. So verwendet er für Faschismus den Begriff »Faschismus auf bonapartistischer Grundlage«, während die Regime von Giolitti und Brüning-Schleicher »Präventiv-Bonapartismus« seien, die Ausdruck des extrem labilen kurzlebigen Gleichgewichts zwischen den kämpfenden Klassen sind.

Ernest Mandel knüpft an Trotzkis Überlegungen an

Der wohl bedeutendste Trotzkist, nach dessen Tod war der Belgier Ernest Mandel. Er schrieb die Vorwörter der in (West-)Deutschland ab den 1960er Jahren wieder herausgegebenen Schriften Trotzkis. Mandel macht dort den Unterschied zwischen dem Faschismus auf der einen Seite und der »klassischen« Militärdiktatur bzw. Bonapartismus deutlich. Er vertieft noch einmal die Differenzen und Gemeinsamkeiten zwischen Trotzki und Thalheimer sowie Bauer.

In Mandels Vorwort zu »Schriften über Deutschland«, das später eigenständig publiziert wurde, wendet er Trotzkis Bonapartismus- und Faschismusüberlegungen auf die damalige BRD an. »Unter der Bedingung eines vorwiegend wohlhabenden und konservativen Kleinbürgertums fehlt einem Neofaschismus jede objektive Möglichkeit, sich eine breite Massenbasis zu erobern«. Satte Bürger schlagen sich nicht mit revolutionären Arbeitern oder radikalisierten Studenten auf der Straße, sondern rufen nach einer starken Polizei. Die Ausbildung einer faschistischen Bewegung oder eines Regimes in den Staaten des Westens hänge stark von der wirtschaftlichen Entwicklung ab. Ändere sich diese entscheidend in den »spätkapitalistischen Gesellschaften«, schlage erst das Pendel nach links. Wenn dann die Arbeiterbewegung versagt, hat die Rechte bzw. der Faschismus seine Chance. Vorher solle man sich von der noch nicht vorhandenen Gefahr nicht zu sehr faszinieren lassen.

Was bleibt?

Heute bilden in Europa die verschiedenen trotzkistischen Gruppen wahrscheinlich in der radikalen Linken die größte Gruppe bei denen, für die zumindest der Anfang der Sowjetunion noch ein positiver Bezugsrahmen ist. Zahlenmäßig sind die Trotzkisten aber nicht stark aufgrund ihres Leninismus, sondern weil sie im Rahmen ihres unermüdlichen, teils auch nervigen Agitierens immer präsent sind, als die ewigen Flugblattverteiler. Dabei lohnt sich auch heute noch die Beschäftigung mit Trotzkis Unterscheidung von Bonapartismus und Faschismus. Hinter einem neuen »Sicherheitsgesetz«, wie es andauernd in die innenpolitische Diskussion eingebracht werden, verbirgt sich nicht der neue Faschismus. Es reicht, das autoritäre Gesetz und die zugehörige Gesellschaftsvorstellung zurückzuweisen. Dasselbe gilt bei der Beurteilung autoritärer diktatorischer Regime in anderen Ländern. Nur weil in diesen Ländern Sozialisten, Demokraten oder Kommunisten blutig unterdrückt werden, verdienen die Regime nicht automatisch den Stempel Faschismus. Sie zu bekämpfen, als das was sie sind, blutige Diktaturen, die abgelöst gehören, reicht vollkommen aus. ■



Literatur:

Trotzki, Leo (1971): »Wie wird der Nationalsozialismus geschlagen? Auswahl aus »Schriften über Deutschland««. (Hrsg.) Helmut Dahmer. Europäische Verlagsanstalt. Frankfurt am Main

Trotzki, Leo (1971): »Schriften über Deutschland«. (Hrsg.) Helmut Dahmer. Europäische Verlagsanstalt. Frankfurt am Main

Wippermann; Wolfgang (1997): Faschismustheorien. Die Entwicklung der Diskussion von den Anfängen bis Heute. Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft

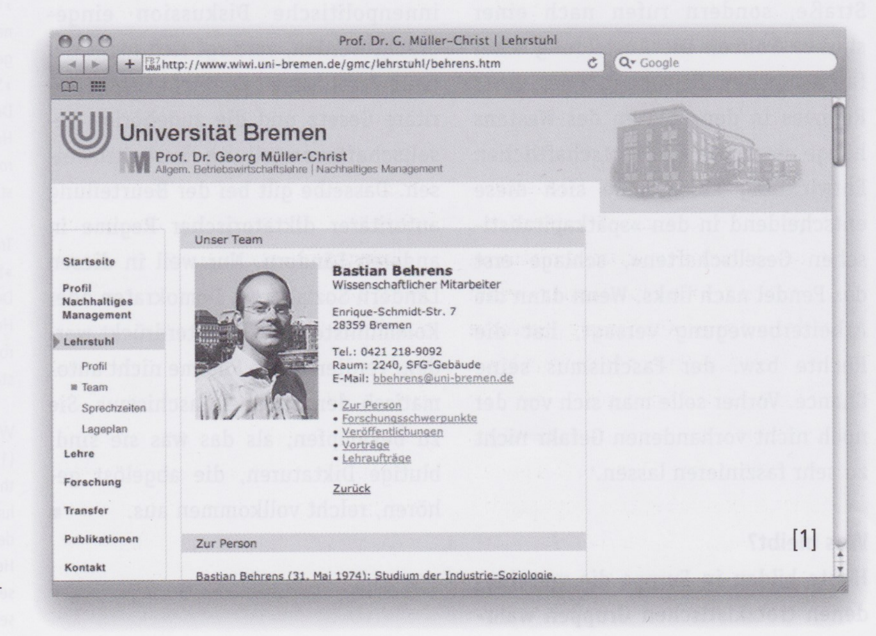
Anspruch auf Mitwirkung

Die »Bibliothek des Konservatismus«

Eine »Herausforderung zur Gegenbewegung« gegen die Achtundsechziger soll sie sein, sagt Dieter Stein. Ein »Ort der Begegnung«, der »Leser, Studenten und Jungakademiker« aus dem Umfeld der »Jungen Freiheit« (JF) zusammenführt, um der äußersten Rechten neue Verbundenheit und neue Schlagkraft zu verleihen. Eine wichtige Rolle bei der Neuformierung der bislang kaum existenten Rechtsaußen-Intelligenz schreibt der JF-Chefredakteur der »Bibliothek des Konservatismus« zu, deren Aufbau am Berliner Hohenzollerndamm er seit dem vergangenen Jahr organisiert. Den nötigen institutionellen Rahmen bietet die »Förderstiftung Konservative Bildung und Forschung« (FKBF), die der Münchener Adelsspross Caspar von Schrenck-Notzing einst begründete. Schrenck-Notzings Nachlass entstammt auch ein Großteil der Bücher, die den Grundstock der neuen Bibliothek bilden. Wenn man so will, führt Dieter Stein mit der Bibliothek des Konservatismus das Erbe des einst einflussreichen Rechtsaußen-Intellektuellen fort.

Caspar von Schrenck-Notzing entstammt einer der ältesten Münchener Adelsfamilien; das noble »Palais Schrenck-Notzing«, zu Beginn des 20. Jahrhunderts von Caspars Großvater in der Max-Joseph-Straße in der Münchener Innenstadt erbaut, lässt den traditionsreichen familiären Hintergrund erahnen. Bereits in den 1950er Jahren begann der 1927 geborene Schrenck-Notzing, in rechtsintellektuellen Zirkeln wie etwa der »Münchener Tafelrunde« für eine Revitalisierung dessen zu kämpfen, was er für »konservativ« hielt: für Haltungen und Werte rechts der Union. 1965 erschien sein erstes Buch »Charakterwäsche«, mit dem er sich in der Rechten sofort einen Namen machte. Darin warf er den USA eine »Umerziehung des deutschen Volkes« vor. Um der vermeintlichen Umerziehung und den Achtundsechzigern etwas entgegenzusetzen, deren Revolte er als »Sieg der transatlantischen Pop- und Medienkultur über die nicht mehr taufrische abendländische Hochkultur« begriff, gründete Schrenck-Notzing 1970 schließlich die Zeitschrift »Criticón«. Von Anfang an stand dabei der Gedanke im Mittelpunkt, rechtsintellektuelle Kreise jeglicher Couleur um das Blatt herum zu bündeln.

Schrenck-Notzings Bemühungen waren keineswegs erfolglos: Criticón spielte lange Zeit durchaus eine Rolle im rechtsintellektuellen Milieu. »Als ich 1984 als Schüler zum ersten Mal die Zeitschrift mit dem türkisfarbenen Umschlag in den Händen hielt, war ich sofort gebannt«, berichtete Dieter Stein kurz nach Schrenck-Notzings Tod im Januar 2009: »Criticón war der intellektuelle konservative Leuchtturm in einer vom linken Zeitgeist aufgepeitschten See der öffentlichen Meinung.« Ohne die Zeitschrift, meinte Stein, wäre die Gründung der JF »nicht denkbar gewesen«. Sein politisches Ziel hat Schrenck-Notzing dabei auch mit anderen Projekten verfolgt, vor allem mit seinem »Institut für Konservative Bildung und Forschung«. Vortragsveranstaltungen, Seminare und die Verleihung eines »Balthasar-Gracián-Preises« waren die Mittel, mit denen das Münchner Institut Rechts-Intellektuelle zu vereinen suchte; dabei orientierte sein Leiter in den 1980er und 1990er Jahren eine Weile auf die »Republikaner« und später auf den natio-



[1] Der Stiftungsfunktionär Bastian Behrens (Faksimile von der Webseite der Universität Bremen)



JUNGE FREIHEIT – Wochenzeitung aus Berlin: Caspar von Schrenck-Notzing gestorben

http://jungefreiheit.de/Single-News-Display.154+M5464ac3036e.0.html?&tx_ttnews[swords]=

JUNGE FREIHEIT

Erlesene Literatur finden Sie hier!

Startseite | Aktuelle JF | Abos | Leserdienst | Archiv | Freunde der JF | Verlag | RSS | Rundbrief | twitter

13. September 2009 | Politik | Kultur | Wirtschaft | Gesellschaft | Geschichte | Meinung

verschicken | ausdrucken | Leserbrief schreiben

Nachrichten

Caspar von Schrenck-Notzing gestorben

BERLIN. Der konservative Publizist Caspar Freiherr von Schrenck-Notzing ist tot. Er starb am Sonntag im Alter von 81 Jahren nach kurzer, schwerer Krankheit.

1970 gründete der Münchner Historiker und Soziologe die Kulturzeitschrift *Criticón*, die schnell zum Sprachrohr der konservativen Intellektuellen in der Bundesrepublik wurde.

Schrenck-Notzing versuchte zeit seines Lebens, durch sein publizistisches Wirken ein konservatives Gegengewicht zu den Auswirkungen der amerikanischen Umerziehung nach dem Zweiten Weltkrieg und dem Geist der „Neuen Linken" nach 1968 zu schaffen. Vor allem sein Werk „Charakterwäsche" (1965) gilt als fundierte Kritik an der Umerziehung und deren politischen und kulturellen Langzeitwirkungen.

Gründung der Förderstiftung Konservative Bildung und Forschung

Zu den Autoren von *Criticón* gehörten neben Armin Mohler auch Publizisten wie Günter Rohrmoser, Klaus Hornung, Karlheinz Weißmann und Alexander Gauland, die Philosophen Alain de Benoist und Gerd-Klaus Kaltenbrunner sowie der Journalist Gerhard Löwenthal. Nachdem 1998 Herausgeber und Chefredakteur wechselten, wandelte sich *Criticón* allerdings zum Wirtschaftsblatt und verlor seine Bedeutung.

Im Jahr 2000 gründete Schrenck-Notzing die „Förderstiftung Konservative Bildung und Forschung", die sich vor allem um konservative Bildung, Erziehung und Wissenschaft bemüht. 2005 erhielt Schrenck-Notzing den Gerhard-Löwenthal-

[2]

[2] Der Nachlass von Caspar von Schrenck-Notzing bildet den Grundstock der Bibliothek des Konservatismus (Faksimilie von der Internetseite der neurechten Zeitschrift »Junge Freiheit«)

nalliberalen »Bund freier Bürger«. Daneben gründete Schrenck-Notzing eine »Förderstiftung Konservative Bildung und Forschung«, die er bis 2007 leitete. Die Stiftung dient der Erforschung des Konservatismus und gab von 2004 bis Anfang 2008 eine eigene Zeitschrift heraus (»Unsere Agenda«).

Vor allem aber entfaltet die Förderstiftung zweierlei Aktivitäten. Sie verleiht zum einen seit 2004 den »Gerhard-Löwenthal-Preis für Journalisten« – in Kooperation mit der Jungen Freiheit, weshalb es nicht besonders verwundert, dass neben bekannten konservativen Publizisten wie Herbert Fleissner und Peter Scholl-Latour vor allem Junge Freiheit-Autorinnen und -Autoren wie Thorsten Hinz, Stefan Scheil, Thomas Paulwitz oder Ellen Kositza ausgezeichnet werden. Zum anderen ist sie Trägerin der neuen Bibliothek des Konservatismus, die seit 2008 am Hohenzollerndamm in Berlin aufgebaut wird. »Bibliotheken und Orte des akademischen Austauschs für Konservative« seien »noch immer rar«, schreibt die Förderstiftung, die zum Ziel hat, mit ihrer Bibliothek ein neues Zentrum für Rechtsintellektuelle zu etablieren – ganz im Sinne ihres am 27. Januar 2009 verstorbenen Initiators Schrenck-Notzing, dessen früherer Privatbibliothek die ersten 30.000 Bände entstammen. Über die Zielsetzung schreibt JF-Chefredakteur Dieter Stein, der im Jahr 2007 den Stiftungsratsvorsitz übernommen hat: »Eine konservative Forschungsbibliothek in der Hauptstadt und in Universitätsnähe artikuliert einen Anspruch auf wissenschaftliche und politische Mitwirkung«. Spätestens 2011 soll die Bibliothek ihre Türen für das Publikum öffnen.

Die praktische Umsetzung liegt vor allem in den Händen von Bastian Behrens, der sich bei der Stiftung um die Presse, die Öffentlichkeitsarbeit und die Förderer zu kümmern hat. Er dürfte damit eine ganze Menge zu tun haben – schließlich ist er auch bei der JF für Pressekontakte und Kommanditisten zuständig. Dafür hat er allerdings auch ganz solide Vorkenntnisse. Behrens war vor seinem Einstieg bei der Förderstiftung Konservative Bildung und Forschung Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Forum Philanthropie der Universität Bremen, wo er sich unter anderem auf Public Relations und Fundraising spezialisiert hat. Den Umgang mit der Presse hat er darüber hinaus auch in der Praxis gelernt – als Pressesprecher des VVDSt (»Verband der Vereine Deutscher Studenten«), eines völkisch geprägten Dachverbandes von Studentenverbindungen. »Wir sind stolz auf unsere 125-jährige Geschichte«, betonte im Sommer 2006 der VVDSt-Vorsitzende explizit. Das ist nicht ganz selbstverständlich, denn die Vereine Deutscher Studenten wurden 1881 gegründet, um im damaligen »Antisemitismusstreit« die Position der Antisemiten um Heinrich von Treitschke zu stärken. Der Historiker Treitschke hatte die Auseinandersetzung 1879 mit einem Pamphlet ausgelöst, in dem er schrieb: »Die Juden sind unser Unglück!«

Es bleiben noch zwei Aspekte zu erwähnen. In der Bibliothek des Konservatismus wird nicht zuletzt auch ein Anti-Antifa-Archiv aufgebaut. »Erkenntnisse dieser Forschungsarbeit werden in Dossiers regelmäßig veröffentlicht«, hat Dieter Stein den Förderern im April mitgeteilt. Und: Die Förderstiftung unterhält ihr Konto beim Kölner Bankhaus Sal. Oppenheim, einem als besonders elitär geltenden Finanzinstitut. Die Crème de la Crème der deutschen Wirtschaft lässt ihre Millionen dort verwalten. »Unsere Zielgruppe sind die 10.000 reichsten Deutschen, die über 50% des gesamten Vermögens der deutschen Bevölkerung verfügen«, erklärt ein Spitzenfunktionär der Bank. Vermutlich hat der Adelsspross von Schrenck-Notzing die Kontakte zum Adelsspross von Oppenheim hergestellt – Adel verpflichtet eben. Die Rechtsaußen-Förderstiftung und ihr Stiftungsratsvorsitzender Dieter Stein befinden sich bei Sal. Oppenheim jedenfalls in bester Gesellschaft. ■

Coburg und sein Convent

Rechter Konsens in Aktion

Der Coburger Convent (CC) ist ein Zusammenschluss von annähernd 100 pflichtschlagenden und farbentragenden Studentenverbindungen. Unter seinem Dach versammeln sich vorwiegend Landsmannschaften, aber auch Turnerschaften aus Deutschland und Österreich. Der Verband zählt insgesamt rund 1600 Aktive und circa 11600 Alte Herren. Mehrere Tausend Anhänger treffen sich jedes Jahr in Coburg zum Pfingstkongress. Es ist damit das größte regelmäßige Treffen von Korporationsstudenten überhaupt.

Ein Text des Vorbereitungskreises gegen den Coburger Convent

www.coburgerconvent.blogsport.de

Klassenkampf

Aber nicht nur auf Grund seiner Größe ist es wichtig sich mit dem CC zu befassen. Obwohl der Verband stets darum bemüht ist, sich von extrem rechten oder rechtsoffenen Burschenschaften und deren Dachverbänden zu distanzieren, hat mensch es bei genauerer Betrachtung mit eben denselben Männerbünden zu tun. Wie jeder studentischen Korporation, ist dem CC daran gelegen, eine nationale Elite heranzuziehen, die stramm konservativ die Privilegien der herrschenden Klasse in Deutschland verteidigt. Anzunehmen, es ginge hierbei um die Konservierung von Werten, wäre schlichtweg falsch. Vielmehr geht es um ein Verständnis von Volk und Nation, welches den Rassismus und Chauvinismus des großdeutschen Reiches mit einschließt. Deutsch ist nicht wer einen Pass der BRD hat, sondern der, der dem sogenannten deutschen Kulturkreis zugehörig ist und darüber hinaus deutsches Blut hat. Die Rolle der Frau in dieser Konstruktion ist ebenfalls so geläufig wie primitiv: Sie muss neben dem Herren gut aussehen und hat ihren Platz am Herd. Einen besonderen Stellenwert hat natürlich das akademische Selbstbewusstsein der Brüder. In ihm verdeutlicht sich die Abgrenzung vom Pöbel, vom Proletariat. Stolz sieht man sich als Vertreter seiner Klasse und spart nicht mit Kritik an der Vermassung der Universitäten, am Verlust der Exklusivität der Bildung. Das Verbindungsstudententum ist klar politisch und leistet somit einen wesentlichen Beitrag in der, an sich unpolitischen Marktwirtschaft: Den offenen Klassenkampf gegen Unten.

Freunde fürs Leben

Das Lebensbundprinzip der Verbindungen ist einerseits dazu da, Seilschaften aufzubauen und zu nutzen und zum anderen Ausdruck eines typisch deutschen Ehre-Treue-Zugehörigkeitsdenkens. In den ersten Jahren nach der Aufnahme in eine Korporation werden den Mitgliedern die Prinzipien ihres neuen Lebens in den Körper geschrieben: Dienen in strenger Hierarchie, Fechten für die Narbe im Gesicht, weniger Kontakt mit Menschen außerhalb der Verbindung.

Auch die häufig thematisierten Saufgelage dienen nicht dem Spaß, sondern dem höheren Zweck: Der Einübung der Diszipliniertheit militärischer Präzision. So haben ältere Verbindungsbrüder gegenüber jüngeren Füchsen die Möglichkeit, diese auf Kommando trinken zu lassen oder andere Bierstrafen zu verhängen. Wer auf die Toilette muss, braucht dazu eine Erlaubnis. Das Trinken soll Kontrolle über den Körper vermitteln. Das Produkt des Verbindungslebens muss somit der Soldat sein.

Der Pfingstkongress

Jährlich treffen sich in Coburg tausende Studenten und Alte Herren des Coburger Convents um sowohl Interna zu debattieren, als auch sich nach außen zu präsentieren und gemeinsam in nationaler Eintracht zu feiern. Eine der zentralen Zeremonien ist dabei das Totengedenken am Pfingstsonntag. Dabei ziehen die Chargierten der Verbindungen in den Hofgarten zum Ehrenmal des CC, legen Kränze nieder und lauschen der stets kriegsverherrlichenden Rede der präsidierenden Verbindung. So z.B. der von Jörg Schüren (Landsmannschaft Tetonia Bonn): Auch die Bundesbrüder denen wir heute Gedenken schworen Treue »ganz früher den Landesfürsten und Königen, später dem Kaiser, dann der Reichsverfassung, zuletzt dem teuflischen Diktator. Haben sich die Zeiten auch gewaltig geändert (...), Soldaten hat es immer gegeben. (...) Immer standen deutsche Männer unter Waffen, immer verpflichteten sie sich zum treuen dienen. (...) Einstehen und bereitstehen für die Gemeinschaft, für die Ideale, für den Frieden.« Zum Schluss wird auch deutlich, dass sich das nicht ändern wird, denn bis Frieden herrscht «werden wir Sol-

daten brauchen, die nur durch ihr treues Dienen (...) dem Frieden dienen können.«

Der CC ist dem Militarismus in seinen verschiedenen Ausprägungen gegenüber sehr offen. Neben dem Totengedenken am Ehrenmal des CC kommt die militärische Tradition beim alljährlichen Fackelmarsch am Montag Abend am deutlichsten zum Ausdruck. Bei diesem Ritual paradieren sämtliche angereisten Burschen mit Marschmusik, Fackeln und teilweise in vollem Wichs (also in der jeweiligen Fantasie-Uniform, samt Stiefel und Degen) durch die nächtliche Kleinstadt. Bevor sie alle am Marktplatz ankommen, laufen sie auf einer Route, die vor ihnen schon die SA mit Fackeln beschritten hat. Im Herzstück von Coburg gibt es dann erneut eine Rede der Präsidierenden, die standesgemäß vom Balkon des Rathauses gehalten wird. Dann singen alle gemeinsam mit der Coburger Bevölkerung mindestens die Deutschland-Hymne.



Foto: Björn Kietzmann

Widerstand

Gegen all das gab es in der Vergangenheit antifaschistische Proteste - wenn auch in unterschiedlicher Qualität und mit Zäsuren. Während in den 1990ern das Ehrenmal des CC umgestürzt wurde und zahlreiche Autos von Burschis umgestaltet wurden, war es nach der Jahrtausendwende still in der Provinz. Seit 2004 gibt es wieder organisierte Proteste gegen den Convent und 2009 wurde erstmals überregional mobilisiert. Die diesjährige Demonstration mit 400 Teilnehmer_innen kann durchaus als Erfolg gewertet werden, da eine Info-Tour im Vorfeld die in den letzten Jahren etwas eingeschlafene Auseinandersetzung mit dem Thema Studentenverbindungen in der Linken wieder reaktivieren konnte.

Auch die Lokalpresse hat mit ihrer (selbstverständlich nicht im antifaschistischen Sinne) parteiischen Berichterstattung den Diskurs angeheizt und die Proteste unfreiwillig unterstützt. Leider führte die im Vergleich zu den Vorjahren größere Mobilisierung auch zu starker Repression, die sich in Kombination mit dem Bayrischen Versammlungsgesetz in Massenkontrollen, rigiden Versammlungsauflagen und der Allgegenwart der bayerischen Polizei ausdrückte. Dies beeindruckte selbst die liberalen Teile des Coburger Bürgertums, so dass an die Stelle einer inhaltlichen Auseinandersetzung die vorauseilende Distanzierung von linker Gewalt trat. Doch mit einem gewissen zeitlichen Abstand zu den Ereignissen um den Pfingskongress ist zu erwarten, dass sich bis zum nächsten Jahr ein Diskurs entwickeln wird.

Eine Problematik, die zu diskutieren bleibt, ist das Verhältnis der Stadt zum CC. Der Oberbürgermeister Norbert Kastner und der Bundestagsabgeordnete Carl-Christian Dressel (beide SPD und Angehörige der rechten Schülerverbindung Casimiriana) begrüßen den CC offiziell und marschieren beim Fackelmarsch mit. Außerdem erhält die Stadt jährlich ein prophylaktisches Bußgeld vom Verband, um Beschwerden über Verunreinigungen und Sachbeschädigungen vorzubeugen. Des weiteren kann von den Kongressteilnehmern Infrastruktur (Schulen, Rathaus, öffentliche Plätze etc.) uneingeschränkt für ihre Zwecke genutzt werden. Den Protesten werden im Gegenzug nicht nur von den Behörden regelmäßig Steine in den Weg gelegt: Das Bürgertum solidarisiert sich zu großen Teilen immer wieder mit den Herren Akademikern, wenn Kritik geäußert wird oder revisionistische Spektakel gestört werden. Diese Solidarität wurde schon des öfteren praktisch, wenn große Gruppen von Neonazis dem Fackelmarsch beiwohnten. Offenbar ist es vielen Coburgern recht, wenn NPD-Kader wie Peter Schreiber (tätig für die »Deutsche Stimme«, früher Sprecher der rechtsextremen Coburger Runde und jetzt für die NPD Sachsen aktiv) oder Johannes Hühnlein (NPD Oberfranken sowie Kandidat für die Bundestagswahl) in ihrer Mitte die reaktionären Festivitäten des Coburger Convents mitfeiern. Der CC selbst steht also dem rechten Rand um einiges näher, als seine Vertreter zugeben mögen.

Den Pfingstkongress in Coburg zu sehen, heißt den rechten Konsens in Aktion erleben. Eine rechts-konservative Elite feiert sich selbst mit aktiver Unterstützung einer bayrischen Kleinstadt, die schon immer etwas besonderes war: 1929 wählte Coburg als erste Stadt die NSDAP mit absoluter Mehrheit. Dass gegen diese Zustände auch in Zukunft antifaschistische Proteste notwendig sind steht für uns außer Frage. Alle kritisierenswerten Elemente, die aus dem Verbindungswesen herrühren finden sich sowohl bei Landsmannschaften als auch bei Burschenschaften in identischer Form. ■

Das Institut für Staatspolitik

Fritz Burschel

Das »Institut für Staatspolitik« (IfS) gilt als eine der wichtigsten Institutionen der neurechten Formierung und bewegt sich in jener Grauzone zwischen Konservatismus und Neofaschismus, wo auch die »Junge Freiheit« und die Internet-Schülerzeitung »Blaue Narzisse« den rechten Aufbruch propagieren. Wie weit dabei die Schnittmengen in das rechte bürgerliche Lager reichen, offenbart ein Blick auf die Liste der Referenten der Winter- und Sommerakademien und des »Berliner Kollegs«, welche das IfS seit seiner Gründung im Mai 2000 regelmäßig ausrichtet. Das liest sich wie das »Who is who« der rechtesten der deutschen Rechten: der geschasste Bundeswehr-Brigadegeneral des Kommandos Spezialkräfte (KSK), Reinhard Künzel, darf da ebenso wenig fehlen wie 1968er-Renegat Bernd Rabehl, der einstige bundesrepublikanische Großhistoriker Ernst Nolte, das reaktionäre CDU-Urgestein Arnulf Baring, die ultrarechte sächsische Skandalnudel, Ex-CDU-Mann Henry Nitzsche, Islamismus-Paranoiker Udo Ulfkotte, sein stockkonservativer einstiger FAZ-Kollege Karl Feldmeyer und natürlich Neurechten-Vordenker Alain de Benoist.

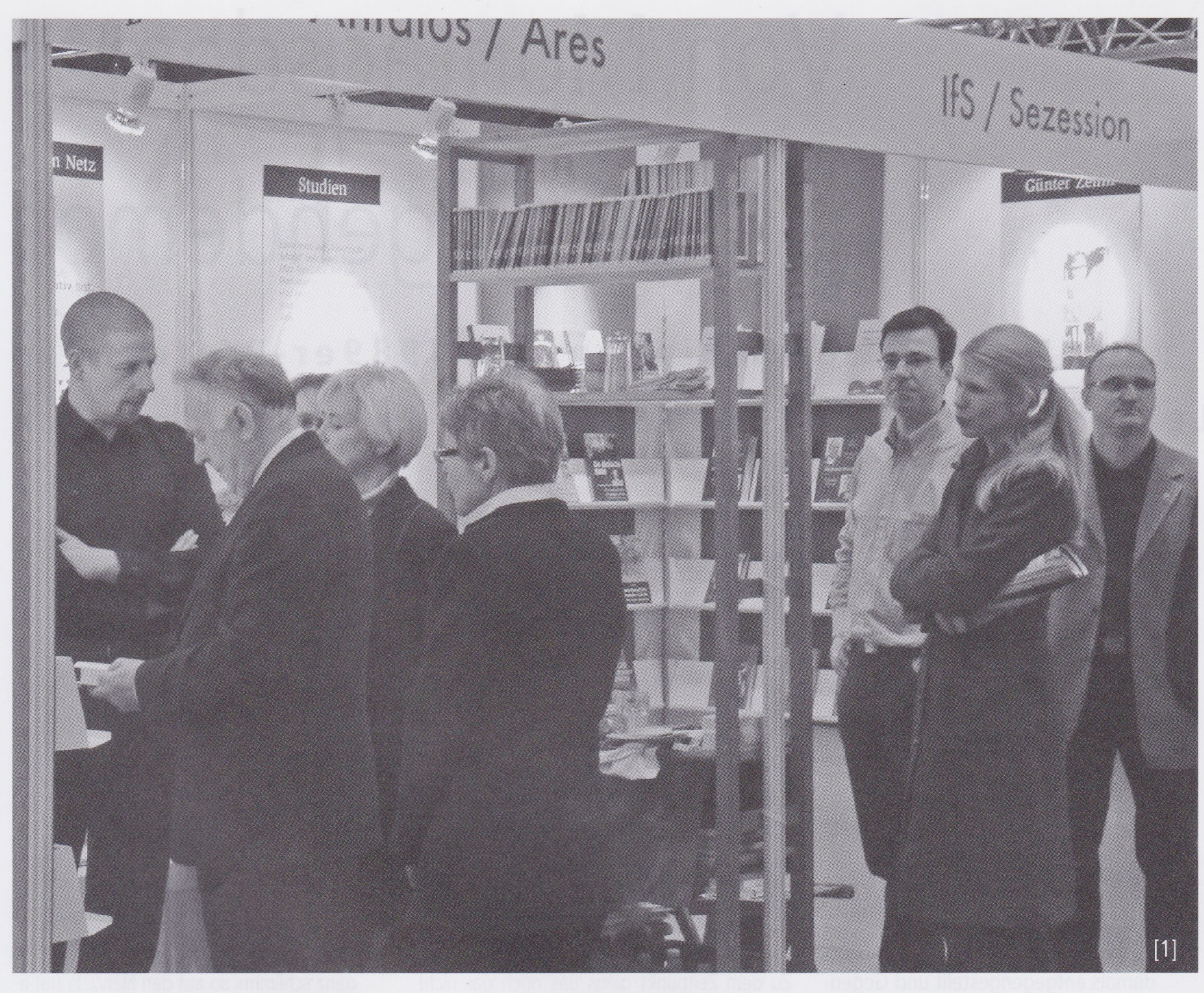
Seit Ende 2008 ist Erik Lehnert Chef dieses rechtsradikalen Think-Tanks, dessen eigentlicher Sitz das Rittergut Schnellroda in Sachsen-Anhalt ist. Das Gut gehört Götz Kubitschek, einem rechtsintellektuellen Haudegen und bisherigen Leiter des IfS. Es heißt, der 38-jährige Reserve-Oberleutnant und Herausgeber des hauseigenen Periodikums »Sezession« werde sich wieder mehr seiner, bewusst an Rudi Dutschke angelehnten, »Konservativ-Subversiven Aktion« (KSA) widmen. Die Störung einer Günter-Grass-Lesung in Hamburg und eines 1968er-Kongresses in Berlin 2008 hatten ihm viel Aufmerksamkeit eingebracht. Die Führung des Instituts hat er nun dem promovierten Philosophen Lehnert anvertraut, der seit einigen Jahren schon ständig als Autor des IfS präsent ist und mit Kubitschek, dessen Frau Ellen Kositza, dem Gymnasiallehrer Karlheinz Weißmann und einer Handvoll anderer den Kern der neurechten Kaderschmiede bildet. Zum Institut gehören der Verlag »Antaios« und der Internet-Blog »Sezession im Netz« (»Den wahren, guten und schönen Rechten ein Tagebuch«). Es sagt viel, dass Bücher aus dem Verlag, herausgegeben von Lehnert und Neurechten-Vordenker Günther Maschke, in der »Frankfurter Allgemeinen Zeitung« wie selbstverständlich besprochen werden, ohne den bedenklichen Hintergrund der Edition auch nur zu erwähnen.[1]

1| FAZ vom 8.6.09: »Ich warne sie ernstlich«

Der 34-jährige Lehnert und seine Frau hatten Anfang Mai alle Hände voll zu tun, von zuhause in Friedrichshagen aus, die Teilnehmer des »17. Berliner Kollegs« des IfS telefonisch zum geheimen Tagungsort, wie wir heute wissen, in Kreuzberg zu dirigieren. Hatte vergangenes Jahr für Empörung gesorgt, dass das IfS-Kolleg in der altehrwürdigen »Urania« stattfinden konnte, gelang es dieses Jahr mit Protesten, das offizielle Kolleg zu verhindern.

Dreh- und Angelpunkt neurechten Denkens ist die »kulturelle Durchmischung von Einwanderungsgesellschaften«. In einem programmatischen Text des Instituts mit dem Titel »Meine Ehre heißt Reue« wird bis an den Rand von Antisemitismus und Holocaustleugnung argumentiert. »In Deutschland ist diese Geschichtsschreibung in zentralen Punkten sogar juristisch geschützt. Die Durchsetzung und Überwachung liegt aber – wie in anderen Ländern auch – in der Hand einflußreicher Netzwerke und Lobby-Gruppen.« In der »globalen Monokultur« bildeten die Deutschen »als ›Tätervolk‹ den negativen Mittelpunkt dieser transnationalen Erinnerungsstruktur«, die durch »Schuldkult« und »Schuldlust« im »Holocaustgedenken zur neuen Weltreligion« reife. Die anonymen Autoren kommen zu dem Schluss, man lebe – in Anlehnung an den umstrittenen NS- und Nachkriegs-Philosophen Arnold Gehlen – in einem »Reich der Lüge«. Fazit: »Die deutsche Nation muss unter allen Umständen auf solchen Stolz und solche Lust verzichten, wenn sie nicht an ihr Ende gelangen möchte.«

Viele von Lehnerts rund 50 Beiträgen im Instituts-Blog sind unverfänglich, nehmen Gesine Schwan, Martin Mosebach oder Mecklenburg-Vorpommerns Ministerpräsident Sellering auf die Schippe und könnten ohne weiteres in der einschlägigen Bürgerpresse der Republik stehen oder zumindest in der »Jungen Freiheit«, wo Lehnert auch gelegentlich zu lesen ist. Aber auch, wo er bürgerliches Feuilleton mimt, tritt die extrem rechte Ideologie zutage. So greift er den Streit um das baden-württembergische CDU-Liederbuch auf, in welchem das die Hitler-Armee verherrlichende »Panzerlied« veröffentlicht und nach Protesten eingestampft wurde. Genüsslich zitiert Lehnert das degoutante Machwerk: »Wenn vor uns ein feindliches / Heer dann erscheint, /Wird Vollgas gegeben / Und ran an den Feind / Was gilt denn unser Leben / Für unseres Reiches Heer? / Ja Reiches Heer / Für



[1] Götz Kubitschek, (1.v.l.); Wolfgang Böhmer, Ministerpräsident von Sachsen-Anhalt (2.v.l.); Erik Lehnert, (3.v.r.); Ellen Kositza, (2.v.r.) am 13. März 2009 auf der Buchmesse in Leipzig

Deutschland zu sterben / ist uns höchste Ehr.«

Und die Lehnerts versuchen offenbar in ihrem sozialen Nahumfeld gezielt zu unterwandern und sorgen so in Friedrichshagen für viel Verunsicherung. So tauchte der als sehr umgänglich und nett beschriebene Mittdreißiger beim »Kulturhistorischen Verein Friedrichshagen« auf und wollte mittun. Der kleine Kulturverein, der sich mit etwa 15 Mitgliedern um das Erbe des »Friedrichshagener Dichterkreises« (Peter Hille, Bruno Wille und Wilhelm Bölsche) kümmert, ist für jeden Neuzugang dankbar. »Manchmal hab ich mich schon gefragt, ob er das jetzt ernst meint«, erinnert sich Vereins-Geschäftsführer Rolf Lang, wenn Lehnert sich etwa voller Sympathie über den verunglückten FPÖ-Chef Jörg Haider äußerte. Es dauerte lange, bis die Dichterpfleger begannen nachzufragen, im Internet zu recherchieren und die von Lehnert immer mal mitgebrachten Druckausgaben der »Sezession« zu lesen. »Als er vorschlug, eine Ausstellung zum Weimarer Bauhaus-Abwickler der Nazizeit, Paul Schulze-Naumburg, zu machen, haben die Alarmglocken bei mir geschrillt«, erzählt Lang. Er stellte ein Ultimatum: »Lehnert oder ich!«. Der Verein hat sich nach diesem feindlichen Übernahmeversuch noch kaum erholt, aber doch von Lehnert getrennt.

Einen ähnlichen Verlauf nehmen derzeit Auseinandersetzungen in der Evangelischen Gemeinde in Friedrichshagen: erst nachdem Mitglieder der Kirchengemeinde darauf gedrungen hatten, setzte man sich mit dem »netten« Kirchenbanknachbarn auseinander. Es soll jetzt eine gemeindliche Charta gegen menschenfeindliche Ideologien verabschiedet und Informationsveranstaltungen organisiert werden.

Die Müggelsee-Gemeinde im Berliner Stadtteil Treptow-Köpenick ist längst zu einer grünen Vorort-Ort-Bastion für wohl situierte Bildungsbürger und Beamte geworden, die wenig Interesse an politischem Zoff haben. Ein kleiner versprengter Haufen »Aufrechter« hat sich erst vor einem Jahr zum Bündnis »Friedrichshagen ist bunt« zusammengefunden und am Bahnhof, an einer großflächigen Betonwand direkt gegenüber dem S-Bahn-Zugang, ein antifaschistisches Graffito »Willkommen in der Go-Area« durchgesetzt. Nun droht auch das Bündnis über den Streit um Lehnert zu zerbrechen. Und das Graffito am Bahnhof ist sinnfälliger Weise just hinter einer blitzblanken Klinkermauer verschwunden, dem Stolz der pingeligen Spießbürger vor Ort. ■

Von Montagsdemos zu Gegendemos

Das nationale Umkippen der 1989er-Proteste in Leipzig und die kaum bekannten Proteste dagegen

Die Leipziger Montagsdemos gehören zum Kern der Revolutionsmythen um 1989. In diesen offiziellen Erlösungs-Geschichten ist kein Platz für die Tatsache, dass sich auf diesen Demos auch der gesamtdeutsche nationale Wahn seine Bahn brach. Eine Minderheit von linken Jugendlichen hatte sich dem bereits damals entgegengestellt und Gegendemos gestartet. Wir haben uns mit einer Teilnehmerin der damaligen Aktionen über das Geschehen unterhalten.

Aus welchen Gründen hast du dich an den Aktivitäten im Herbst 1989 beteiligt?

Am Anfang haben wir das Ganze relativ aus der Ferne betrachtet, weil es da hauptsächlich um die Ausreisewilligen ging. Die haben einen Umschwung, der schon zu spüren war, für sich genutzt. Eher aus Interesse, was da abläuft, sind wir zum Montagsgebet in die Nikolaikirche gegangen. Wir fanden das aber peinlich mit dem »Wir wolln hier raus« und dass da Leute ihre Einzelschicksale rübergebracht haben. Dann gab's diesen Montag, wo sich die Leute nach dem Gebet nicht vertreiben ließen. Diesmal standen alle da, und ohne dass jemand vorher wusste: heute ist 'ne Demo, war klar: wir gehen los. Das war die erste Montagsdemo, im September, ganz ungeplant. Wir als junge Leute fanden das einfach geil, dass man so eine Demo machen konnte, die vorher nie denkbar war, die immer im Ansatz zerschlagen wurde.

Zu dem Zeitpunkt gings uns noch gar nicht um eigene Inhalte, sondern um so ein Gefühl von »hier geht jetzt was«. Erst später sind wir dann mit Transparenten hingegangen. Das erste, das wir an die Kirche gehangen haben, war zwar nicht revolutionär, aber schon kritisch: gegen Faschismus, für eine bessere Gesellschaft. Das wurde von der Polizei sofort abgehangen, sowas wurde weniger geduldet als »Freiheit für die Inhaftierten« oder Kerzen.

Was für eine Gruppe meinst du, wenn du von »Wir« sprichst?

Die hat sich seit Mitte der 1980er im »Mockauer Keller« entwickelt, einer Kirche mit einem ziemlich coolen Sozialarbeiter. Dort konnten wir uns treffen, ohne ständig kirchlich behelligt worden zu sein. Wir haben da ein autonomes Cafe gemacht und daraus hat sich dann eine Szene entwickelt. Die hat sich vor allem zur Hardcore-Bewegung zugerechnet, es gab aber auch Alternative und ein paar Leute aus den Kirchenkreisen. Wir haben da Konzerte veranstaltet, daraus sind dann auch die politischen Sachen entstanden. Das war so eine Mischung aus der Kulturschiene und den politischen Sachen.

Zurück zu den Demos – was für Forderungen wurden da am Anfang gestellt?

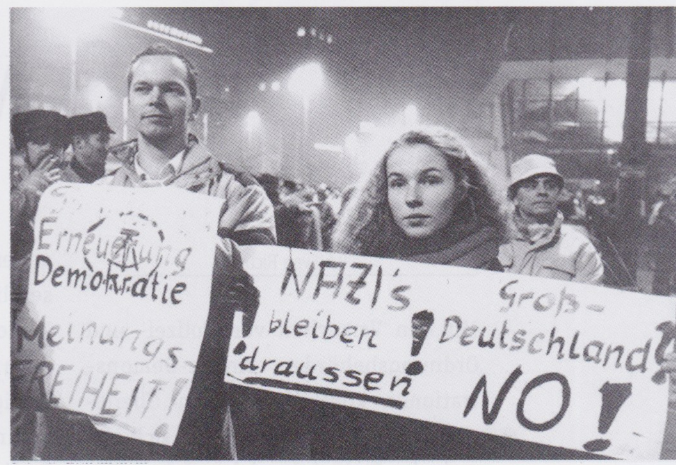
Am Anfang ging es um »Wir wollen raus«. Irgendwann wurde daraus aber »Wir bleiben hier«. Uns ging das ständige ins-Mikro-Gejammer »wir wolln raus, es ist alles ganz schlimm« so auf den Nerv, da hat irgendwann jemand angefangen zu rufen: »Wir bleiben hier« – und das fanden dann alle gut und haben es mitskandiert.

Wie hat sich das dann weiterentwickelt?

Bis zum 2. Oktober waren vor allem Leute auf den Demos, die man eigentlich kannte. Abgesehen von den Ausreisewilligen waren das so »typische Stadtgesichter«, die man von Parties kannte, Künstler, Leute aus verschiedenen politischen Gruppierungen wie dem Neuen Forum. Am 2. Oktober waren's dann schon viel mehr, vom Eindruck her vor allem Liberale, Künstler, Musiker. Es waren nicht mehr vor allem junge Leute wie am Anfang – aber auch noch nicht die normalen Bürger. Die kamen erst am 9. Oktober.

Dazwischen kam der 7. Oktober [40-Jahre-DDR-Feier], der wirklich ne Wende für viele war, weil da das erste Mal die Polizei mit Helm, Schild und Schlagstock Präsenz gezeigt hat und Leute zusammengeprü-





gelt hat, die am Rand standen. Und es gab Gerüchte, dass Blutkonserven gesammelt würden, dass Panzer gesehen wurden, dass in den Betrieben und Schulen alle Leute belehrt worden seien, am Montag nicht zu der Demo zu gehen. Wir haben wirklich damit gerechnet: wir sind 500 und werden alle verhaftet. Wir sind trotzdem hingegangen und da waren es eben 70.000.

Als das so viele Leute waren, gab es eine ganz große Euphorie, da hat man dann erstmal nicht geguckt, ob man an den Leuten um einen herum Kritik hätte. In den ersten Reihen waren es ganz junge Leute, die sich die Demokultur aus dem Westen abgeguckt hatten, also mit Helm und Ketten bilden. Später hat sich dann zwar rausgestellt, dass einige von den Leuten, mit denen wir in den ersten Reihen standen, bei den Faschos gelandet waren. Aber es war eben erstmal nur klar: wir sind gegen dieses Land und gegen diese Politik. Später waren wir schon baff, dass nicht alle das gleiche wollten wie wir, die wir uns eher als Linke oder Anarchisten begriffen haben. Es war ein bisschen ein Schock, dass es in so viele Richtungen gehen kann, gegen den Staat zu sein.

Wann sind die Nazis das erste Mal offen aufgetreten?

Es gab Anfang November diese Stände der Republikaner, die aus dem Westen anreisten und ihr Material verteilt haben. Man hat versucht, denen das Material wegzunehmen, aber die sind wirklich wie Pilze aus dem Boden geschossen, das waren so viele, da hat man gar keine Chance mehr gehabt. Man wollte ja auch noch diese Demo mitmachen und sich nicht nur um Neonazis kümmern. Was uns auch schockiert hat, war, dass das den Leuten aus den Händen gerissen wurde. Schon Mitte November gab es dann das erste Mal einen Neonaziblock, der klar erkennbar war, an den Klamotten, den Sieg-Heil-Sprüchen und am gehobenen Arm.

Ab dann war euch klar, dass ihr da nicht mehr mitlaufen wolltet?

Ja, das war Mitte November, kurz nach der Grenzöffnung. Da wurden Leute ausgebuht, die Redebeiträge gegen Ausländerfeindlichkeit gehalten haben. Und da ging es los mit den riesigen Deutschlandfahnen und Sprüchen für Wiedervereinigung. Wir, 50 Leute vielleicht, haben angefangen, denen die Fahnen runterzureißen und haben rumgepöbelt. Dann ging diese Demo los und wir wussten, wir können da definitiv nicht mitlaufen. Wir sind stehengeblieben, wortlos, wütend, geschockt. Wir wollten aber auch nicht nach Hause gehen, weil wir ja eigentlich an diesen Demos teilnehmen wollten. Und da haben wir uns entschieden, dem Pulk entgegen zu gehen.

Wir sind dann in die andere Richtung um den Ring gelaufen, haben uns vor das Rathaus gestellt und gewartet, bis die kommen. Und als die kamen, haben sie uns angebrüllt, wir wären Stasikinder, oder das letzte Aufgebot der FDJ. Man muss dazu sagen, dass wir alle ziemlich punkig aussahen, also bunte Haare usw. Für den normalen Bürger war ganz klar erkennbar, dass wir definitiv nicht von der FDJ oder Stasi hätten sein können. Wir kannten uns ja auch fast alle, da hätte sich kein Trupp druntermischen können.

Ein paar Montage darauf war es schon so, dass der Demozug vom Neonaziblock angeführt wurde. Natürlich konnten bei 250.000 Leuten nicht alle wissen, dass vorne 200 Neonazis laufen. Aber es spricht natürlich für sich, dass die das anführen konnten. Das endete dann damit, dass die uns durch die Stadt gejagt haben und wir uns in der Mensa verbarrkadieren mussten. Da war uns klar: wir können uns da nicht mehr hinstellen.

Wie siehst du die Entwicklung 89 mit deinem heutigen Blick?

Ich gehörte ja zu den kritischen Jugendlichen und wir haben von Anfang an den Staat mit seiner Kontrolle und seinen Beschränkungen stark zu spüren bekommen. Dass sich das geändert hat, war für uns der große Erfolg, und dass wir ein Stück dazu beigetragen haben, war auch toll. Nur hatten wir halt nie eine Idee, was nach der DDR hätte kommen sollen. Wir wollten ja keine Wiedervereinigung, wir hatten uns mit der Politik im Westen ja auseinandergesetzt. Bis auf mehr Freiheiten, zum Beispiel raus zu können, fanden wir das politisch ja nie gut. Man sollte halt, wenn sich eine Gesellschaft ändert, nicht nur gegen etwas sein, sondern auch für etwas, damit man reagieren kann, wenn's plötzlich soweit ist. ■

Soviel Zeit muss sein

RA Sven Richwin

Mit den Versuchen von Polizei- und Ordnungsbehörden, Antifa-Demonstrationen kontrolltaktischen Überlegungen unterzuordnen, ergibt sich oftmals das Bedürfnis, sich auf dem Klagewege »phantasievoller« Auflagen oder überraschender »Ortsverlegungen« zu erwehren. In der Regel verbleibt es jedoch bei dem Versuch, sich im einstweiligen Rechtsschutzverfahren vor den Verwaltungsgerichten zu behaupten, um die Verfügungsgewalt für die anstehende Versammlung zu behalten. Derartige Eilverfahren leiden nicht nur unter dem Zeitdruck, sondern insbesondere unter der lediglich »summarischen Prüfung« der Gerichte, welche im Zweifel regelmäßig der Einschätzung der Polizeibehörden folgen. Für ein reguläres aber langwierigeres Hauptsacheverfahren im Anschluss an die Versammlung fehlt oftmals der lange Atem und auch das Interesse: Die Demonstration ist vorbei und die nächsten Termine bereits im Fokus.

Derartige Eilverfahren führen aber zumeist nur zu einer unnötigen Verfestigung einer versammlungsfeindlichen Rechtsprechung und Ausdehnung der polizeilichen Eingriffsmöglichkeiten. Erfolgversprechender gestalten sich Klagen im Hauptsacheverfahren – auch wenn dort insbesondere im Hinblick auf die Verfahrensdauer dicke Bretter zu bohren sind.

Ein solch dickes Brett war eine Demonstration unter dem Motto »Keine Nazi-Aufmärsche in Hohenschönhausen« am 1. Mai 2002 in Berlin, welche sich gegen einen dortigen Aufmarsch der NPD richtete. Die Versammlungsbehörde verlegte die Demo des Antifa-Bündnisses aus dem Viertel auf die andere Seite der S-Bahngleise, im Wesentlichen mit der Begründung, die Demo diene lediglich der Verhinderung des NPD-Aufmarsches. Im einstweiligen Rechtsschutz scheiterten die VeranstalterInnen sowohl vor dem Berliner Verwaltungsgericht (VG 1 A 124/02) als auch vor dem Oberverwaltungsgericht (OVG 1 S 26/01). Erst auf Grund einer Fortsetzungsfeststellungsklage erklärte das Verwaltungsgericht Berlin drei Jahre später das Vorgehen der Versammlungsbehörde für rechtswidrig (VG 1 A 188.02 – Urt.v.23.2.2005 – juris). Das kaum bekannte Urteil ist mittlerweile rechtskräftig und in mehrfacher Hinsicht bemerkenswert, stärkt es doch die Rechtsposition von Gegenkundgebungen.

Gegendemonstration ist legitimes Versammlungsziel

Zunächst betonte das Gericht, dass auch eine Gegendemonstration den vollen Schutz des Grundrechts der Versammlungsfreiheit genießt, solange sie sich kommunikativer Mittel bedient und nicht ausschließlich dem Zweck dient, die Veranstaltung, gegen die sie sich richtet, mit physischen Mitteln zu verhindern. Es könne niemandem verwehrt werden, eine Versammlung an einem Ort durchzuführen, an dem er die Anmeldung einer anderen Versammlung vermute, gegen deren Veranstalter oder Ziele er sich mit einer eigenen Demonstration wende. Der Schutz des Art. 8 GG endet erst dort, wo die andere Veranstaltung gleichsam im Wege der »Selbsthilfe mit Gewalt, deren Androhung oder groben Störungen, die nach § 21 VersG strafbar sind, physisch verhindert werden soll oder wo flächendeckende Anmeldungen ausschließlich zu dem Zweck erfolgen, die bekämpfte Veranstaltung zu verhindern, die angemeldeten Veranstaltungen in Wahrheit aber gar nicht durchgeführt werden sollen (Scheinanmeldungen).«

Sicht-und Hörweite

Gegendemonstrationen verlieren den Schutz des Versammlungsrechts somit auch nicht, wenn sie das Ziel verfolgen, mit der Versammlung den angemeldeten Versammlungsort physisch in Beschlag zu nehmen. »Denn dass zu den zulässigen kommunikativen Mitteln einer Versammlung auch die physische Präsenz an einem bestimmten Ort gehört, zeigt sich nicht zuletzt darin, dass nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts auch Sitzblockaden den Schutz der Versammlungsfreiheit genießen«[1]. Das Bundesverfassungsgericht hatte zudem im sog. »Brokdorfurteil« die Hürde für die Annahme einer (insgesamt) unfriedlichen Versammlung, die nicht mehr unter dem Schutz des Art.8 GG stehen würde, hoch gelegt:

»Steht nicht zu befürchten, dass eine Demonstration im Ganzen einen unfriedlichen Verlauf nimmt oder dass der Veranstalter und sein Anhang einen solchen Verlauf anstreben oder zumindest billigen, bleibt für die friedlichen Teilnehmer der von der Verfassung jedem Staatsbürger garantierte Schutz der Versammlungsfreiheit auch dann erhalten, wenn mit Ausschreitungen durch einzelne oder eine Minderheit zu rechnen ist[2].«

Hohe Hürden für Annahme einer »Scheinanmeldung«

Dass der Aufzug des Klägers auf der Strecke durchgeführt werden sollte, auf der die NPD im Vorjahr demonstriert hatte, könnte nach Ansicht des Gerichts zwar für eine Verhinderungsabsicht sprechen, reiche aber allein

1| BVerfG, Beschluss vom 1. Dezember 1992 – 1 BvR 88/91 u.a. –, BVerfGE 87, 399, 406; kürzlich VG Nieders. v. 28.02.2007 – 5 A 685/05

2| BVerfG, Beschluss vom 14. Mai 1985 – 1 BvR 233/81 u.a. –, BVerfGE 69, 315





nicht aus, weil eine Versammlung gerade wegen des Aufmarsches im Vorjahr an diesem Ort ernsthaft beabsichtigt gewesen sein könnte: »Zwar gab es flächendeckende Gegenanmeldungen zur NPD-Demonstration. Denn es waren, wie der Beklagte näher ausgeführt hat, für den 1. Mai 2002 zwei Aufzüge und 32 Kundgebungen an strategischen Punkten im östlichen Stadtgebiet Berlins angemeldet worden. Um die Versammlung des Klägers aber aus diesem Grunde als Scheinanmeldung mit ausschließlicher Verhinderungsabsicht qualifizieren zu können, müsste sich der Kläger das Verhalten sämtlicher anderen Anmelder zurechnen lassen. Das wäre insbesondere dann der Fall, wenn die verschiedenen Anmelder derselben Organisationsstruktur zuzurechnen wären oder abgestimmt und koordiniert gleichsam mit verteilten Rollen aufgetreten wären.« Hier waren die AnmelderInnen unterschiedlichen politischen Parteien (PDS, SPD), kirchlichen Initiativen oder antifaschistischen Gruppen zuzurechnen. Ein koordiniertes Vorgehen konnte seitens der Versammlungsbehörde nicht belegt werden, die thematische Verbundenheit allein genügte dem Gericht nicht.

Keine eigenmächtige »Kundgebungsverteilung«

Im Falle einer gleichberechtigten Anmeldesituation von mehreren Versammlungen sind nach dem sog. »Prinzip der praktischen Konkordanz« die in Kollision befindlichen Grundrechte der Teilnehmer beider Versammlungen einander so zuzuordnen, dass beide möglichst gleich wirksam werden können.

Im vorliegenden Fall meldete der Kläger seine Versammlung an demselben Tag an, an dem der Aufzug der NPD mit deren Einverständnis an denselben Ort verlegt wurde. Hier besteht aber die Besonderheit, dass die NPD ihren Aufzug ursprünglich für einen anderen Ort angemeldet hatte und die konkurrierende Anmeldung der NPD erst auf Vorschlag der Versammlungsbehörde in Kenntnis der Anmeldung des Klägers erfolgt ist. Die Grundvoraussetzung der »praktischen Konkordanz«, bei der es um einen Ausgleich zwischen verschiedenen gleichrangigen Rechtsgütern und Rechten Privater geht, entfällt aber, wenn der örtliche Konflikt zwischen mehreren Versammlungen durch das Eingreifen der Versammlungsbehörde überhaupt erst entsteht. Die Versammlungsbehörde ist nicht berechtigt, den Anmelder einer Versammlung als Störer in Anspruch zu nehmen, indem sie die Versammlung durch eine andere, aus Sicherheitsgründen am ursprünglichen Ort nicht durchführbare Versammlung verdrängt (»wegdrückt«). Überspitzt formuliert, hat die Ordnungsbehörde die im Bescheid vom 29. April 2002 bekämpfte Gefahr selbst geschaffen und war damit selbst »Störer«. Einem eigenmächtigen »Verteilen« der Kundgebungsorte seitens der Versammlungsbehörde wurde damit ein Riegel vorgeschoben. ■

Endstation Hoffnung

Kirchenasyl in Dänemark

89 Tage hatten 60 Menschen aus dem Irak, deren Asylantrag in Dänemark abgelehnt worden ist, in der Brorson Kirche im Stadtteil Nørrebro in Kopenhagen ausgeharrt. Im Mai diesen Jahres trat ein »Rücknahmeabkommen« zwischen der Regierung Dänemarks und der des Iraks in Kraft, welches die baldige Abschiebung der betroffenen IrakerInnen möglich machte. Als direkte Reaktion hierauf wurde ein Kirchenasyl ins Leben gerufen, welchem in der Nacht zum 13. August 2009 durch die gewaltsame Räumung der Polizei ein abruptes Ende gesetzt wurde.

Dramatische Szenen spielten sich bei der Räumung in der Kirche wie auch auf den Straßen rundherum ab. Polizisten stürmten von verschiedenen Seiten in die Kirche und umzingelten die anwesenden IrakerInnen, welche sich vor dem Altar versammelt hatten. Ein Iraker kletterte auf die Orgel und drohte damit sich runterzustürzen. Währendessen versammelten sich mehr und mehr SympathisantInnen vor der Kirche und versuchten den Abtransport durch Sitzblockaden zu verhindern. Die Frauen und Kinder durften gehen und mussten so mit ansehen, wie ihre Männer in einen bereitstehenden Bus geführt wurden. Unter Einsatz von Knüppeln und Pfefferspray wurde dieser Bus dann mit ungeheurer Gewalt durch die mittlerweile 400 Menschen, welche sich auf die Strasse gesetzt hatten, geprügelt.

Das Kirchenasyl...

...bildete sich im Mai, gleichzeitig mit dem Bekanntwerden des sogenannten Rücknahmeabkommens zwischen Dänemark und dem Irak. Politisch wurde sich auf die konkrete Forderung nach Asyl für die betroffenen 282 IrakerInnen beschränkt. Die rassistische Asylpolitik Dänemarks im allgemeinen, wurde dann in politischen Debatten und Diskussionen auf die Agenda gesetzt. Neben der politischen Dimension musste aber auch der Alltag in der Kirche organisiert werden. Es dauerte einige Tage, bis das anfängliche Chaos einigermaßen Struktur annahm - aber das Resultat kann sich sehen lassen. Die ca. 200 Freiwilligen unterteilten sich in 14 Untergruppen, wie z.B. die Jura-, Alltags-, Kampagne-, Medizin- oder Schutzgruppe. Praktische Fragen und insbesondere Beschlüsse im Namen des Kirchenasyls wurden auf dem täglichen Treffen mit den IrakerInnen besprochen und verabschiedet. Der Aufwand war enorm und 24 Stunden am Tag waren mindestens vier Freiwillige in der Kirche zugegen. Darüberhinaus mussten sich die Iraker und die Pressegruppe einem enormen Medieninteresse stellen. Als dieses Interesse auch nach mehreren Wochen nicht nachließ, zeichnete sich ab, dass dieses Thema für Aufruhr in Dänemark sorgt. Immer mehr Menschen mischten sich in die Debatte ein und forderten die Rückkehr zu einem »anständigen« Dänemark. Eine Ursache dafür ist die unmenschliche Behandlung der IrakerInnen, von denen die meisten seit vielen Jahren im ungesicherten Status in dänischen Asylzentren auf Asyl hoffen. Ein weiterer Faktor ist, dass in den vergangenen Jahren in Dänemark ein gewaltiger Rechtsruck stattgefunden hat, ohne dass es dagegen ein nennenswertes Aufbegehren gegeben hätte. Die dänische Volkspartei ist das deutlichste Beispiel dafür, dass der Rechtspopulismus in der Gesellschaft angekommen und vollständig als politische Kraft akzeptiert ist. Dies ist in mehreren Bereichen spürbar und ruft bei vielen Menschen eine ungeheure Frustration hervor, für die es kaum passende Ventile gibt. Genau in diese Zeit fällt das Kirchenasyl. Noch weiter angefacht hat die Situation die ungeheure und gut dokumentierte Polizeigewalt bei der Räumung der Kirche und dass erstmals in der Geschichte Dänemarks das stille Abkommen des Kirchenasyls gebrochen wurde. Am Tag nach der Räumung zogen 25.000 Menschen in einer Spontandemonstration durch die Straßen Kopenhagens und nur zwei Tage später fand ein Solidaritätskonzert mit mehreren tausend Menschen auf dem Rathausmarkt statt, bei dem die Berühmtheiten Dänemarks Schlange standen, um ebenfalls ihre Solidarität und Empörung auszudrücken. Dies macht deut-

lich, was sich schon im Vorfeld angedeutet hatte. Die dramatische Situation der IrakerInnen bewegte, quer durch alle sozialen Schichten und politischen Fraktionen, viele Menschen im Land. Das Kirchenasyl ist die treibende Kraft, aber auch schon vor der Räumung beschränkte sich die Breite der UnterstützerInnen keineswegs auf die dort aktiven Freiwilligen. Schnell bildete sich ein UnterstützerInnenkreis mit sehr bekannten MusikerInnen, KünstlerInnen und anderen Personen des öffentlichen Lebens. Webseiten wurden eingerichtet, viele tausend Unterschriften gesammelt, Sach- und Geldspenden in der Kirche vorbeigebracht, Leserbriefe und Kommentare geschrieben und vieles mehr. Die offen bekundete Solidarität war überwältigend.

Eine Debatte geschaffen!

Dass sich das Kirchenasyl als Erfolgskriterium immer an der konkreten Frage der erreichten Aufenthaltsgenehmigungen messen lassen muss, liegt auf der Hand. Hier ist zu befürchten, dass das Fazit schlecht ausfällt. Trotz alledem hat die Kampagne etwas ereicht, was in Dänemark nicht so schnell vergessen werden wird. Das Kirchenasyl hat quer durchs Land und alle politischen Fraktionen polarisiert und eine ungeheure Aufmerksamkeit erlangt. Dies ist umso erfreulicher, da dem Thema Asylpolitik in Dänemark seit Jahren keinerlei Beachtung mehr geschenkt wurde. Und das, obwohl dieses Land eine der restriktivsten Asylgesetzgebungen überhaupt eingeführt hat. Es wurde eine Debatte geschaffen, zu der alle eine Meinung hatten und sich äussern wollten.

Die Zeitungen meldeten eine Rekordzahl an Leserbriefen zum Thema, die Blogs und Internetdiskussionsforen liefen über vor Beiträgen und Kommentaren. Die Medien berichteten täglich, je nach Standpunkt für oder wider humanitäres Asyl. Der öffentliche Druck wurde so enorm, dass sich keine der politischen Parteien einer Stellungnahme entziehen konnte oder wollte. Auch wenn sich die Gewichtung zu Gunsten des Kirchenasyls etwas verschoben hat, ist die Mehrheit der dänischen Bevölkerung, vor wie auch nach der Räumung, gegen eine Erteilung der humanitären Aufenthaltsgenehmigung. Aber das erste Mal seit geraumer Zeit ist ein Teil der dänischen Bevölkerung aus dieser Lethargie erwacht, die vor einigen Jahren um sich gegriffen hat. Rassistischen Kommentaren, Gesetzesverschärfungen, rechtspopulistischen Diskursen und Entwicklungen wurde wenig bis gar nichts entgegensetzt. Hier ist es den IrakerInnen und den Freiwilligen des Kirchenasyls gelungen eine Lücke auszufüllen.

Es wurde eine Stimmung geschaffen, in der skandalöse Kommentare von der Innenministerin Birthe Rønn Hornbech und schlecht verdeckte Lügen der Polizeiführung von der Öffentlichkeit nicht widerspruchslos hinge- oder gar übernommen werden. Angebliche Fakten werden hinterfragt, eigene Recherchen angestrengt und die politische Diskussion gesucht. Kurzum: Es wird sich wieder eingemischt, die Rückkehr zu humanitären Werten gefordert, Regierungspolitik in Frage gestellt und die ideologischen Auswüchse der dänischen Volkspartei argumentativ angegriffen.

Aber noch sind die Menschen im Land...

...und das ist auch der Grund warum die Räumung der Kirche und die damit verbundene Inhaftierung der betroffenen Iraker mitnichten das Ende der Kirchenasylkampagne bedeutet. Der Öffentlichkeit wurde deutlich gemacht, dass die Kampagne weiterhin versuchen wird den politischen Druck aufrecht zu erhalten. Der Kontakt zu den inhaftierten Irakern bleibt bestehen und darüber hinaus wird ihre Situation nach außen hin vermittelt und thematisiert. Die PolitikerInnen werden an ihre Verantwortung erinnert und die Forderung nach humanitärem Aufenthalt bekräftigt. Es hat sich eine Gruppe gegründet, die eine Sammelklage gegen das brutale Vorgehen der Polizei während der Räumung vorbereitet.

Aber auch praktisch wird weiterhin für einen Verbleib der IrakerInnen im Land gekämpft. Nur wenige Tage nach der Räumung stand ein Aktionskonzept, das im Falle einer Ausweisung öffentlich zu einer friedlichen Blockade des zentralen Flughafens Kopenhagen-Kastrup aufruft. ■





Kontakt:
www.kirkeasyl.dk
www.modkraft.dk

Mit den Freiheitlichen auf die Bude

Bella Flott

Autonome Antifa Innsbruck
http://aua.blogsport.de

In Österreich haben die deutschnationalen Burschenschaften eine Scharnierfunktion zwischen FPÖ (Freiheitliche Partei Österreichs) und der restlichen extremen Rechten inne.

Annähernd 1000 Burschen und Alte Herren folgten im Juni diesen Jahres dem Ruf aus Österreichs Herrgottswinkel und reisten zum burschenschaftlichen Festkommers unter dem Motto »200 Jahre Tiroler Freiheitskampf« nach Innsbruck. Die konservativen Honoratioren des Landes hielten sich diesmal überwiegend auf Distanz, während bei den letzten runden Jubiläen noch ein enges Naheverhältnis gepflegt wurde. Bereits 1984, 1994 und 2000 mobilisierten Burschenschaften zum Gedenken an den »Tiroler Freiheitskampf« gegen die napoleonischen Heere und die Ideale der Aufklärung. Vor 200 Jahren ging die letzte Schlacht der Fraktion des »Bauernführer« Andreas Hofer gegen die mit Frankreich verbündeten bayrischen Truppen am Bergisel verloren. Dem Land Tirol dient die Gedenktradition an den Widerstand gegen die »Welsche Niedertracht« seit Ende des 19. Jahrhunderts als Identifikationsfläche. Dabei ergeben sich durchaus Widersprüche zwischen der Lesart des offiziellen Tirol-Patriotismus österreichisch-katholischer Provinenz und dem erklärten Deutschnationalismus der völkischen Korporationen. Als einende Klammer beziehen sich sowohl PolitikerInnen der ÖVP (Österreichische Volkspartei) als auch VertreterInnen des »dritten Lagers« – sprich der Deutschnationalen in und um die FPÖ – positiv auf den Südtirolterrorismus der 1950er bis 1980er Jahre. Um nach dem verlorengegangenem 1. Weltkrieg mit dem »Unrechtsdekret« von St. Germain aufzuräumen, das die Region Bolzano-Alto Adige/Südtirol Italien zuschlug, formierte sich in Tirol der volkstumsbezogene Kampf um ein vereinigtes, »deutsches« Tirol. Anfang der 1960er Jahre fanatisierte sich der »Befreiungskampf« unter der Ägide österreichischer Burschenschafter. Wurden vom »Befreiungsausschuss Südtirol« (BAS) vornehmlich Sachgegenstände ins Visier genommen, richtete sich die Gewalt nun gezielt gegen Menschen. Der Kampf ums »bedrohte Grenzlanddeutschtum« forderte 21 Todesopfer. Maßgeblich beteiligt: die Burschenschaften Brixia Innsbruck und Olympia Wien. Für die Olympen sollte ihr Engagement im Südtirolterrorismus unangenehme Folgen haben. Die verdächtigten Bundesbrüder wurden zwar nicht an Italien ausgeliefert, es erfolgte jedoch, als eine der spärlichen Reaktionen österreichischerseits, 1961 die behördliche Auflösung der Burschenschaft. Bereits zwölf Jahre später konnte die Olympia allerdings wieder rekonstituiert werden. Die Brixen blieben in Österreich unbehelligt. Als in den 1980ern die dritte Anschlagsserie begann, vermutete die Bozener Staatsanwaltschaft hinter diesen Attentaten ebenfalls die Brixia Innsbruck. In Tirol werden die Akteure des Südtirolterrorismus auch abseits des »dritten Lagers« zu »Südtirolaktivisten« verklärt oder als »Südtirolbumser« verharmlost. Trotz der Todesopfer ist der Südtirolterrorismus nach wie vor Bestandteil des offiziellen Tiroler Gedenkens. Andreas Kohl, ehemaliger 1. Nationalratspräsident der ÖVP, sieht, als Organisator des Tiroler Gedenkfestzuges im September, das Jubiläumsjahr als »große Chance, die Einheit Tirols im Kopf zu verankern«. Bereits zur Jahreswende 2009 hatte die Landesregierung das (Gedenk-) Feld abgesteckt, in ganzseitigen Inseraten hieß es: »Die Selbstbehauptung unseres Landes werden wir mit Stolz feiern.«



[1] Martin Graf (FPÖ, Olympia Wien) hielt die Festrede beim Kommers

Deutschnationaler Lebensbund

Den diesjährigen Kommers richtete die Brixia gemeinschaftlich mit der Burschenschaft Suevia, den Corps Athesia und Gothia, der Sängerschaft Skalden, der Landsmannschaft Tirol und der akademischen Turnverbindung aus. Die Brixen und Sueven gehören zum rechten Flügel, des an sich schon





[1] Rechte Burschen und [2] antifaschistische Proteste

dezidiert rechten Dachverbands Deutsche Burschenschaft (DB), mit ca. 15 000 Mitgliedern, die größte deutschnationale Vereinigung in Österreich und Deutschland. Als sich 1996 die Olympia aus Wien anschickte, erneut den (rotierenden) Vorsitz der DB zu übernehmen, traten gemäßigte deutsche Verbindungen aus dem Verband aus. Auf der anderen Seite trat die Sängerschaft Skalden, deren prominentestes Mitglied Ewald Stadler, »Haiders Dobermann« und gescheiterter EU-Spitzenkandidat des BZÖ (Bündnis Zukunft Österreich) ist, 1992 aus der Deutsche(n) Sängerschaft (DS) aus, weil dieser Dachverband es erlaube, dass »auch ein Chinese, falls er sich zur Pflege deutschen Kulturgutes verpflichtet«, in eine DS-Verbindung aufgenommen werden könne.

Wer dem Lebensbund Burschenschaft beitritt, kann sich, nach einer Phase der Demütigungen und Erniedrigungen, auf seine Bundesbrüder verlassen. Einer Karriere in den deutschnationalen Parteien stehen auch offensichtliche Verbindungen ins neonazistische Lager nicht im Wege. Vor allem die Parteivorfeldorganisation fürs studentische Leben, der Ring Freiheitlicher Studenten (RFS), ist Kontaktanbahnungsstelle für den extrem rechten Nachwuchs. Der aktuelle Bundesvorstand des RFS setzt sich ausschließlich aus Korporierten zusammen, eine Häufung von neonazistischen und revisionistischen Aktivitäten ist aber auch für die einzelnen Bundesländer dokumentiert. Namentlich tut sich hier die zweite Jugendorganisation der FPÖ, der Ring Freiheitlicher Jugend (RFJ), hervor, in Kooperation mit dem umtriebigen neonazistischen Bund freier Jugend (BfJ) wird für die Abschaffung des NS-Verbotsgesetzes gefochten. Im Oktober 2005 schrieb der deutsche Neonazi Phillip Hasselbach im Internet-Forum des Wikingerversands, dass sich »in der FPÖ [...] nicht wenige Nationalsozialisten [tummeln]« würden. Hasselbach, der von sich behauptet, über Kontakte zu jungfreiheitlichen Kadern zu verfügen, wies insbesondere auf den RFJ hin: »In der FPÖ-Jugend, dem Ring Freiheitlicher Jugend (RFJ), sind sogar führende Funktionäre im Bundesvorstand intern als Nationalsozialisten bekannt, die auch in den entsprechenden Kreisen verkehren.« Da ist es für die Jungrecken sicher beruhigend, dass unter der ersten schwarz-blauen Koalition 2001 die Einstellung des »Jahreslagebericht Rechtsextremismus« des Innenministeriums erwirkt werden konnte. Auch im jährlichen Verfassungsschutzbericht scheinen Burschenschaften nicht mehr auf.

Deutscheste Prominenz

Dieses Jahr hielt der 3. Nationalratspräsident, Martin Graf (FPÖ, Olympia Wien), die Festrede am Kommers. Graf ist der Wiedergänger der Deutschnationalen in Österreich. Immer wenn es um die großen Fragen der extremen Rechten geht, springt er für seine Kameraden in die Bresche. Zuletzt vor wenigen Wochen, als er das Herzblutanliegen des österreichischen Nationalismus, die »Südtirolfrage«, erneut aufs Tableau brachte. »Südtirol ist ein Teil gesamt Tirols«; das derzeit eben italienisches Territorium sei. Das »Selbstbestimmungsrecht der Völker« müsse deshalb in einer Volksabstimmung Ausdruck erhalten. Dass sich die Südtiroler Bevölkerung in einer solchen, wohl eher für eine vollständige Autonomie von Italien, denn für eine Zugehörigkeit zu Österreich entscheiden würden, ficht Graf nicht an. Ihm geht es um die permanente Lancierung deutschnationaler Themen. In eines der höchsten Repräsentativämter der Republik gewählt, kommt ihm ein Maximum an gesellschaftlicher Aufmerksamkeit zu. Die VertreterInnen der bürgerlichen Parteien reagieren genauso hilf- wie lustlos auf Grafs inhaltliche und praktische Positionierung im rechtsextremen Umfeld und bisher wurde bloß konstatiert, dass das »Anstreifen am rechten Rand« und »braune Rülpser« nicht toleriert werden würden. Zuletzt konnten sich die Abgeordneten nicht dazu durchringen, die parlamentarische Geschäftsordnung dahingehend zu ändern, dass Graf abwählbar geworden wäre. ■

1| Autonome Antifa Innsbruck, Der RFJ – Namen, Fakten, Hintergründe
2| Braune Burschen, in: Völkische Verbindungen, Beiträge zum deutschnationalen Korporationsunwesen in Österreich
3| Der Standard, 26.07.2009

Die wichtigsten Neonazi-Kader in den USA sind tot oder im Knast. Ihre Organisationen sind pleite oder heillos zerstritten. Statt einer antisemitischen Zeitschrift wie »The Spotlight«, die noch in den 1990er Jahren jede Woche Hunderttausende Leser erreichte, bleiben nur noch ein paar Internetportale wie »Stormfront«. In den 1990er Jahren hatte der Rechtspopulist Pat Buchanan, unterstützt von Neonazis, noch ernsthafte Chancen bei den US-Präsidentschaftswahlen. Dagegen hat jetzt, ein Jahrzehnt später, ein kosmopolitaner Afro-Amerikaner die Wahlen gewonnen. Und dann schreibt der US-Antifaschist Leonard Zeskind bei einem seriösen Verlag ein dickes Buch über, so der Untertitel, »die Geschichte der weißen nationalistischen Bewegung von den Rändern in die Mitte«? Der Untertitel deutet Zeskinds Hauptthesen bereits an.

1. Die meisten Bücher z.B. über den Ku-Klux-Klan, über den Neonazi David Duke, über rechtspopulistische Bürgermilizen oder über das Bombenattentat von Oklahoma City gehen davon aus, dass es sich um mehr oder weniger verrückte Einzeltäter oder einzelne Gruppen handelt. Dagegen erkennt Zeskind eine relativ breite Bewegung mit mehreren Zehntausend aktiven Anhängern (und Hunderttausenden Sympathisanten), die sich bei aller Vielfalt doch um eine gemeinsame Ideologie und Kultur gruppieren, und »in der alle eine gemeinsame Liste von Zeitschriften oder Internet-Foren lesen«. Dabei unterscheidet Zeskind zwei Strömungen: die Avantgardisten, von denen manche in den Terrorismus abtauchen, und die Mainstreamers, die respektable Konferenzen organisieren und für öffentliche Ämter kandidieren.

2. Die extrem rechte Ideologie hat sich nach dem Ende des Kalten Krieges gewandelt. Der alte Südstaaten-Rassismus des Ku-Klux-Klans taugt nicht mehr. Extreme Rechte sind heute »weiße Nationalisten«, sie streben eine »weiße Nation« an. Das heißt, sie wollen nicht einfach die weltweite Vormachtstellung der USA verteidigen (wie das normale US-Konservative tun), sondern sie wollen eine andere USA, auf »rassischer« Grundlage. Insofern verstehen sie sich durchaus als revolutionär. Getrieben werden sie dabei von einem Gefühl von »white dispossession«: Viele

Leonard Zeskind: Blood and Politics The History of the White Nationalist Movement from the Margins to the Mainstream

Farrar Straus Giroux, New York 2009
geb., 670 Seiten, ca. 25 Euro

Weiße fühlen sich heute »enteignet«, benachteiligt gegenüber Schwarzen und aufstrebenden MigrantInnen. Das Ressentiment, das sich daraus speist, dürfte mit dem Wahlsieg Obamas und mit der wachsenden Zahl von Nicht-Weißen in den USA eher noch zunehmen.

3. Diese Ideen sind im 21. Jahrhundert nicht etwa lächerlich geworden, sondern sickern an vielen Punkten in den Mainstream-Diskurs ein. Am sichtbarsten ist dies in der massenhaften Ablehnung gegen Immigranten (Volksabstimmungen in mehreren Bundesstaaten). Hörbar war dies aber auch beim letzten Präsidentschaftswahlkampf, als die republikanische Vize-Kandidatin Sarah Palin vom »wahren Amerika« (das der weißen Kleinstädte) sprach – gegen das Amerika der kosmopolitanen Großstädte.

Zeskind hat die Transformation der extrem rechten Bewegung jahrzehntelang genau beobachtet. Dabei beschreibt er auch ausführlich die internationalen Verbindungen der US-Nazis (deutsche Wiedervereinigung, Holocaust-Leugner, Jugoslawien-Kriege). Deutsche Leser mögen sich dabei gelegentlich in der Vielzahl von Namen und Organisationen verheddern. Das sollte das gewichtige Buch aber zu einem wichtigen Teil eines jeden Antifa-Archivs machen. Das ausführliche Register verweist auf Personen, Publikationen und Ereignisse aus den 1980er und 1990er Jahren, über die man im Internet oft nur wenig findet.

Leider kommen die Entwicklungen seit »9/11« bei Zeskind etwas kurz. Wie es jetzt, unter Obama, mit den US-Neonazis weiter geht, kann man aber in seinem 14-tägigen Blog unter www.leonardzeskind.com weiterlesen. ■

Uno di noi

Der halbstündige Film »Uno di noi« (Einer von uns) begleitet die Entstehung eines Wandbildes in Bochum. Antifaschistische Jugendliche verewigten hier im Dezember 2008, zusammen mit SprüherInnen, die Konterfeis von sechs Antifaschisten aus ganz Europa, die in den letzten Jahren neonazistischer Gewalt zum Opfer fielen. Flankiert wird das Bild von dem Schriftzug »In unseren Träumen und Kämpfen leben sie weiter«. Ausgehend von den gesprühten Porträts der Toten werden sie als Persönlichkeiten jeweils kurz vorgestellt und die Geschichte ihrer Ermordung geschildert. Der Film macht die europäische Dimension des Neonazismus deutlich – die hier porträtierten Opfer kamen aus Tschechien, Russland, Italien, Spanien und Deutschland. Eindringlich wird die Rolle von Politik, Polizei und Medien geschildert, die allzu oft den neonazistischen Hintergrund der Taten abstreiten und die Morde als Auseinandersetzung unter Jugendlichen verharmlosen oder den Opfern eine Mitschuld geben. Am Abend der Ermordung des, in Mailand von Faschisten erstochenen, Davide Cesare (Dax), wurden gar seine FreundInnen im Krankenhaus, quasi vor Davides Totenbett von Polizisten brutal zusammengeschlagen, einige erhielten anschließend Haft- und hohe Geldstrafen. In Dortmund, wo 2005 der Punk Thomas Schulz (Schmuddel) von einem Neonazi erstochen wurde, weigerte sich die Stadt bisher beharrlich, eine Gedenktafel am Tatort aufzuhängen, um keinen »Wallfahrtsort für Links- und Rechtsextremisten« zu schaffen. Der Film, der sich an ein jugendliches Publikum richtet, schafft Empörung und Wut. Er zeigt aber auch, dass es überall Menschen gibt, die sich gegen Neonazis und Rassismus zur Wehr setzen. Nur konsequent ist die Initiative der MacherInnen, den Film in möglichst vielen Sprachen zu untertiteln, damit er auch im Ausland gezeigt werden kann. So steht der Film auf der Webseite inzwischen auf englisch, spanisch, italienisch, französisch und russisch zur Verfügung. Ebenso finden sich auf der Seite Links zu Antifagruppen und -projekten aus europäischen Ländern. Der Film sei allen ans Herz gelegt, die

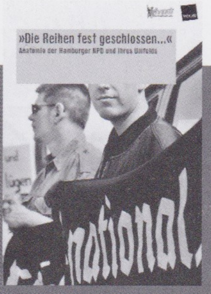
Jugendlichen vermitteln wollen, wie mörderisch der europäische Neonazismus ist und dass Antifaschismus, will er erfolgreich sein, internationalistisch sein muss. ■

Download unter unodinoi.blogsport.de

Antifaschistische Jugend Bochum und Politcafé Azzoncao: Uno di noi
25 Min., D 2009

»Die Reihen fest geschlossen…«

Umsonst herausgegebene Broschüren verfolgen zwei verschiedene Ziele. Entweder sollen Informationen einer breiten Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden oder leicht verständlich und/oder provokativ das eigene Denken anregen. Sehr gut sind solche, die beides tun. »Avanti – Projekt undogmatische Linke« und »Ver.di Hamburg« ist mit dieser Broschüre ein solches Werk gelungen. Gleich im ersten Kapitel, bevor der eigentliche Gegenstand behandelt wird, erklären die Herausgeber, warum auf den folgenden Seiten der sonst übliche Begriff »Rechtsextremismus« nicht zur Anwendung kommt. Der Tritt ans Schienenbein kam an bei den Freunden der Extremismustheorie in Behörden und Verfassungsschutzwissenschaft. Und so heulten die entsprechenden Vertreter auf, über die Zusammenarbeit von »Ver.di« mit »Linksextremisten«. »Ver.di Hamburg« steht aber weiter zu ihrem renommierten Bündnispartner in Sachen Antifarecherche. Nach dem Eingangsstatement folgt fundierte Aufklärung über Hamburgs Neonazistrukturen. Abgehandelt werden deren Geschichte und aktuelles Wirken, sowie die wichtigsten Protagonisten. Jürgen Rieger und »die Männer fürs Grobe« werden behandelt, ebenso das Geschlechterbild der NPD. Die NPD-Ideologie von der Volksgemeinschaft kommt zur Sprache, darüber hinaus wird die Frage behandelt, ob die NPD sozialistisch sei. Rechte Geschichtspolitik wird ebenso beleuchtet, wie die einzelnen Kreisverbände der Hamburger NPD. Gleiches gilt für die braunen Biedermänner mit NPD-Nähe. Auch die Frage, ob ein Verbot der NPD zu fordern ist, wird diskutiert. Dies ist eins von mehreren Kapiteln, die nicht nur den harten Rechercheergebnissen gewidmet ist. Andere Abschnitte gehen auf antifaschistische Strategien ein und geben dem eigenen Vorgehen Raum. Wer die ganze Broschüre ordentlich gelesen hat, darf sich SpezialistIn über die NPD und ihr politisches Umfeld nennen. Die Broschüre ist als Projekt von der Entstehungsgeschichte bis zum gedruckten Ergebnis jeder anderen Stadt oder Region der Bundesrepublik zu wünschen. FK ■



Vereinte Dienstleistung Gewerkschaft Hamburg; Avanti – Projekt undogmatische Linke (2009): »Die Reihen fest geschlossen… Anatomie der Hamburger NPD und ihres Umfeldes«,
S. 108, broschiert

»Mein ist die Rache«

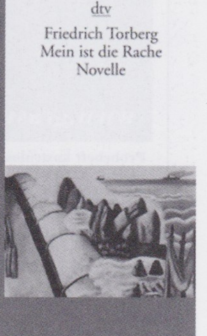
Die Novelle »Mein ist die Rache« wurde 1943 im US-amerikanischen Exil geschrieben. Torberg, der 1908 in Wien geboren wurde, entstammte einer deutsch-jüdischen Familie. Schon 1933 wurden Torbergs Schriften durch die Nazis verboten, zudem befand er sich ab 1936 auf der »Liste der deutschfeindlichen Journalisten und Schriftsteller«. Im Juni 1940 flüchtete Torberg über Paris nach Lissabon, von wo aus er im Oktober 1940 mit Schiff nach New York ins Exil ging. Ein Einreisevisum bekam Torberg mit Hilfe von Freunden über die internationale Schriftstellervereinigung P.E.N. Als einer von zehn »Outstanding German Anti-Nazi-Writer« erhielt er einen Arbeitsvertrag bei der Filmproduktionsfirma Warner.

„Mein ist die Rache" ist Torbergs erstes veröffentlichtes politisches Buch, das sich mit der Situation jüdischer Häftlinge in deutschen Konzentrationslagern (KZ) befasst und das noch vor dem Ende Nazideutschlands erschienen ist.

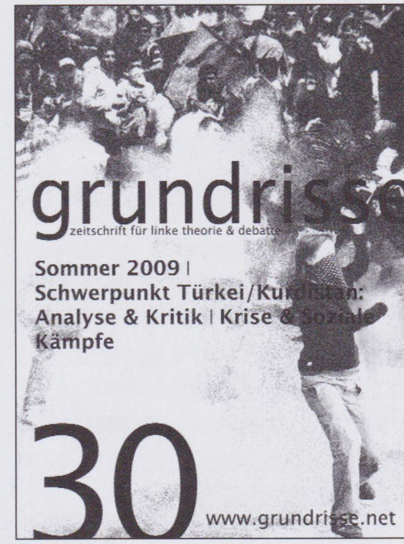
In der Novelle erzählt ein jüdischer Exilant seine Geschichte über die Zeit im fiktiven Konzentrationslager »Heidenburg«, die beginnende Vernichtung der europäischen Juden, den Widerstand und die Flucht. In dem KZ, welches vergleichsweise als »nicht so schlimm« gilt und das in der Beschreibung an das reale Lager Esterwegen an der holländischen Grenze anknüpft, ändert sich die Situation aufs Tödlichste mit dem Erscheinen des neuen Lagerkommandanten »Wagenseil«. Dessen Ziel ist es, durch bestialische Folter und Verhöre die »jüdische Weltverschwörung« aufzudecken und die Vernichtung des Judentums einzuleiten. Dabei treibt er seine Opfer soweit, dass sie Selbstmord begehen. Als ein jüngerer Mithäftling die tagelange Tortur vorerst überlebt, gesteht er seinen Leidensgenossen, dass er bereit sei, den Lagerkommandanten zu töten. Unter den jüdischen Häftlingen beginnt eine intensive Debatte. Soll der Mensch selbst Rache üben oder soll er dies einem vermeintlichen Gott überlassen? Nachdem auch der Ich-Erzähler in die Folter und ins Verhör des Kommandanten gerät, erschießt er diesen und kann fliehen.

Die eigentliche Wende der Novelle vollzieht sich aber mit dem letzten Satz – Erich Maria Remarque nannte ihn »einen der aufregendsten und überraschendsten Sätze der Weltliteratur«. »Mein ist die Rache« ist ein sehr schonungsloses und reales Buch. Das Leben und vor allem das Sterben in einem Lager, das nicht zu den Vernichtungslagern gehört, die allgemein bekannt sind, beschreibt Torberg genau und brutal. Durch die nicht einfache Lektüre wird der Blick auf die vielen Facetten der massenhaften Vernichtung geöffnet. Das Buch ist unbedingt zu empfehlen. Max Brod fand hierzu die passenden Worte: »Es ist gut, es musste geschrieben werden! Die Welt wird zwar, wenn man es liest, noch um einige Tintengrade schwärzer (...), aber auch das soll, muß so sein!«. LK ■

Friedrich Torberg: Mein ist die Rache
dtv, München 2008
112 Seiten, 7,90 Euro




BAYER-HV im Zeichen der Kritik
Topthema im neuen Magazin
www.CBGnetwork.org
CBGnetwork@aol.com
Postfach 150418
40081 Düsseldorf
STICHWORT BAYER
Konzernkritik konkret.
KOSTENLOSES PROBEHEFT BESTELLEN, JETZT...


grundrisse
zeitschrift für linke theorie & debatte
Sommer 2009 |
Schwerpunkt Türkei/Kurdistan:
Analyse & Kritik | Krise & Soziale Kämpfe
30
www.grundrisse.net


graswurzel revolution


Entwicklungshilfe
5,8 Mrd €
www.graswurzel.net


Lotta
antifaschistische zeitung aus nrw
LOTTA #36 | Schwerpunkt
Die kirchliche Rechte
Christlicher Fundamentalismus in Deutschland
http://projekte.free.de/lotta


• täglich aktuelle news über politik & musik
• persönliche berichte
• gewinnspiele
• umfragen
• terminkalender
• forum
• aktive community
• informieren...!
• mit diskutieren...!
www.plastic-bomb.de
BLEIBT NAZI-FREI!


WWW.TRUST-ZINE.DE
CONSUME
TRUST
"NEVER MIND WHAT THEY'RE SELLING-
IT'S WHAT YOU ARE BUYING"


sozio kultur
PRINZIPIEN
PRAXIS
PERSPEKTIVEN
erscheint quartalsweise | 3,50 Euro/Heft
im Abo 18,30 Euro/Jahr (inkl. Versand)
Bundesvereinigung Soziokultureller Zentren e.V.
www.soziokultur.de


Richard Gebhardt
Dominik Clemens (Hg)
Volksgemeinschaft statt Kapitalismus?
Zur sozialen Demagogie der Neonazis
PapyRossa

Abonniert

das Antifaschistische Info Blatt





Abokonditionen

Preise*

→ für 5 Ausgaben im Abo 15,50 Euro

Weiterverkauf

→ ab 3 Exemplaren je 3,10 Euro

→ ab 5 Exemplaren 20% Rabatt

→ ab 50 Exemplaren 25% Rabatt

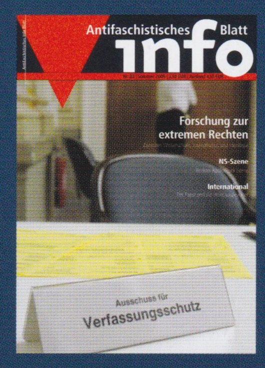
* Alle Preise inklusive Porto und Verpackung

Mit der letzten Ausgabe erhältst Du eine Rechnung für die nächsten Ausgaben. Wenn Du bezahlst, läuft das Abo weiter, ansonsten nicht.

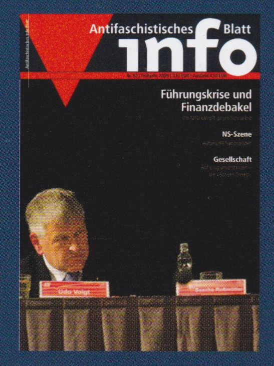
Für alle Bestellungen, außer dem Weiterverkauf, gilt Vorkasse. Egal ob bar, per Verrechnungsscheck oder mit Überweisung.

Bitte bei allen Zahlungen auf unser Konto deutlich schreiben, von wem und wofür das Geld ist.

Für **Bestellungen ins Ausland** setze Dich bitte vorher mit uns in Verbindung.



AIB 83
Forschung zur extremen Rechten; Berliner RechtsRock-Szene; Der Papst und die Holocaustleugner



AIB 82
Führungs- und Finanzkrise in der NPD; Autonome Nationalisten; Die Böhsen Onkelz

Impressum

Antifaschistisches Info Blatt
21. Jahrgang
Nummer 84 | 3.2009

Preis 3,10 Euro
Auslandspreis 4,10 Euro

ISSN: 1862-7838

Redaktion
Antifaschistisches Info Blatt
Gneisenaustraße 2a | 10961 Berlin
e-mail mail@antifainfoblatt.de

Das AIB wird von einem Redaktionskollektiv herausgegeben.

V.i.S.d.P. M. Heinlein (Adresse s.o.)

Konto AIB
Konto-Nr. 3 251 800
BLZ 100 205 00
Bank für Sozialwirtschaft, Berlin

Eigentumsvorbehalt

Nach dem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitung solange Eigentum des Absenders, bis sie der/dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. »Zur-Habe-Nahme« ist keine persönliche Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nur teilweise persönlich ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile, und nur sie, dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

AbsenderIn

____

____

____

____

Ich abonniere das AIB ab der Ausgabe

Ich will das AIB weiterverkaufen und bestelle Ausgaben.
Ich erhalte die Hefte mit beiliegender Rechnung. Den Betrag überweise ich auf euer Konto.

Ich bestelle folgende Ausgaben des AIB nach:

EmpfängerInnen

Antifaschistisches Info Blatt

Gneisenaustraße 2a
10961 Berlin